



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 44. Sitzung
- endgültige Fassung* -

3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 23. April 2021, 10.00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Tagesordnung - Beweisaufnahme

Einzigster Punkt der Tagesordnung

Seite

Öffentliche Zeugenvernehmung

Dr. Angela Merkel
(Beweisbeschluss Z-16)

9

*Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugin zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigefügt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses*

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Güntzler, Fritz Hauer, Matthias Michelbach Dr. h. c. (Univ Kyiv), Hans	
SPD	Kiziltepe, Cansel Zimmermann Dr., Jens	
AfD	Gottschalk, Kay	König, Jörn
FDP	Toncar Dr., Florian	Schäffler, Frank
DIE LINKE.	De Masi, Fabio	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bayaz Dr., Danyal	Paus, Lisa



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fraktionsmitarbeiter*

CDU/CSU	Gerster, Cornelius Günther, Kevin Genske, Marlene Brandt, Wolfgang Becker, Johannes
SPD	Weber, Saskia Reese, Noah Schauhoff, Lenard Hawxwell, Anne Schneider, Yannik Sondhauß, Nora Sacharow, Alexander
AfD	Olheide, Ralf Dabelstein, Lorenz Buchholtz, Immanuel
FDP	Iza Schilling, Philipp Raabe, Lars Reuss, David Niebel, Leon Forster, Simon
DIE LINKE.	Olschewski, Niklas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kern, Florian



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung*

BMF	RDn Barczyk ORR Rosenberger RD Fritz
BMI	ORRn Allabaei
BMWi	MR Dr. Schiemann
BMJV	Zorn ORR Scholz
BKAmt	MRn Dr. Bosch RD Mai MDgt Schlieff
AA	LR I Gloßner OARn Notz

Teilnehmer Bundesrat*

Land

Bayern	RRn Sikler
Hessen	RD Simon

* anwesend laut Unterschriftenliste



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 10.07 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne unsere 44. Sitzung, die zugleich unsere 28. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Außerdem heiße ich die anwesenden Vertreter der Bundesregierung und des Bundesrates wie immer willkommen.

Ebenso begrüße ich herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer in den Streamingsälen. Bitte beachten Sie, dass die nachfolgenden Hinweise auch für Sie gelten.

So sind eigene Ton- oder Bildaufnahmen von der Sitzung nicht gestattet. Zuwiderhandlungen können nicht nur zu einem Sitzungsausschluss, sondern auch zu einem Hausverbot und zu strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

Dr. Angela Merkel
(Beweisbeschluss Z-16)

Vernehmung der Zeugin Dr. Angela Merkel

Unsere heutige Zeugin hat bereits Platz genommen. Frau Bundeskanzlerin, ich heiße Sie im Namen des Ausschusses recht herzlich willkommen.

Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeugin und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab übersandt.

(Die Zeugin nickt)

Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbeleh-

rung in dieser Sitzung einverstanden erklärt. Dafür meinen Dank. Das gilt für alle Zeuginnen und Zeugen hier, weil uns das einen Sitzungstag, denke ich, bei über 90 Zeuginnen und Zeugen erspart hat.

Ich kann mich daher an dieser Stelle auf einige technische Hinweise beschränken.

Werden bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die Unterlage zur Verfügung stellen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich an der Stelle um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Frau Bundeskanzlerin, haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein. - Dann möchte ich Sie noch bitten, darauf zu achten, weil neben unserem Stenografischen Dienst auch eine Tonaufzeichnung gemacht wird - wie immer auch Dank an unseren Stenografischen Dienst an dieser Stelle -, immer das Mikrofon einzuschalten. Ich denke, dass ich Ihnen das nicht erläutern muss, wie das funktioniert.

Frau Dr. Merkel, ich würde Sie nun zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf, Wohn- oder Dienort mitteilen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Angela Dorothea Merkel, [REDACTED], demzufolge 66 Jahre alt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Frau Bundeskanzlerin, Sie können, wenn Sie das



Nur zur dienstlichen Verwendung

wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben das Wort.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, danke schön. - Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich möchte darauf verzichten, die Ihnen vorliegende Chronologie des Bundeskanzleramts zum Fall Wirecard in diesen einleitenden Anmerkungen im Einzelnen vorzutragen, weil ich ja davon ausgehe, dass sie Ihnen allen hinlänglich bekannt ist. Vielmehr möchte ich mich auf der Grundlage dieser Chronologie in meinen einleitenden Anmerkungen auf die Berührungspunkte konzentrieren, die ich persönlich mit der Wirecard AG hatte. Die Unterlagen, auf die ich mich beziehen werde, liegen diesem Untersuchungsausschuss vor. Dies sei nur der Ordnung halber vorausgeschickt.

Nun zum Inhaltlichen. Mit Vorlage der Referate 433 und 412 des Bundeskanzleramtes vom 30. Juni 2020 wurde ich davon unterrichtet, dass - und ich zitiere jetzt aus der Vorlage -

der **Zahlungsdienstleister Wirecard** ... am **25. Juni 2020 Insolvenzantrag** wegen drohender Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung gestellt

hat.

Die **Staatsanwaltschaft** ermittelt; gegen VV Markus Braun und ein weiteres Vorstandsmitglied wurde Haftbefehl erlassen. Hr. Braun hat sein Vorstandsmandat mittlerweile niedergelegt.

...

Seit 2016

- und ich zitiere weiter aus der Vorlage vom 30. Juni 2020 -

gab es an den Finanzmärkten immer wieder Spekulationen über Betrug, Korruption und Geldwäsche bei Wirecard. **Anfang 2019** hat die **Financial Times** Wirecard

öffentlich Bilanzfälschung* [sic!] vorgeworfen. Daraufhin hat Wirecard im Oktober 2019 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft **KPMG** mit einer Sonderprüfung beauftragt. Der Bericht wurde am 28. April 2020 veröffentlicht, konnte den Vorwurf jedoch nicht ausräumen. Am **18. Juni 2020** räumte Wirecard ein, dass nach Informationen des ... Abschlussprüfers des Unternehmens, Ernst & Young ..., ein **Betrag von 1,9 Mrd. Euro** (rd. ein Viertel der Konzern-Bilanzsumme) im Asiengeschäft entweder **verschwunden** ist oder nie existiert hat. Mittlerweile weitet sich der Betrugsverdacht auf weitere Konzernbereiche aus, so dass erhebliche Bedenken in Bezug auf das Ertragspotential des Konzerns bestehen.

...

Die **Sachverhaltsaufklärung läuft noch**.

Ich zitiere weiter aus der Vorlage vom 30. Juni 2020 an mich.

Bereits jetzt ist **davon auszugehen**, dass auch **Versäumnisse** der **Wirtschaftsprüfer** von Wirecard ..., der **BaFin** sowie der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung ... vorliegen. **EY**

- oder Ernst & Young -

erteilte den Jahresabschlüssen der Wirecard AG **jahrelang ein uneingeschränktes Testat**. Die BaFin hat zwar im Februar 2019 Anlass gesehen, den schwerwiegenden Vorwürfen bei Wirecard nachzugehen und die DPR um eine Bilanzprüfung* gebeten, ist den Vorwürfen aber nicht weiter nachgegangen; Ergebnisse der DPR-Prüfung liegen noch nicht vor (für Juli angekündigt). DPR und BaFin wird daher u.a. „**Verschleppung**“ vorgeworfen; insgesamt habe die Bilanzkontrolle versagt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

So weit die Sachverhaltsschilderung in der oben genannten Vorlage.

In der Bewertung heißt es in der Vorlage - ich erlaube mir, abschließend daraus zu zitieren -:

Der Fall Wirecard ist **besorgniserregend**, weil er gravierende **Lücken in der deutschen Bilanzkontrolle** offenlegt. ... Um langfristigen Schaden vom Finanzplatz Deutschland abzuwenden ist rasches Handeln gefordert.

...

BMF (zuständig für Finanzmärkte), **BMJV** (für Bilanzkontrolle) und **BMWi** (für Wirtschaftsprüfer) sind aufgerufen, den **Sachverhalt auf eventuelles Fehlverhalten, strukturelle Schwächen der Aufsicht und regulatorische Lücken zu prüfen**. BMJV hat im Einvernehmen mit BMF in einer ersten Reaktion vorsorglich den Vertrag mit der DPR gekündigt ...

Es sollten zeitnah Konzepte für eine **Reform der Bilanzkontrolle** vorgelegt werden. ... Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass bei massiver krimineller Energie auch das beste Kontrollsystem an seine Grenzen stößt.

Zitat Ende. - Mit dieser an Klarheit nicht zu überbietenden Sachverhaltsschilderung und Bewertung in der Vorlage der Fachreferate des Bundeskanzleramtes wurde ich am 30. Juni 2020 über die schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten, über den Bilanzskandal und die Insolvenz der Wirecard AG unterrichtet. Das war der Sachstand im Juni 2020.

Es war nicht der Sachstand Ende 2018, als der damalige Vorstandsvorsitzende der Wirecard AG, Dr. Markus Braun, zunächst über die Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung, Frau Staatsministerin Bär, und dann mit E-Mail seines Büros vom 27. November 2018 an mein Büro einen Gesprächswunsch an mich herantragen ließ, zu dem das Fachreferat um Stellungnahme und Votum gebeten wurde.

Daran ändert auch nichts, dass das Referat 433 des Bundeskanzleramtes in seiner Vorlage zu dieser Terminanfrage vom 10. Januar 2019 an die Leiterin des Kanzlerbüros unter anderem ausführt, dass ein Gespräch mit mir und dem Chef des Bundeskanzleramtes auch vor dem Hintergrund von Berichten in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 14. und 24. August 2018 über ein mögliches Verfahren der Staatsanwaltschaft München gegen Wirecard im Zusammenhang mit dem von der Zeitung veröffentlichten Paradise-Papers-Komplex nicht ratsam sei, hingegen ein Gespräch mit dem Leiter der Abteilung 4 „Wirtschafts-, Finanz- und Energiepolitik“ im Bundeskanzleramt, Herrn Ministerialdirektor Professor Rölller, über das Geschäftsmodell und die Zukunftsaussichten von Wirecard angemessen erscheine. Ich habe dem Gesprächswunsch von Herrn Braun aus Termingründen nicht entsprochen. Das Angebot für ein Gespräch mit Herrn Rölller schlug Herr Braun aus.

Der Sachstand Ende November 2018, zwei Monate nachdem die Wirecard AG mit Wirkung vom 24. September 2018 in den DAX aufgestiegen und die Commerzbank zum selben Zeitpunkt in den MDAX abgestiegen war, und der Sachstand im Januar 2019 waren nicht mit dem von Juni 2020 zu vergleichen. Der Sachstand vom Juni 2020 war auch nicht der Sachstand vom September 2019, als sich der frühere Bundesminister Karl-Theodor zu Guttenberg am 3. September 2019, zwei Tage vor meiner Reise nach China vom 5. bis 7. September 2019, in einer E-Mail an Herrn Rölller wandte, in der er Bezug auf ein Gespräch mit mir am selben Tag nahm, bei dem wir uns seinen Zeilen zufolge einig gewesen seien, dass ich bei meinem Besuch in China den Markteintritt von Wirecard in China durch die Übernahme des chinesischen Unternehmens AllScore unterstützend begleiten würde.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kurzen Einschub. Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, Gesprächswünschen ehemaliger Mitglieder meiner Bundesregierung zu entsprechen. So war es auch in diesem Fall, und so habe ich mich am 3. September 2019 in meinem Büro mit Herrn zu Guttenberg zu einem auf 45 Minuten angesetzten



Nur zur dienstlichen Verwendung

persönlichen Gespräch getroffen. Einen inhaltlichen Anlass gab es nicht, jedenfalls aus meiner Sicht nicht. Herr zu Guttenberg hatte vor dem Gespräch auch nicht angekündigt, dass er über Wirecard oder, was uns gleich auch noch beschäftigen wird, Augustus Intelligence sprechen wolle oder dass er als Vertreter dieser Unternehmen auftrete. Das Gespräch war für mich, wie gesagt, ein Gespräch mit einem früheren Mitglied meiner Bundesregierung. Schon deshalb stand dieser Besuch für mich auch in keinem Zusammenhang mit meiner zwei Tage später beginnenden Reise nach China.

Ich persönlich habe keine Erinnerung daran, dass Herr zu Guttenberg in unserem Gespräch, wie das in seiner E-Mail an Herrn Röllner zum Ausdruck kommt, namentlich die Unternehmen Wirecard, AllScore erwähnt hat. Ausschließen kann ich das aber auch nicht; denn sehr wohl erinnere ich mich daran, dass ich Herrn zu Guttenberg an Herrn Röllner verwiesen habe, was er dann ja auch mit seiner E-Mail an Herrn Röllner vom selben Tag getan hat. In der Sache selbst ist es zweitrangig, dass ich mich nicht daran erinnere, dass Herr zu Guttenberg namentlich Wirecard, AllScore erwähnte; denn auch so steht außer Frage, dass die Bundesregierung und auch ich persönlich uns in unseren bilateralen Kontakten mit anderen Ländern regelmäßig auch für die wirtschaftlichen Interessen deutscher Unternehmen in diesen Ländern einsetzen. Das gilt auch für China. Dazu gehört, dass wir auf allen Ebenen, auch zusammen mit der Europäischen Union, gegenüber China unser Interesse für weitere Marktöffnung und für den Abbau von Investitionsbeschränkungen deutlich machen. Das betrifft auch den Finanzbereich.

Das Bemühen der Wirecard AG um ihren Markteintritt in China deckte sich also mit dem allgemeinen Ziel der Bundesregierung, Marktöffnung in China zu erreichen. Deshalb habe ich - in meiner Erinnerung, wie gesagt, ohne einen Bezug zu meinem Gespräch mit Herrn zu Guttenberg - auch das Anliegen des Markteintritts von Wirecard in China bei meinen politischen Gesprächen in China angesprochen; denn es fügte sich in die grundsätzlichen und jahrelangen Bemühungen der Bundesregierung um Marktöffnung in China

im Finanzbereich. Dass der Markteintritt durch die Übernahme des chinesischen Unternehmens AllScore erfolgen sollte, spielte keine Rolle, da es sich hierbei um eine rein unternehmerische Entscheidung in alleiniger Verantwortung von Wirecard handelte.

Die Wirecard AG genoss bei meiner Reise vom 5. bis 7. September 2019 keine Sonderbehandlung. Vielmehr wurde ich von einer großen Wirtschaftsdelegation von 30 Unternehmen begleitet. Diese Delegation wurde, wie in der Regel immer vor solchen Reisen, nach einem Aufruf des Bundeskanzleramts zur Interessenbekundung über die Wirtschaftsverbände an ihre Mitglieder - auch das Bundeswirtschaftsministerium wird einbezogen - zusammengesetzt. Wer nach diesem Aufruf dann am Ende tatsächlich in eine Wirtschaftsdelegation für eine Reise von mir aufgenommen wird, entscheide ich auf der Grundlage eines Votums der Fachabteilung des Bundeskanzleramtes. Auswahlkriterium ist ein möglichst breites Spektrum an Branchen und Unternehmensgrößen mit Anliegen, die das Besuchsland betreffen. Die Wirecard AG war nicht Mitglied der Wirtschaftsdelegation während der in Rede stehenden Reise nach China; sie hatte kein Interesse bekundet. Ebenso nahm sie auch nicht auf deutscher Seite an der Unterzeichnungszeremonie von Verträgen teil.

Ich darf im Übrigen um Verständnis bitten, wenn ich über das jetzt Gesagte hinaus keine weiteren Ausführungen zu meinen politischen Gesprächen in China mache, weil Gespräche mit Amtsträgern anderer Staaten, Staats- und Regierungschefs zumal, grundsätzlich vertraulich sind. Sie betreffen die exekutive Eigenverantwortung der Bundesregierung. Die Pflege auswärtiger Beziehungen wäre nicht mehr in vollem Umfang möglich, wenn sich die Gesprächspartner auf Vertraulichkeit nicht mehr verlassen könnten.

Nun noch einige Anmerkungen zu dem zweiten Aspekt, der im Zusammenhang mit meinem Gespräch mit Herrn zu Guttenberg am 3. September 2019 und der in Rede stehenden Reise nach China wenige Tage später bereits vielfach öffentlich diskutiert wurde.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Am 3. September 2019 schickte Herr zu Guttenberg mir im Nachgang zu unserem persönlichen Gespräch über mein Büro eine E-Mail, mit der er mir - ich zitiere daraus - „die Adresse der beiden jungen A.I. Herren der Firma Augustus Inc.“ - Zitat Ende - übermittelte. Ich habe diese E-Mail an die im Bundeskanzleramt unter anderem für den Bereich AI - also auf Deutsch: künstliche Intelligenz - zuständige Leiterin der Abteilung 6 „Politische Planung, Innovation und Digitalisierung, Strategische IT-Steuerung“, Frau Christiansen, mit der Bitte um Stellungnahme weiterleiten lassen.

Auch hier gehen meine Erinnerungen und die Schilderung von Herrn zu Guttenberg ein wenig auseinander. Gut erinnere ich mich daran, dass Herr zu Guttenberg mir von einem KI-Start-up erzählte, das sich mit Gesichtserkennung befasse. Nach meiner Erinnerung erzählte er mir auch, dass es Deutsche seien, die in den Vereinigten Staaten von Amerika diese Entwicklung betrieben. Ich erinnere mich jedoch nicht daran, dass Herr zu Guttenberg in dem Gespräch die Namen der Firma oder von Personen nannte. Aber auch in diesem Fall ist das* Ergebnis unerheblich; denn mit seiner E-Mail übermittelte er diese Informationen, die ich dann fachlich prüfen ließ.

Augustus Intelligence - das erwähne ich der Vollständigkeit halber - war kein Thema bei meinen politischen Gesprächen in China und gehörte auch nicht meiner Wirtschaftsdelegation an. Es nahm auch nicht auf deutscher Seite an der Unterzeichnungszereemonie von Verträgen teil. Auch erfolgte über die von Herrn zu Guttenberg über mein Büro an mich gesandte E-Mail vom 3. September 2019 hinaus keine Kommunikation zum Thema Augustus Intelligence. - So viel hierzu.

Gestatten Sie mir eine abschließende Bemerkung zu dem uns eigentlich beschäftigenden Thema Wirecard. Das Bundeskanzleramt konnte zu Wirecard nicht informierter sein als das Bundesfinanzministerium und die weiteren Fachressorts. Den Kenntnisstand des Bundesfinanzministers haben Sie gestern ja ausführlich erörtert. Das Bundeskanzleramt hatte keinen Grund, bösgläubig etwa gegenüber Hintergrundinforma-

tionen des Bundesfinanzministeriums zur Situation bei Wirecard zu sein, die die Fachabteilung des Bundeskanzleramts im Vorfeld meiner China-Reise erbeten hatte. Ein solch vertrauensvoller Austausch zwischen dem Bundeskanzleramt und den Fachressorts ist geübte Staatspraxis.

Fazit: Was seit Sommer 2020 Sachlage ist und was seitdem über den Bilanzskandal und die Insolvenz der Wirecard AG bekannt ist, das war 2019 nicht der damalige Erkenntnisstand. Es gab damals allen Presseberichten zum Trotz keinen Anlass, von schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten bei Wirecard auszugehen.

Einen hundertprozentigen Schutz gegen kriminelle Energie und kriminelles Verhalten, wie es im Fall Wirecard offenbar wurde, gibt es nicht. Gleichwohl musste und muss alles getan werden, um die Wiederholung eines solchen Falls zu verhindern. Dazu notwendige Maßnahmen hat die Bundesregierung unmittelbar nach der Insolvenz von Wirecard eingeleitet.

Deshalb wurde am 7. Oktober 2020 der „Aktionsplan Wirecard“ vorgestellt. Darauf aufbauend wurde am 16. Dezember 2020 das Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität auf den Weg gebracht, mit dem Schwachstellen bei der Bilanzkontrolle beseitigt, die Unabhängigkeit der Abschlussprüfer gestärkt, ihre Haftung bei Fehlverhalten erhöht und Schutzmechanismen gegen Manipulation der Bilanzen sowie insbesondere der internen Kontrollen in den Unternehmen verbessert werden sollen.

Daneben hat die Bundesregierung am 24. Februar dieses Jahres zur Verbesserung der Arbeit der BaFin eine Formulierungshilfe zu dem Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität verabschiedet. Sie sieht vor, die Rolle des Präsidenten der BaFin zu stärken und die Amtszeit der Mitglieder des Direktoriums zu verkürzen. Das Gesetz befindet sich derzeit in der parlamentarischen Beratung. Es wird noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Frau Bundeskanzlerin. - Ich würde dann - das ist hier so üblich geworden, fast schon ein Ritual - mit den allgemeinen Fragen beginnen, Fragen, die wir allen Zeuginnen und Zeugen stellen, mich dann ein bisschen in den spezielleren Teil begeben und dann an die Kollegen der CDU/CSU übergeben.

Ja, generell - Sie haben ja das Statement jetzt verlesen seitens, denke ich, Ihres Stabes -: Wie haben Sie sich ansonsten auf die heutige Sitzung vorbereitet? Hatten Sie also Möglichkeit oder haben Sie die genutzt, weitere Akten entsprechend zu sichten? Haben Sie mit anderen Kolleginnen und Kollegen aus dem Kanzleramt - wir sitzen ja schon etwas länger hier; Frau Dr. Bosch begleitet uns ja auch stets und ständig - - Also, haben Sie sich vielleicht auch mit Kabinettsmitgliedern noch mal ausgetauscht? Wie darf ich und wie dürfen wir uns das vorstellen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie dürfen sich das so vorstellen, dass ich mir die Akten angeschaut habe, die das Bundeskanzleramt an den Untersuchungsausschuss übersandt hat, und insbesondere auch die Chronologie, die dem ja beiliegt, und dann sozusagen mein Statement vorbereitet habe. Und darüber hinaus habe ich jetzt keine Gespräche mit denen geführt, die schon im Untersuchungsausschuss waren, oder mit Kabinettskollegen über den Untersuchungsausschuss, mit Ausnahme dessen, was man in der Zeitung liest.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Eine Frage, die wir hier allen Zeuginnen und Zeugen gestellt haben: Hatten Sie im Untersuchungszeitraum, also vom 01.01.2014 bis zum 8. Oktober 2020, Wirecard-Aktien oder Derivate oder andere Finanzinstrumente lautend auf Wirecard AG in Ihrem Eigentum?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein. - Eine Frage, die sich mir stellt: Sie sind als Bundeskanzlerin, so auch laut Grundgesetz, ja sozusagen für die Richtlinienkompetenz verantwortlich. Und wir hatten jetzt schon viele Ministerkollegen aus Ihrem Kabinett, und alle sagen im Prinzip: „Na ja,

es wurde jetzt auch betrogen“ - Sie haben jetzt das FISG genannt, was als Reaktion erfolgt -, aber letztlich möchte keiner oder will keiner so richtig Verantwortung übernehmen; niemand konnte das ahnen.

Wir sind naturgemäß hier im Ausschuss jetzt nach den vielen Sitzungen schon, ich persönlich auch, zu der Überzeugung zumindest gelangt: Es ist nicht die Frage, ob man es hätte verhindern können. Aber die Frage des Zeitpunktes, wann man es hätte verhindern können, die treibt uns schon um. Und da bin ich der Meinung, man hätte es schon mit vielen, vielen anderen Dingen 2016, vielleicht aber auch durch gutes Verwaltungshandeln 2017, 2018 tun können.

Deshalb meine Frage: Wie kommen Sie zu der Beurteilung, dass die Sachlage, die Sie beschrieben haben zum Sachstand 2018 und zum Sachstand 2019, eine andere war? Zugegebenermaßen: Da haben wir dann sozusagen den Final Countdown gehabt am 25.06. bis zum 30.06., als Sie den Sachstandsbericht zur Insolvenz bekommen haben. Was lässt Sie oder das Kanzleramt auf Grundlage welcher Daten zu dem Schluss kommen: „Es war ein anderer Sachstand“?

Denn wir haben - ich will das auch unterfüttern, warum ich das frage - sehr wohl gesehen, dass sowohl Geschäftsbereichsbehörden als auch Ministerien aus meiner Sicht und, ich glaube, auch aus der Sicht vieler Kollegen deutliche Hinweise vorlagen, dass bei Wirecard alles eben nicht so zum Guten laufen könne. Und deswegen wäre meine Frage zur Einschätzung, insbesondere, ich glaube, zur China-Reise - da sind wir ja schon im September 2019 mit vielen Vorgängen: DPR-Verfahren ist eingeleitet worden, wir hatten das Leerverkaufsverbot; Sie haben das DPR-Verfahren angesprochen -: Also, wie kommt es zu so einer Sachstandsbeurteilung im fraglichen Zeitraum, Frau Dr. Merkel?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ich kann ja nur ausweislich der aus diesem Zeitraum vorliegenden Akten sagen, dass es keinen Anlass für schwerwiegende Unregelmäßigkeiten nach meiner Meinung gab, mir jedenfalls auch gar keine bekannt waren und dass im Rückblick sich die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sache sicherlich noch mal wieder anders darstellt. Aber aus der Perspektive dessen, was damals bekannt war, konnte man von so schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten nicht ausgehen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie sind auf die China-Reise ja auch eingegangen. Das ist ja auch ein Punkt, da war das Kanzleramt sehr eng, sozusagen direkt politisch involviert in den Vorgang Wirecard. Was mich wundert - und deswegen würde mich die Praxis da interessieren -: Wenn also ein früheres Mitglied Ihres Kabinetts um einen Termin nachsucht und bittet, auch in einem sehr zeitlich engen Zusammenhang zur China-Reise - die stand ja, glaube ich, auch schon etwas länger fest; es liefen ja auch Vorbereitungsgespräche; das haben wir von einigen Staatssekretären gehört -, inwieweit, darf ich mir vorstellen, werden Gesprächsnotizen oder auch Tonaufzeichnungen entsprechend von solchen Gesprächen gefertigt? Denn letztliche finde ich schon, wenn wir jetzt Transparenzprinzipien haben - - Und es ist, glaube ich, auch nicht einfach, was ich ja auch verstehen kann, einen Termin mit Ihnen zu bekommen. Wie darf ich mir das vorstellen? Und ab wann sagt das Kanzleramt, wenn es bei solchen Gesprächen nicht ist: „Wir fertigen Notizen“, oder man verlangt zumindest eine Agenda? Wie läuft das, welche Regularien gibt es da?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, also, es gibt ja die ausgesprochenen Fachgespräche, wenn bestimmte Themen fachlich besprochen werden, und dann gibt es natürlich auch für eine Bundeskanzlerin persönliche Gespräche. Und wie ich es eben dargestellt habe: Es gab ja außer dem Wunsch nach einem persönlichen Gespräch keinerlei Agendaanmeldung. Wenn jemand sagt: „Ich möchte mit Ihnen oder mit dir über das und das Thema sprechen“, dann bereite ich mich natürlich fachlich vor. Und bei nichtpersönlichen Gesprächen fragen auch die Mitarbeiter des Kanzleramts den Gesprächspartner: „Über welche Themen wollen Sie sprechen?“, und dann bekomme ich dazu eine entsprechende Vorbereitung.

Wenn jemand zu mir persönlich kommt und keine Agenda angibt, dann bereite ich mich auch

nicht vor, dann gibt es auch keine Vorbereitungsunterlagen für solche Gespräche. Der Termin wird vereinbart, wird ordnungsgemäß bei der Pforte des Kanzleramts angemeldet, und dann spricht man. Darüber gibt es selbstverständlich auch keine Tonaufzeichnungen. Und wenn solche persönlichen Gespräche, wie dann bei Herrn zu Guttenberg ja passiert, fachliche Punkte betreffen, dann agiere ich. In diesem Falle habe ich Herrn zu Guttenberg gesagt: Bezüglich Ihres Unternehmenspunktes kontaktieren Sie bitte den Abteilungsleiter 4 „Wirtschaft“, und bezüglich dieses KI-Unternehmens brauche ich die genauen Informationen; dann gebe ich das an meine Abteilungsleiterin 6 weiter. - Ich habe also genau das getan, wenn es fachlich wird: sozusagen den, was man so schön sagt, Veraktungsprozess zu beginnen, das heißt also die fachliche Vorbereitung und fachliche Aufnahme. So. Und alles, was persönliche Inhalte sind, das wird selbstverständlich nicht aufgenommen in solchen Gesprächen und auch nicht veraktet.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also gibt es da auch nicht einen Ablauf, einen Zeitplan, dass man sagt: „Okay, aus dem vertraulich-persönlichen Gespräch“ - da habe ich vollstes Verständnis für - „tritt man jetzt in eine Phase eines doch - - Er hat gesagt, Herr zu Guttenberg, wenn ich das richtig erinnere: Es war alles „pro bono“. - Er tritt dann also irgendwann aus der Phase natürlich dieses persönlichen Gesprächs in doch deutliche Wünsche ein - so nenne ich das mal sehr vorsichtig formuliert -, die er an Sie adressiert. Ist das nicht ein Zeitpunkt, an dem man sagen müsste: „Okay, wir werden jetzt - - Wir gehen jetzt in einen Bereich, da ziehe ich zumindest jemanden zum Protokollieren hinzu“, wenn man jetzt die Richtlinien Transparenz, Lobbyismus relativ ernst nehmen würde?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nö.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Weil es lässt ja Raum für Spekulationen, Frau Dr. Merkel.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, Raum zu Spekulationen ließe man, wenn ich jetzt gesagt hätte: „Klar, mache ich“, und nicht auf meine Fachbeamten verwiesen hätte. Aber da ich ja weiß,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass ich einerseits persönliche Gespräche führe wie jeder Mensch, aber andererseits auch immer Bundeskanzlerin bin und auch immer im Dienst, muss ich sehr aufmerksam sein bei jedem persönlichen Gespräch, ob wir gerade die Seite wechseln, sage ich mal, und es jetzt fachlich wird. Und in dem Moment ist das passiert, was auch sachlich wichtig ist, dass ich gesagt habe: So, bitte Information an meine Fachbeamten, und dann bekomme ich eine Bewertung, weil ich dazu gar nichts sagen kann. - Ich kann nicht sagen: „Weil ich Person A oder B gut kenne, nehme ich selbstverständlich den Hinweis auf und mache in China eine Bemerkung“, sondern das geht genau nicht.

Und ähnlich ist es auch bei Terminvergaben. Ich habe Ihnen ja auch gesagt, dass die Frau Staatsministerin Bär auf mich zugekommen war und gesagt hat, Herr Braun möchte gerne mit mir sprechen. Das haben wir ja ungefähr - - Also, das haben wir ja in der Woche vielmals. Und mein Grundstandard ist dann, zu sagen, dass diejenigen sich an das Büro wenden sollen und dass ich dann zu dem Fall Stellung nehme und niemals nur durch das Büro, sondern, wenn es um fachliche Fragen geht, eben immer mit einer Bewertung der Fachabteilung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie sagten eben: Veraktung. - Das ist jetzt ein brandaktuelles Stichwort, weil wir haben gestern so erfahren hier im Ausschuss - - Ich habe das mit „Wir sind irritiert“ zum Ausdruck gebracht. Wir hatten das Kanzleramt. Wir hatten dann im Nachgang ja auch noch mal darüber beraten, auch was die Vollständigkeitserklärung angeht. Wir haben dann so festgestellt, dass zumindest der Bundesminister der Finanzen - und insoweit adressiere ich die Frage auch natürlich an die Chefin der Bundesregierung, an die Frau Bundeskanzlerin - - dass es tatsächlich wohl Vorgänge gibt, da sind wir untersuchen das jetzt noch und haben um Antwort gebeten - wohl dienstliche Mails und Austausch auch unter anderem mit Ihrem Kanzleramt über mehr oder minder semiprivate bis private E-Mail-Accounts gelaufen.

Und jetzt ist natürlich meine Frage auch - und ich glaube, die hat uns jetzt alle umgetrieben;

deswegen hatten wir ja gestern auch noch mal beraten -: Zu solchen Themen, nutzen Sie da auch Ihren Privataccount oder Ihr entsprechendes Mobiltelefon, um entsprechend Mails über Chatprotokolle, Messengerdienste eben dann an Ministerinnen und Minister oder Staatssekretäre zu verschicken? Weil uns das hier umtreibt und, wie gesagt, eine Irritation auch hervorgerufen hat. Und da würde ich gerne von Ihnen wissen, ob Sie eine ähnliche Praxis wie der Bundesminister für Finanzen betreiben.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich kann jetzt zu der Praxis des Bundesministers der Finanzen und anderer Mitglieder der Bundesregierung nichts sagen. Ich kann nur Folgendes sagen: dass ich zu meinem Kommunikationsverhalten aus verschiedensten Gründen grundsätzlich keine Auskunft gebe. Aber hier, bezüglich dessen, was Sie interessiert, kann ich sagen, dass, wo immer mich Informationen erreichen, die ich für fachlich relevant halte, sie auf den Weg zu einer Veraktung gebracht werden, damit man nicht sozusagen noch ein zweites Fach hat, sondern dass das immer eingespeist wird in Veraktungen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: In allerletzter Konsequenz: Ist das dann so - - Wir hatten auch den Zeugen Papageorgiou hier, wir hatten einige Zeugen, die eben dieses Themenfeld rund um die China-Reise abdecken sollten, damit wir uns doch ein - - versucht haben, ein sehr vollständiges Bild zu machen. Ist es denn so - oder bin ich da naiv? -, dass final die Bundeskanzlerin dann doch entscheidet, wer einen Termin bekommt über das Agenda-Setting? Oder ist es doch schon so, dass, wenn, ich sage mal, Professor Hendrik Röller oder andere eben sagen: „Soundso sollten wir das gewichten“ - nur um auch die Aussagen der anderen Kollegen hier einzunorden -, Sie dann sich darauf eher verlassen? Oder sagen Sie in allerletzter Konsequenz: „Ich bin dafür verantwortlich; das setze ich jetzt fest“? Wie ist da Ihre Positionierung auch im fraglichen Untersuchungszeitraum? Die kann sich ja auch ändern. Deswegen frage ich nur für den Untersuchungszeitraum und vielleicht auch die Jahre 2018, 2019, weil die sind schon sehr markant, was jetzt Wirecard angeht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, es gilt doch ganz generell, dass in allerletzter Konsequenz ich als Bundeskanzlerin Verantwortung trage. Das gilt für die Bundesregierung, und das gilt auch für die Dinge, die ich aus meinem Kanzleramt zugearbeitet bekomme. Aber ich versuche - - Oder: Ich schätze den Rat meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und deshalb ist das für mich eine ganz wichtige Hinweisgebung.

Also, wenn wir jetzt zum Beispiel solche Delegationen nehmen für Reisen, die ich mache, dann haben wir uns ja aus gutem Grund eine Praxis angewöhnt, bei der nicht ich mich mit Herrn Rölller hinsetze und wir überlegen mal, wen wir ganz nett finden und wer uns nach China begleiten könnte, sondern das ist ein standardisiertes Verfahren, dass die Wirtschaftsverbände gebeten werden, diese Reise bekannt zu machen, und dann wird auf der Grundlage der Bekanntmachung - - bekunden Unternehmen Interesse. Und dann gibt es einen Auswahlprozess durch die Wirtschaftsverbände, der wird dann weitergeführt durch das Bundeskanzleramt in Absprache auch mit dem Bundeswirtschaftsministerium, und dann bekomme ich zum Schluss eine Liste vorgelegt von, wenn jetzt mich 30 Unternehmen begleiten können, 30 Leuten und vielleicht noch fünf Ersatzleuten. Die gucke ich mir an, und die billige ich. Und wenn ich jetzt große Bedenken hätte, würde ich sagen: „Noch mal nachfragen“, oder fragen: „Sind genügend Mittelständler dabei? Sind es nur DAX-Unternehmen?“ oder so. Aber insofern trage ich die letzte Verantwortung.

Aber wichtig ist mir dabei, weil man im Rückblick ja, wie wir jetzt feststellen, vieles anders sieht, als man es in der Gegenwart sieht, dass dem ein standardisiertes und gerechtes Verfahren zugrunde liegt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie sprachen es eben an, und der Name fiel auch öfters: Hendrik Rölller. Alle Personen in der Regierung, finde ich, und auch Umfeld, die haben eine herausragende Bedeutung, was Vertrauen, was Transparenz angeht. Und wir hatten hier Professor Rölller, der zunächst sagte, ja, er war damit betraut und wisse nichts über die Tätigkeiten seiner Frau, sie sei

Hausfrau. Dann korrigierte er, weil wir eigentlich auch sehr substanzielle Hinweise hatten, seine Aussage dahin gehend, dass wohl im fraglichen Zeitraum seine Frau keiner Art von vermittelnder Tätigkeit nachgegangen sei, aber danach und davor. Mir sind Informationen - die ich leider noch nicht verifizieren konnte - sogar zugegangen: Im fraglichen Zeitraum soll die Dame sogar einen Investmentfonds in China betreiben oder managen. Das sind zumindest Informationen, die mir zugegangen worden sind, denen wir auch noch nachgehen werden in den nächsten Tagen.

Da stellt sich jetzt die Frage für mich, inwieweit Sie auf die engsten Berater und natürlich auch das Umfeld entsprechend da auch Zuverlässigkeitsprüfungen durchführen. Denn wenn Sie sagen, Sie setzen das innerhalb Ihrer Agenda und Ihrem Setting so zusammen, dass Sie sich natürlich auf die Ratschläge Ihres engsten Kreises verlassen können müssen, ist natürlich auch die Frage: Inwieweit checkt das Bundeskanzleramt, um es mal salopp zu formulieren, auch das ab?

Denn eins ist auch klar geworden - ich sage das deshalb auch so deutlich -: dass die Compliance und das Selbstverständnis einiger Ämter, einiger Ministerien und Geschäftsbereichsbehörden deutlich von dem abweichen, was man von der freien Wirtschaft, was man mit Recht von Insiderträgern verlangt - - habe ich den Eindruck, ist es in Ministerien und insbesondere in der BaFin - - Das werden Sie mitbekommen haben, dass dort Mitarbeiter mit Wirecard-Aktien spekuliert haben. Sie werden mitbekommen haben, dass unser Untersuchungsausschuss durch die Frage von Frau Kiziltepe aufmerksam wurde, dass der Leiter der APAS, Herr Bose, völlig ohne jede Hemmung und auch vor allen Dingen - das war für mich so frappant - ohne jedes Unrechtsbewusstsein in Wirecard-Aktien spekuliert hat, was ja zu diesen allgemeinen Eingangsfragen auch führte.

Und insoweit interessiert mich schon stark, gerade was Compliance, was für mich korrektes Verhalten - - Das war für mich in meinen 25 Jahren, da ich sehr viel auch mit Informationen zu tun hatte, die Datenschutz, die Unternehmen an-



Nur zur dienstlichen Verwendung

gehen, die sicherlich manchmal auch Insiderwissen in sich tragen, innerhalb der Versicherungswirtschaft und im Management - - Wie halten Sie das da im Kanzleramt? Weil das hat mich schon erschüttert, wie in einigen Behörden, man muss schon fast sagen: lax, auch was die Überprüfung eben angeht - - Es ist ja gut, wenn man vertraut, aber Sie kennen auch den Spruch sicherlich aus Ihrer Vergangenheit: „Vertrauen ist gut ...“ Und gerade wenn ich das Kanzleramt nehme und Sie sich auf die Informationen verlassen müssen: Wie läuft das da mit Compliance und auch einem Checken dieser Compliance innerhalb Ihres Hauses?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich vertraue meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern; das ist ganz selbstverständlich. Ich kann mich auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlassen, gehe auch davon aus, dass alle, die hier im Untersuchungsausschuss waren, das, was sie wussten, Ihnen gesagt haben, und habe für Misstrauen keinerlei Anhaltspunkte. Das ist schon fast zu negativ gesagt. Also: Ich vertraue denen voll. Und ansonsten gelten die Compliance-Regeln, die wir in der Bundesregierung haben, und an die halten sich auch alle.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie vielleicht einige dieser Compliance-Richtlinien mal nennen? Und wie würde es Ihr Vertrauen in eine Sie beratende Person tangieren, wenn Sie eben wüssten, dass die bessere Hälfte, also die Ehepartnerin in dem Fall, in einem Themenkomplex unterwegs ist, der beispielsweise Ihre China-Reise tangieren könnte?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich sage es noch mal: Dazu gehört nicht, dass ich mich für die Berufstätigkeiten und Tätigkeiten aller Ehepartner und Familienangehörigen ersten Grades interessiere. Das gehörte*, glaube ich, auch nicht dazu. Sie kennen ja auch die Restriktionen und Trennungen, die wir machen, in Personalgesprächen und Ähnlichem. Und insofern habe ich nicht den geringsten Anlass, mein Vertrauen in Herrn Röller und alle anderen Mitarbeiter infrage zu stellen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Das heißt im Umkehrschluss, da gibt es keine Compliance. Weil ich kenne viele Unternehmen, die das auch mit einer Selbstverständlichkeit ihren Mitarbeitern mitteilen, dass, wenn beispielsweise der Ehepartner oder die Ehepartnerin in derselben Firma, in derselben Abteilung oder sogar in derselben Company - es kommt dann auf den Grad des Managements an - - entweder versetzt werden oder, sofern dies nicht möglich ist, dies sogar zu einer Freisetzung führen kann. Und im Kanzleramt, das so überragend wichtig ist, wo es zu solchen Interessenskonflikten, was ich ja per se nicht schlimm finde - - Ich bin da Ihrer Meinung: Da soll jeder der Berufsfreiheit folgen. Aber Compliance und Erfolg ist ja in einer gewissen Hinsicht auch freiwillig. Und ich bin jetzt im Kanzleramt, und meine Frau wäre im Im- und Export mit asiatischen Artikeln oder bestimmten anderen Dingen, Finanzinstrumenten tätig - wie gesagt, dem gehen wir noch nach -: Dann sehe ich schon eine gewisse Implikation, und ich sehe da auch Handlungsbedarf, um da das Wort Ihres Vorgängers mal zu zitieren. Denn Sie sind ja Kanzlerin; Sie sind Kanzleramt; Sie sind nicht irgendwas. Es ist schon etwas, da müssen die Leute drauf, finde ich, vertrauen können; da schauen Menschen auch hoch, nach wie vor. Und da erwarte ich - das ist meine persönliche Haltung -, wenn wir aus Wirecard Lehren ziehen, dass Compliance sich ganz strikt und stringent durch alle Ministerien inklusive Kanzleramt zieht. Und das hat auch was - nehmen Sie es mir nicht übel - mit Familienangehörigen zu tun, weil das kann sehr wohl zu Interessenskonflikten und insbesondere zu Insiderweitergabe führen - Fälle, die ich selbst schon in tragischer Art und Weise in meiner Berufslaufbahn erlebt habe, selbst unbeabsichtigt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich finde - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Denn eine Chinese Wall, die kann ich nicht - - Ich sage es mal etwas plakativ - einige werden lachen -: Eine Chinese Wall gibt es für gewöhnlich nicht im Ehebett.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie insinuiieren hier Dinge, die mit dem Sachverhalt aus meiner Sicht - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee. Nein, Frau Bundeskanzlerin, ich habe Sie jetzt konkret auf Professor Jan-Hendrik Röller angesprochen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das habe ich schon verstanden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Und wir haben hier divergierende Aussagen gehabt. Und er musste seine Aussage sogar aufgrund der sehr guten Vorträge - - Ich weiß nicht, wer es von den Kollegen war - das ist keine Böswilligkeit -, die das aufgedeckt haben. Und er musste seine Aussage - das ist ja auch völlig legitim; wenn man seine Aussage macht, hat man ja bis zu zwei Wochen Zeit und bis wir abgeschlossen haben - korrigieren. Alles andere - - Hier wird ja auch entsprechend aufgeklärt, dass man die Wahrheit zu sagen hat. Und deswegen frage ich da schon. Das ist nicht insinuiert. Das ist leider Gottes eine bittere Tatsache, die wir hier erleben mussten.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut. Das ist jetzt Ihre Bewertung, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Natürlich.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - und Sie haben ja auch Herrn Röller befragt; er hat seine Aussagen gemacht. Ich sage nur, dass der Sachverhalt, dass das Thema Wirecard - darum geht es doch -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - in China zur Sprache kam, aus sich heraus seine Logik hatte. Wir haben einen Finanzdialog mit China geführt. Wir haben uns um mehr Marktzugang bemüht. Wir haben darüber gesprochen, dass deutsche Firmen auf den chinesischen Markt kommen sollen, dass auch chinesische Akteure vielleicht auf den deutschen Markt kommen. Das alles ist über Monate und Jahre besprochen worden. Und in dem Zusammenhang hatte es seine Richtigkeit, dass ich das Thema „Wirecard und Marktzugang“ unter anderem, neben anderen Anliegen der deutschen Wirtschaft, in China bei meinen Gesprächen zur Sprache gebracht habe. Das ist das, was für mich - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: D'accord. Das unterstütze ich sogar.

Zeugin Dr. Angela Merkel: So. Und darüber hinaus ist mir nichts bekannt. Also, aus sich heraus habe ich Wirecard* - - das gemacht. Und deshalb ist mir nichts bekannt. Und ich habe keine Gründe, an der Loyalität, an der Integrität und an der Präzision der Arbeit von Herrn Röller zu zweifeln.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Ich will das, was ich bisher immer nicht getan habe, weil ich da immer versuche, mit gutem Beispiel voranzugehen - - Aber nehmen wir mal das Beispiel an, ich wäre Vorstandsvorsitzender einer großen Versicherung und führe Fusionsgespräche und meine Ehefrau sitzt in Frankfurt und managt einen großen Fonds. Dann gibt es ein Problem, entweder für mich oder für meine Frau. Jedenfalls gäbe es sogar ein Problem, wenn meine Frau dann die Aktien des Unternehmens - die steigen ja meistens -, das übernommen wird, sofern es ein Friendly Take-over ist, manchmal auch bei einem feindlichen, aber ist ja auch egal - - Da gibt es ein Problem. Und nun lege ich diesen erhöhten Sorgfaltsmaßstab an, und Sie sagen mir: Nee, ich sehe das eigentlich nicht so; ich habe vollstes Vertrauen.

Dieses Problem des vollsten Vertrauens - - Ich weiß nicht, was Herr Hufeld da vielleicht jetzt im Nachgang über seine Abteilung und über Frau Roegele denkt; das muss er mit sich ausmachen. Aber in jedem Falle sind Sie das Bundeskanzleramt. Und das ist für mich mit erhöhten Sorgfaltspflichten verbunden, dort zu arbeiten, wie Sie sicherlich auch jeden sicherheitsüberprüfen, was wir durchmachen müssen, was völlig legitim ist, wenn wir in die Geheimschutzstelle gehen. Und jetzt sagen Sie mir: Ach, ich vertraue da eigentlich. - Und das heißt, wenn ich die Medaille umdrehe, es ist Ihnen völlig egal, was die Ehepartner machen und ob die das, was erfahren werden kann - - Das muss noch nicht mal planmäßig sein; das kann aus Versehen passieren. Sie kommen von einem Tag nach Hause und sagen: Mein Gott, wir hatten Fusionsgespräche mit Firma Y. - Dann haben Sie ein Problem, beide. Und ich finde, wenn das so - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wie gesagt, ich reite da deshalb drauf rum, weil uns allen aufgefallen ist: Compliance scheint für die freie Wirtschaft zu gelten, für viele Berufsstände, was ich auch völlig legitim finde. Aber wir haben festgestellt: In der APAS, in der DPR - - Ich meine, dann können wir alle durchführen. Herr Ernst hatte ja auch - da wurde dann gerudert - mehrere Aufsichtsratsmandate, eins bei Metro; das wurde dann auch noch mal verlängert. Dann hat man sehr progressiv - so will ich das formulieren - die Bedingung innerhalb der DPR umformuliert. Wir hatten ein Problem innerhalb der BaFin. Und jetzt sagen Sie mir als Chefin dieser Regierung: Ich vertraue da dann immer. - Nochmals: Das ist gut. Aber das kann es doch nicht sein, Frau Bundeskanzlerin.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Wenn ich vielleicht noch mal grundsätzlich sagen darf: Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kanzleramts und der Bundesregierung werden sicherheitsüberprüft. Sie haben es selbst genannt. Und diese Sicherheitsüberprüfungen sind sehr streng. Und sie sind auch nicht einmalig, sondern sie werden immer routinemäßig wiederholt.

Das heißt, hier werden ganz wichtige Weichen gestellt, um die ich mich nicht persönlich kümmern muss, sondern die einfach durch diese Sicherheitsüberprüfung erfolgen. Und das, was ich bezüglich Herrn - - Und das gilt natürlich auch für Herrn Rölller, genauso wie es für alle anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gilt.

Und das, was jetzt von mir noch hinzukommt, ist, dass ich keinerlei Zweifel an der Integrität habe, dass Herr Rölller sich an alle diese Sicherheitsüberprüfungen, die im Übrigen auch Mitteilungen über das, was man darf, wen man treffen darf, worüber man berichten muss usw. enthalten - - Meine Aussage bezieht sich darauf, dass er in diesem Rahmen, der durch die Sicherheitsüberprüfung gegeben ist, handelt und im Übrigen Ihnen auch ansonsten die Informationen, die notwendig waren, zur Kenntnis gegeben hat.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay, dann würde ich - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und das unterscheidet, glaube ich, dann auch noch mal Mitarbeiter der DPR oder APAS von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer Bundesregierung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Da bin ich beruhigt. - Dann würde ich nur noch zunächst fragen wollen: Haben Sie im Nachgang zur China-Reise noch mal mit Herrn zu Guttenberg Schriftwechsel, E-Mail-Verkehr, ein Telefonat oder möglicherweise auch einen Besuch im Kanzleramt, innerhalb des Untersuchungszeitraums selbstverständlich, gehabt oder ein Gespräch im Nachgang geführt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein. - Gut, dann würde ich jetzt zunächst erst einmal an den Kollegen Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion weitergeben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender. - Frau Bundeskanzlerin, vielen Dank, dass Sie uns zum Gespräch zur Verfügung stehen. - Ich würde gerne zunächst vorab einige grundsätzliche Fragen stellen, um dann nachher zu den Details, auch zu dem Gespräch mit Karl-Theodor zu Guttenberg und auch der China-Reise, zu kommen.

Ich würde Sie zunächst einmal bitten - und das haben wir ja auch von einigen Vertreterinnen und Vertretern hier aus der Bundesregierung bisher gehört, dass die Erwartungshaltung, die ich auch teile, dass sich die Bundesregierung für deutsche Interessen und auch für europäische Interessen im Ausland einsetzt - - inwieweit die außenwirtschaftliche Strategie gegenüber China, gerade was den Bereich Finanzen und Technologieunternehmen angeht, betrifft - - Könnten Sie uns das noch mal schildern, damit wir auch bewerten können, inwieweit sich auch die Interessen von Wirecard da gegebenenfalls eingefügt haben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: China hat sich ja zu einem bedeutenden Handelspartner Deutschlands entwickelt, in einigen Jahren sogar zu dem größten. Und in diesem Zusammenhang haben wir uns als Regierung immer wieder dafür einge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

setzt, dass entsprechend den internationalen Gepflogenheiten China möglichst vielen internationalen Abkommen beitrifft, im Rahmen der WTO zum Beispiel, und auch Vergabeabkommen unterzeichnet, ILO-Normen einhält und vieles andere mehr.

Und wir setzen uns für eine Reziprozität des Zugangs zu den Märkten ein und haben uns natürlich in dem Zusammenhang auch über viele Jahre dafür eingesetzt, dass neben den Minderheitsbeteiligungen, „Joint Venture“ Stichwort, auch umfangreichere und Mehrheitsbeteiligungen oder ausschließliche Beteiligungen möglich sind.

Sie wissen, dass wir seit vielen Jahren ja auch an diesem Investitionsabkommen auf der europäischen Ebene handeln*. Wir haben dort während unserer deutschen Ratspräsidentschaft Fortschritte gemacht, sowohl was die geografischen Herkunftsbezeichnungen für viele Produkte anbelangt als auch was Marktzugangsmöglichkeiten anbelangt. Das wurde ja dann zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft noch abgeschlossen.

Und in diesem Bereich - - Ds* wird auch sektormäßig verhandelt. Wir haben ja sehr viel Engagement in der Automobilindustrie, wir haben es in der Chemieindustrie, und wir haben es eben dann auch mit der Öffnung Chinas in Richtung der internationalen Finanzmärkte durch diesen hochrangigen Finanzdialog seitens des BMF über viele Jahre besprochen. Und unser Interesse ist also reziproker Zugang zum chinesischen Markt und eine faire Behandlung auch bei öffentlichen Ausschreibungen zum Beispiel, wenn es um Investitionen in China geht.

Das ist die grundlegende Strategie. Die ist aber - - unterscheidet sich jetzt nicht von der mit anderen Ländern, die nicht die Offenheit der Märkte haben, wie wir das von uns jetzt innerhalb der europäischen Union kennen. Also, das gilt für Vietnam, das gilt für Indonesien, das gilt für andere Länder auch.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Zu dem Thema Wirtschaftsdelegation hatte ich noch einige Fragen; die haben Sie schon abgeräumt.

Deshalb würde ich noch mal grundsätzlich das Bild, was Wirecard in der Bundesregierung hatte zum Zeitpunkt Ihrer China-Reise gerne beleuchten. Also, welche Sicht hatte die Bundesregierung zu dem Zeitpunkt auf Wirecard? Denn wir haben jetzt so aus den Vernehmungen anderer Personen hier vernommen, dass da eher so der Eindruck entstand, dass Wirecard eher wenig Kontakt überhaupt zur Bundesregierung hat. Deshalb gab es ja seitens des Unternehmens da auch einige Bemühungen, da den Kontakt zu verstärken oder überhaupt herzustellen. Also, welchen Blick hatten Sie persönlich oder hatte die Bundesregierung auf Wirecard zu dem Zeitpunkt der Reise?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, den Blick der Bundesregierung kann ich jetzt hier nicht umfassend darstellen. Dazu hatten Sie ja auch viele Akteure der Bundesregierung.

Für mich war Wirecard - - Ich wusste, dass es in den DAX aufgestiegen ist. Ansonsten war für mich Wirecard keine Größe. Wie gesagt, ich hatte Herrn Braun nicht persönlich getroffen. Ich habe mich nicht weiter interessiert. Mir leuchtete nur ein im Zusammenhang dann mit der China-Reise und dem Finanzdialog, den wir geführt hatten, dass Wirecard ein Akteur sein könnte, der natürlich, wie andere deutsche Unternehmen auch, Interesse am chinesischen Markt haben kann.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Fühlten Sie sich oder fühlen Sie sich heute mit Blick auf damals im Vorfeld auf die China-Reise angemessen von Ihrem Haus vorbereitet?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, dass das Kanzleramt das Notwendige getan hat. Man hatte noch beim BMF nachgefragt, welche Informationen da sind. Da wurden ja auch einige Informationen übersandt, die aber alle öffentlich auch zugänglich waren. Und man hat dann in der Fachabteilung die Dinge bewertet und den Schluss daraus gezogen, dass ich das Thema Wirecard ansprechen konnte bei meinen Gesprächen. Und das ist das, was mich erreicht hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und dann würde ich sagen: Damals war das gerechtfertigt. Heute würde man es natürlich mit dem Wissen anders machen; das ist richtig.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist sicherlich so. - Dennoch die Frage: Gab es irgendwelche Warnungen im Vorfeld der Reise, die dann zu irgendwelchen schwerwiegenden Bedenken da geführt haben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, an mich gab es keine Warnung, weil ja nach den Einholungen der Informationen vom BMF in dem vertrauensvollen Austausch mit dem BMF die Beamten des Kanzleramts entschieden haben, dass ich das Thema ansprechen kann. Und insofern war es eines unter vielen.

Sie müssen sich das auch bei den Reisen nicht so vorstellen, dass das eine Reise war, bei der das einzige Thema, das ich anzusprechen hatte, Wirecard war, sondern es gibt dann eine Vielzahl von Unternehmenswünschen. Die werden in einem Block, der sich mit Wirtschaft befasst, besprochen. Aber daneben gibt es bilaterale Fragen, internationale Fragen, Menschenrechtsfragen, Justizfragen.

Und dann müssen Sie sich vorstellen, das sind Gespräche, die finden, wenn sie sehr effizient sind, mit Simultandolmetschung statt. Manchmal finden sie sogar konsekutiv statt. Dann hat man eine Stunde Zeit und hat ungefähr 30 oder 40 Sachen, die man ansprechen muss. Und da spielt also, sagen wir mal - - Da wird ein Stichwort genannt, aber nicht jetzt - -*

Im Nachhinein sieht es so aus, als wäre die China-Reise vielleicht eine Wirecard-Reise gewesen. Das ist weit entfernt, sondern es war unter vielen Unternehmensanliegen und mindestens 20 - - oder 10 bis 20 Gesprächsbereichen war es ein Wirtschaftsanliegen unter mehreren, was in die allgemeine Philosophie passte, weil wir uns eben auch mit den Finanzmärkten beschäftigt haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir hatten das intensiv zu diesem Thema auch des deutsch-chinesischen Finanzdialogs erörtert, weil es da ja auch

Listen gab mit Anliegen, die dann eine Rolle gespielt haben. Es war für uns etwas unbefriedigend, weil das immer alles geschwärtzt war bis auf das eine Thema Wirecard; aber ist natürlich auch nachvollziehbar. Aber da geht es eben auch darum, da viele Interessen unterzubringen.

Wie ist denn diese Vorbereitung gelaufen? Oder wie läuft das normalerweise? Sie haben jetzt gerade das Finanzministerium, dass da eine Mail erfolgt ist mit Informationen, die öffentlich zugänglich waren - - Ist das der normale Weg, dass Sie dann - - Oder warum ist die Anfrage dann ans Bundesfinanzministerium gegangen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, es werden verschiedenste Anfragen gemacht, also, wenn man - - Die Fachbeamten des Bundeskanzleramts versuchen, die Bundeskanzlerin so gut wie möglich vorzubereiten. Jetzt kommen Firmen da*, dann fragt man das Wirtschaftsministerium zu bestimmten Firmen, dann fragt man das Finanzministerium, dann fragt man vielleicht manchmal auch den BND, ob Erkenntnisse vorliegen, wenn es um ausländische Firmen geht.

Und so wird versucht, alles abzuklopfen, damit dann eine möglichst gesicherte Grundlage für eine Empfehlung an mich da ist. Und wenn man sich das anschaut, was da eine solche Reise an Vorbereitungen mit sich bringt, dann ist das schon beträchtlich.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich würde - -

(RD Robert Fritz (BMF):
Herr Vorsitzender? Entschuldigung!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Fritz.

RD Robert Fritz (BMF): Ich muss mal kurz um das Wort bitten. Entschuldigen Sie, Frau Bundeskanzlerin.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können wir die Zeit stoppen?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Zeit stoppen, bitte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Robert Fritz (BMF): Ich habe jetzt schon mehrfach gerügt, dass hier drüben auf der Brücke Fotografen mit Teleobjektiven stehen. Man hat mir versichert, die Polizei würde hingeschickt; aber es hört nicht auf. Meines Wissens ist das nicht zulässig aus dem, was Sie vorhin gesagt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das missfällt mir auch. Jetzt frage ich natürlich: Könnten wir die Rollos herablassen? Ich würde so lange dann kurz unterbrechen, bis wir den Umstand - - Es ist ja auch immer mit Geräuschen verbunden, wenn die Jalousien - - Aber völlig berechtigter Hinweise. Und wenn das versprochen worden ist und die knipsen dort - - Ob man nun inhäusig hier oder von außen - da bin ich bei Ihnen - - Die Fotografen hatten vorher die Möglichkeit.

(Unterbrechung von
11.02 bis 11.03 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Jetzt würde ich es natürlich schön finden, wenn die einpackten. Aber ich würde trotzdem die Bundestagspolizei zur Sicherheit bitten, weil ich finde das nicht schön und ich denke auch, auf unserem Gelände haben wir die Hoheit, dass sie dort eben sagen: Wir möchten, solange der Untersuchungsausschuss hier tagt, nicht, dass dort Teleobjektive hier auf den Raum gerichtet werden. Wenn das noch gelänge, wäre ich dankbar.

Wäre Herr Fritz jetzt so weit erst mal zufrieden?

(RD Robert Fritz (BMF)
nickt)

- Das Lächeln interpretiere ich als Zustimmung.

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Das ist eigentlich nicht im
Untersuchungszeitraum,
Herr Fritz! - Heiterkeit)

Ich habe heute gute Laune, weil jetzt auch noch mein Geburtsdatum abgebildet ist. Also kriegt Herr Hauer noch mal 20 Sekunden obendrauf, weil wir haben zu spät abgestoppt. Also, heute ist ein guter Tag. Und wir machen weiter. - Bitte schön.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender. - Frau Bundeskanzlerin, ich würde gerne zu Ihrem Gespräch mit Karl-Theodor zu Guttenberg als Nächstes kommen. Vielleicht zunächst: Hat Herr zu Guttenberg Sie da als Privatperson, als ehemaliges Mitglied der Bundesregierung oder als Berater/Lobbyist von Spitzberg Partners besucht, aus Ihrer Wahrnehmung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aus meiner Wahrnehmung als ehemaliges Mitglied der Bundesregierung. Aber, wie gesagt, dann an zwei Stellen ja mit Bezugspunkten, die ich dann auch gesondert behandelt habe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Zur Veraktung gebracht, wie wir ja auch dann gelernt haben in diesem Ausschuss.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wie man das wohl nennt, ja.

(Heiterkeit des Abg.
Matthias Hauer
(CDU/CSU))

Matthias Hauer (CDU/CSU): Genau, in schönstem Behördendeutsch. - Hätte es denn einen Unterschied gemacht, ob jetzt ein Karl-Theodor zu Guttenberg das Thema Wirecard bei Ihnen anspricht oder ob das Unternehmen Wirecard als DAX-Konzern auf Sie zukommt oder vielleicht ein Herr Fritsche?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, wenn es um eine Information zu einem Wirtschaftsunternehmen geht, dann macht das keinen Unterschied, dann befrage ich - - oder befrage ich die dafür zuständigen Beamten im Bundeskanzleramt damit.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie lange hat das Gespräch - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das Problem ist - nur noch mal, um das klar zu sagen, wie ich es ja auch in meinem Eingangsstatement gesagt habe -: Ich persönlich, wenn ich jetzt hätte aufschreiben sollen: „Was hat Herr zu Guttenberg von mir gewollt?“, hätte das nicht mehr aufschreiben können. Ich habe nur sozusagen ja die Evidenz, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich was gemacht habe, nämlich den Abteilungsleiter 4 damit befasst habe. Und aus all diesem Schriftwechsel geht hervor, was Herr zu Guttenberg gesagt haben muss und sollte.

Ich hätte jetzt nicht sagen können: Über welches Unternehmen hat Herr zu Guttenberg mit Ihnen gesprochen? Ich erinnere mich an das KI-Unternehmen besser, an das andere kann ich mich nicht erinnern. Aber es ist ja ganz offensichtlich darüber gesprochen worden; denn alle Vorgänge, die danach folgten, belegen das ja.

Matthias Hauer (CDU/CSU): War Ihnen bewusst, dass es schon von dem Beratungsunternehmen von Herrn zu Guttenberg, also Spitzberg Partners - - dass es da auch einen intensiven Kontakt ins Bundesfinanzministerium gab?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Denn es gab ja zum Beispiel eine E-Mail, die Spitzberg Partners vorbereitet hatte, die dann nahezu eins zu eins von dem Finanzstaatssekretär Wolfgang Schmidt an den Vizefinanzminister von China auch mit Bezug auf Wirecard weitergeleitet wurde. Aber diese Information hatten Sie da nicht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Ich hatte keinerlei Kenntnis über die Frage, ob auch andere Ministerien mit Wirecard und Spitzberg Partners befasst waren.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Grundsätzlich ziehe ich es vor, sozusagen mit den Originalvertretern der Unternehmen zu sprechen. Aber es gibt ja immer wieder Hinweise auch; das ist klar.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wieso hat das eigentlich bei Wirecard nicht stattgefunden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aus Termin- -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Dieses Gespräch hat ja nicht stattgefunden, was erwünscht war von Wirecard gegenüber Ihnen, und dann diese Termingründe, die dagegensprachen. Ist sicherlich

auch klar, dass man jetzt gegenüber einem Unternehmen vielleicht nicht kommuniziert: „Wir wollen nicht mit euch sprechen“ oder auch nicht kommuniziert: „Das hat eine geringere Priorität.“ Aber was war denn der Grund, warum es kein Gespräch der Bundeskanzlerin mit Wirecard gegeben hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Es waren Termingründe.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Also zu dem Zeitpunkt war jetzt nichts, was inhaltlicher Natur gewesen war, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - was dagegensprach?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Schauen Sie, ich sage wahrscheinlich - - Ich weiß es nicht. Ich sage jedenfalls mehr Termine ab, als ich zusage. Und trotzdem ist mein Tag voll.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Davon gehen wir aus. - Sie hatten gerade gesagt, es gibt im Vorfeld von Reisen dann auch verschiedene Abfragen. Sie hatten auch zum Beispiel die Nachrichtendienste erwähnt. Und wir haben auch zum Thema Nachrichtendienste hier Vernehmungen und Gespräche geführt, zum Beispiel auch mit Herrn Schmidbauer und Herrn Fritsche. Und gleichzeitig haben wir die Information bekommen seitens der Bundesregierung, dass vor der Insolvenz von Wirecard keine Erkenntnisse jetzt über Herrn Marsalek oder über Wirecard vorlagen.

Insofern ist auch nachvollziehbar, dass Sie jetzt keine Erkenntnisse erreicht haben. Wenn keine vorlagen, wäre es schwierig, Ihnen welche vorzulegen. Aber trotzdem stellt sich so eine grundsätzliche Frage: Die Herren Schmidbauer und Fritsche waren ja auch im Umfeld von Wirecard unterwegs, gerade der Herr Fritsche auch als Berater. Sehen Sie das irgendwie als problematisch an?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, es ist ja seitens des Kanzleramts ausweislich der Akten überprüft worden, ob seine - das ist wieder so eine - - wie heißt das? - nachberufliche oder nachamtliche Tätigkeit - auch wieder so ein Terminus technicus -, ob die in irgendeinem Konflikt zu seiner vorherigen Beamtentätigkeit stand. Das ist verneint worden. Und insofern war Herr Fritsche, dem ich ja gar nicht begegnet bin in seiner Funktion als jemand, der für Wirecard gearbeitet hat - -

Aber insofern gab es jetzt keine Veranlassung, da zwischen seiner früheren Tätigkeit und seiner jetzigen irgendwelche Verbindungen zu ziehen. In der Tat gab es keine Veranlassung - so ausweislich der Akten -, dass BND oder BfV mit Wirecard zum damaligen Zeitpunkt befasst waren.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wie ist das eigentlich mit so ehemaligen Koordinatoren für die Nachrichtendienste? Gibt es da noch einen, ich sage mal, so einen nachvertraglichen Austausch mit der Bundesregierung? Weil ich hatte so den Eindruck - die Kollegen, glaube ich, auch -, dass der Herr Schmidbauer noch sehr agil ist, was so auch die Kontaktpflege zu alten Kollegen betrifft aus dem Sicherheitsumfeld. Wird das irgendwie noch genutzt seitens der Bundesregierung? Oder wie ist - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dazu kann ich nichts sagen. Und eine Nutzung von ehemaligen Tätigkeiten nach Ausscheiden aus dem Amt wäre auch nicht okay. Also, ich habe Herrn Schmidbauer seit Jahren nicht gesehen. Insofern kann ich dazu nichts sagen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut. - Ich möchte noch mal zu dem Gespräch mit Karl-Theodor zu Guttenberg zurückkommen. Können Sie da noch mal was zu anderen Inhalten sagen, die Ihnen erinnerlich sind, zum Ablauf? Gab es eine Vorbereitung? Wie lange hat das Gespräch gedauert? Wo war das?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, es war ja, wie gesagt, klassifiziert als persönliches Gespräch. Wie ich eben schon gesagt habe, war es auf 45 Minuten angesetzt. Ich weiß jetzt nicht, ob es

vielleicht 50 gedauert hat. Aber im Allgemeinen sind die Terminumfänge richtig bemessen. Und es war ein persönliches Gespräch, aus dem ich jetzt nicht berichte. Aber das, was im Blick auf diesen Ausschuss relevant ist, das ist Ihnen ja zur Kenntnis gebracht worden.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja. - Das Thema Professor Röller ist ja gerade schon angesprochen worden. Ich möchte da auch zu nachfragen. Könnten Sie uns die Tätigkeit - - Was macht Herr Röller bei Ihnen im Kanzleramt? Was ist Inhalt der Tätigkeit?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Herr Röller ist verantwortlich für Wirtschaftspolitik, Energiepolitik, für die Sherpa-Tätigkeit im Zusammenhang mit G7 und G20. Und in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsberater, wie man das vielleicht etwas landläufig nennt, ist er dann auch natürlich derjenige, der viele Kontakte zu Wirtschaftsunternehmen hat und pflegt. Er ist im Übrigen ja auch noch für Finanz- und Energiepolitik und Verkehrspolitik, gar nicht aufgeführt im Namen, zuständig, das heißt also für die Haushaltsfragen, für die steuerlichen Dinge, für Energiepolitik; brauche ich jetzt, glaube ich, nicht aufzuzählen. Also, ich würde mal sagen: Er ist gut beschäftigt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Gut.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber wenn es um Kontakte, jetzt auch für mich, zu Wirtschaftsunternehmen geht, ist Herr Röller für mich die Ansprechadresse. Das wird dann manchmal delegiert natürlich in der Abteilung an andere, aber das ist klar.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Und wie läuft das, wenn - aber wahrscheinlich läuft es so wie bei anderen Mitgliedern der Bundesregierung bzw. mit dann untergeordneten Beamten dann auch -, dass - - oder wenn jetzt Informationen an diese Person gelangen - - Wir haben ja jetzt hier zum Beispiel den Fall, dass die Ehefrau von Herrn Professor Röller in ihrem Bekanntenkreis Kontakte nach China hatte. Und dann hat Herr Professor Röller das weitergeleitet mit dem Hinweis: Nur zur Kontaktherstellung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ist das so ein normaler Weg, dass, wenn jetzt an Sie oder auch an andere Mitglieder der Bundesregierung oder an hohe Beamte von außen Vorgänge herangetragen werden oder Begehren auch herangetragen werden, das sozusagen zur Veraktung dann irgendwo hingeleitet wird und man sagt: „Ist aber nur jetzt zur Kontaktherstellung“? Oder wie wäre da der saubere Weg oder der richtige Weg?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Der richtige Weg - das geht mir ja jeden* - - ich kann das von mir berichten -: Ich sage mal: Wenn ich jetzt den Deutschen Bundestag betrete, kann ich davon ausgehen, dass an mich sicherlich drei bis zehn Anliegen herangetragen werden in einer überschaubaren Zeit. Und dann versuche ich, die im Kopf zu behalten und zu sagen: „Videogrußwort für den Verband“ und dann den Leuten das weiterzuleiten, die damit befasst sind. Das ist unser tägliches Geschäft.

Sie haben sicherlich auch schon mal einen - also, meine ich jetzt nicht böse, aber - - Minister angesprochen

(Heiterkeit)

und über was geredet. So. Und dann müssen wir natürlich versuchen, zuverlässig zu sein; aber wir dürfen auch keine falschen Zusagen machen. Also, ich habe zum Beispiel ein ganz festes Prinzip, wenn mich jemand anspricht, irgendwo auf dem Weg, dass ich das nie zusage, sondern sage: „Ich kümmere mich drum“ oder „Schreib meinem Büro“ oder „Schreiben Sie meinem Büro“, aber bloß keine Zusagen, die man nicht übersehen, aber andererseits auch keine Ignoranz, sondern sagen: Ich werde mich darum kümmern.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Es ist ja auch nachvollziehbar, dass Sie jetzt nicht Ihre Terminplanung selbst durchführen bzw. auch -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die führe ich schon durch.

Matthias Hauer (CDU/CSU): - alles spontan bewerten.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genau.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist ja auch unsere Erwartungshaltung alle an die Bundeskanzlerin selbstverständlich. - Ich möchte noch mal zu diesem - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber jetzt noch mal zu dem Ernst Ihrer Frage, weil es ging ja auch nicht nur um mich, sondern - - Also, es ist doch ganz normal, wenn man - - weil bekannt ist, dass wir irgendwo arbeiten oder machen, werden Anliegen an uns herangetragen. Dann ist die Aufgabe, diese Anliegen weiterzuleiten. Aber da gibt es eine Neutralitätsverpflichtung, sie nicht gleich mal mit dem persönlichen Bekanntheitsgrad zu verbinden. So. Das finde ich schon wichtig.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Jetzt habe ich noch 45 Sekunden. Die will ich natürlich auch nutzen. Deshalb - - Aber Sie dürfen so lange antworten, wie Sie möchten. Insofern muss ich es jetzt nur schaffen, meine Frage in diese 45 Sekunden zu pressen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na dann mal ran!

(Heiterkeit)

Matthias Hauer (CDU/CSU): Es sieht gut aus, ich werde es schaffen. - Ich möchte noch mal zu den Berichten in der „Financial Times“ kommen. Sie hatten ja auch angesprochen, dass es eine negative Berichterstattung über Wirecard gab, die sich jetzt auch als - - Wir wissen, dass das meiste davon auch stimmte, was berichtet war. Es gab aber auch viel positive Berichterstattung über Wirecard über die Jahre, auch von renommierten Zeitungen, auch in Deutschland.

Mich würde interessieren, inwieweit Ihnen jetzt, unabhängig davon, dass es ja durch die übermittelten Informationen - die waren ja öffentlich zugänglich - auch eben Hinweise auf diese kritische Berichterstattung gab - - Aber was wussten Sie zum Zeitpunkt der Reise, weil das ist ja der für uns hier maßgebliche Zeitpunkt? Was war Ihnen bewusst über diese „Financial Times“-Berichte?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich wusste darüber nichts, muss ich zugeben. Ich hatte diese Berichte nicht verfolgt, weder die positiven noch die negativen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielen Dank.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans
Michelbach (CDU/CSU):
Punktlandung!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das war eine Punktlandung mit dem Bonus. Ja, absolut. - Dann Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Frau Bundeskanzlerin, ich will vielleicht zur Einordnung auch des AllScore-Erwerbs durch Wirecard einfach noch mal sagen, dass wir hier rausbekommen haben über Monate hinweg, dass der Erwerb von ausländischen Tochtergesellschaften in Emerging Markets, in Schwellenländern, für Wirecard oft weniger geschäftspolitisch motiviert war, sondern eher als selbst geschaffene Erklärung für das an anderer Stelle erzeugte, durch Betrug erzeugte künstliche Bilanzwachstum diente. Man bemäntelte also das Wachstum durch Fälschungen, dadurch, dass man als Begründung für den Markt ausländische Töchter erworben hat.

Und insofern war das Teil eines, sagen wir mal, auch größeren Vorgehens, dass man solche Töchter erworben hat. Und selbstverständlich war der AllScore-Erwerb für Wirecard im Herbst 2019 ein Himmels Geschenk; denn das Unternehmen war unter Druck, die Presseberichterstattung wurde kritischer und konkreter. Und sofort, als das am 05.11., also sehr kurz nach Ihrer Reise, dann auch geklappt hat mit dem Erwerb, gab es natürlich auch die entsprechende positive Kommunikation in den Kapitalmarkt, dass das ein Stück weit wieder kompensiert hat, was auch an kritischen Dingen in den Kurs eingeflossen war. Deswegen war das meines Erachtens schon Teil einer größeren Geschichte.

Ich will Sie noch mal fragen zu Herrn Röller. Hat Herr Röller Ihnen jemals einen Interessenkonflikt

angezeigt in Bezug auf seine Person, in Bezug auf das Unternehmen Wirecard?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein. - Nun ist es ja so - das will ich einfach mal sagen -, die Fakten hier sind: Herr Röller hat uns gegenüber gesagt, er hat keine Erinnerung an die „FT“-Berichterstattung gehabt im Jahr 2019. Das sah ganz anders aus bei Herrn Kukies und Herrn Holle. Die konnten das sehr dezidiert beschreiben.

Herr Röller hat hier ausgesagt, keine Erinnerung an die Gesprächsinhalte seines Gesprächs mit Wirecard-Vertretern im September 2019 gehabt zu haben. Herr Röller hat auf Frage von Kollegen Zimmermann nicht ausgesagt, dass er Kontakt mit Herrn Fritsche zu Wirecard hatte; er musste das dann einräumen später. Er hat ausgesagt, das Unternehmen MinTech nicht zu kennen, musste das dann einräumen im Verlauf seiner Befragung.

Und es stellte sich dann heraus, dass Frau Röller jedenfalls eine Rolle gespielt hat bei dem Kontakt zwischen Wirecard, und zwar gerade in China, nicht irgendwo sonst auf der Welt, sondern gerade in China wenige Wochen, nachdem der Erwerb zustande kam, eine Rolle gespielt hat, dort Wirecard einen Geschäftspartner zu vermitteln namens MinTech. Ist das ein Vorgang, den Herr Röller Ihnen gegenüber mal offengelegt hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Er hat mir kurz berichtet, dass das eine Rolle gespielt hat, als er dann noch mal einen Brief geschrieben hat. Aber sonst kenne ich da keine Details.

Ich habe ihn immer ermutigt, alles, was er weiß, zu sagen. Und ich habe ja gesagt, dass ich mich nicht mit meinen Mitarbeitern über die Aussagen abstimme. Und insofern kann ich nur das wiederholen oder brauche es auch nicht zu wiederholen, was ich schon zu Herrn Röller gesagt habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, Sie haben relativ uneingeschränkt dargestellt, dass Sie ihm vertrauen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Sie sind mit ihm sehr lange in Zusammenarbeit. Aber die Punkte, die ich Ihnen gerade genannt habe, müssten doch mindestens Anlass mal geben, einen Interessenkonflikt aufzuklären, den ich ganz eindeutig sehen würde.

Wenn Ihr Berater Herr Rölller, der direkten Zugang zu Ihnen hat, eine Ehefrau hat, die Geschäfte macht, die darauf aufbauen, dass Wirecard den chinesischen Markt erreicht, dann ist das doch ein Zusammenhang auch zu dem, was vorher geschehen ist; den kann man doch gar nicht aus der Welt diskutieren. Und da müsste man doch mindestens mal die Sache aufklären, auch aus Eigeninteresse und auch mit Blick auf die Reputation des Kanzleramts insgesamt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und ich glaube, dass Herr Rölller alles aufgeklärt hat, was aufzuklären war. Und das steht für sich.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, ich bin da ganz anderer Meinung.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Okay, das - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Wir haben die E-Mail, die Herr Rölller an Herrn Fritsche weitergeleitet hat, mit der er, Herr Rölller, von seinem Dienst-Account den Kontakt zu MinTech hergestellt hat. Und Herr Fritsche wurde als Vertreter von Wirecard gewissermaßen angeschrieben. Also, Herr Rölller hat von seinem Dienst-Account eine E-Mail an Herrn Fritsche geschrieben am 13. Januar 2020 und dadurch erst den Kontakt zu MinTech hergestellt, dem Unternehmen, mit dem seine Frau in Kontakt war. Also, das lief über die IT des Kanzleramtes.

Just diese E-Mail wurde diesem Ausschuss nicht vorgelegt. Herr Rölller sagte, er habe händisch seinen Account noch mal kontrollieren müssen, habe sie da nicht aufgefunden. Also, viel an Aufklärungsbemühungen kann ich da nicht sehen. Und die entscheidende E-Mail lag nicht mit dabei. Also, ich an Ihrer Stelle, muss ich sagen, wäre ganz - - ohne Vorverurteilungen, aber jedenfalls sehr viel aufmerksamer, was die Rolle von Herrn Rölller im Kontext dieser ganzen China-

Reise angeht. Das muss ich in aller Deutlichkeit sagen.

Ich möchte aber noch mal nachfragen zu dem Gespräch, das Sie mit Herrn zu Guttenberg hatten. Da haben Sie ja rausgearbeitet, dass Ihre Erinnerung sich nicht ganz deckt mit dem, was Herr zu Guttenberg ausgesagt hat. Herr zu Guttenberg hat ja bei uns ausgesagt, dass Sie ihn an Herrn Rölller verwiesen hätten. Er hat Herrn Rölller dann geschrieben:

Die Frau Bundeskanzlerin bat mich, Ihnen noch einige Zeilen zukommen zu lassen, um die richtige Formulierung an der Hand zu haben.

Das war die E-Mail Guttenberg-Rölller vom 3. September abends. Und im Protokoll stand auch noch mal ausdrücklich:

Sie

- das ist die Bundeskanzlerin -

sagte allgemein so etwas wie: „Ja, das könnte hilfreich sein“, explizit aber ohne sich festzulegen, und bat mich, Herrn ... Rölller den Sachverhalt zu schildern ...

Dass Sie Herrn Guttenberg an Herrn Rölller verwiesen haben, haben Sie ausgesagt. Aber Sie sagen, Wirecard habe dabei keine Rolle gespielt. Ist das noch mal richtig wiedergegeben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Das ist nicht richtig wiedergegeben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Entschuldigung. Das wäre dann keine Absicht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nee. Ich habe gesagt, dass ich, wenn Sie mich gefragt hätten, ohne diese ganzen Akten nicht mehr hätte sagen können, was es für ein Unternehmen war. Aber es muss ein Unternehmen gewesen sein; sonst hätte ich ihn nicht an Herrn Rölller verwiesen. So. Das schließt aber nicht aus, dass Herr zu Guttenberg



Nur zur dienstlichen Verwendung

das schreibt, was er mir gesagt hat. Das steht nicht gegeneinander.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, er sagte auch noch aus in seiner Aussage hier im letzten Dezember:

... Frau Bundeskanzlerin wusste natürlich von dem DAX-Unternehmen Wirecard; ob sie sich aber bereits im Detail damit befasst hatte, war für mich nicht erkennbar. Sie sagte allgemein so etwas wie ...

Also, daraus entnehme ich, dass er jedenfalls ausgesagt hat, dass der Name Wirecard gefallen sei. Natürlich, das ist ja auch naheliegend.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das schließe ich nicht aus. Da habe ich keinen Grund, an der Aussage von Herrn zu Guttenberg zu zweifeln.

Dr. Florian Toncar (FDP): Herr zu Guttenberg hat auch geschrieben an eine Mitarbeiterin aus dem Bundeskanzleramt am selben Abend:

Liebe Frau ...

- ich nenne den Namen jetzt nicht -

Herr zu Guttenberg hatte eine Nachricht auf die Mobil-Nr. von Frau Bundeskanzlerin geschickt - leider mußte er feststellen, daß wohl insbesondere die Anrede nicht richtig übergekommen war.

Haben Sie Erinnerung, dass Sie von Herrn zu Guttenberg noch mal eine Nachricht auf Ihr Mobiltelefon bekomme haben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, da war ich sehr erstaunt, als ich die E-Mail sah, weil die wurde mir - - habe ich mir natürlich angeguckt. Und da kann ich mich - - Er hat es ja dann in der E-Mail geschrieben, aber ich habe jedenfalls keine Erinnerung an eine Mobilnachricht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wurde da noch mal nachgeschaut, ob da vielleicht eine eingegangen ist?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wenn ich eine gehabt hätte, hätte ich ja die sofort an Frau Christiansen weitergegeben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, aber das heißt, es wurde jetzt rund um den Untersuchungsausschuss -

Zeugin Dr. Angela Merkel: In meiner Er -

Dr. Florian Toncar (FDP): - auch nicht noch mal gesondert nachgeschaut.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wie bitte?

Dr. Florian Toncar (FDP): Das heißt aber, jetzt im Kontext dieses Untersuchungsausschusses, wo ja Material auch vorgelegt werden musste, wurde nicht noch mal gesondert - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, die ist natürlich nicht da, weil ich diese Dinge, weil ich alles zeitnah lösche. Aber die - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Also es gab den Prüfprozess, aber die E-Mail ist nicht mehr auffindbar gewesen? - Fragezeichen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also*, ich habe auch daran keine klare* Erinnerung. Ich kann mir nur nicht vorstellen, wenn ich das alles doppelt gehabt hätte, dass ich es nicht doppelt - - also*, dann gesagt hätte: Es ist aber unnötig, dass er die E-Mail schreibt, sondern wir haben mit der E-Mail gearbeitet, und ja*.

Dr. Florian Toncar (FDP): Es wäre interessant, zu sehen, ob die Textnachricht der E-Mail entspricht. Da drückt man sich ja normalerweise anders aus. Also, deswegen bedaure ich, dass wir die nicht haben.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, deshalb sage ich auch, dass ich nach meiner Erinnerung diese Textnachricht nicht jedenfalls in Erinnerung habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Und dann geht das Fragerecht an Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank. - Frau Bundeskanzlerin, wir haben vor vier Jahren schon mal im NSA-Ausschuss das Vergnügen gehabt; da ging es auch um Mobilkommunikation. Da haben Ihre Parteikollegen, Ihre Fraktionskollegen gestern ganz, ganz großen Wert drauf gelegt. Also, die sind richtig pedantisch, wenn es darum geht, wie der Vizekanzler kommuniziert. Darüber will ich mich mit Ihnen jetzt aber nicht unterhalten. Das machen andere dann bestimmt noch.

(Fritz Güntzler (CDU/CSU):
Das war auch interessant!)

- Das war sehr interessant, aber mich haben - - An Ihren Aussagen hat mich da vieles daran erinnert. Ich finde das gut, dass die Regierung da ein kongruentes Handeln offenbar auch hat.

Sie haben in Ihrem Eingangsstatement Augustus Intelligence angesprochen. Das hat mich gewundert. Normalerweise hätte der Ausschussvorsitzende das wahrscheinlich rügen müssen, weil es nicht untersuchungsgegenständlich ist. Meine Frage wäre aber: Warum haben Sie das erwähnt in Ihrem Eingangsstatement?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Weil es in dem Kontext zu Guttenberg steht und weil in der Öffentlichkeit auch darüber spekuliert wurde, dass es vielleicht bei der China-Reise eine Rolle gespielt haben könnte. Da wollte ich das gleich ausräumen. Aber wir brauchen uns damit nicht weiter zu befassen, wenn das nicht untersuchungsgegenständlich ist.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, sozusagen Sie haben es ja jetzt angesprochen gehabt, deswegen - - Nein. Also, die Frage ist natürlich - die haben wir uns schon gestellt, weil es da gewisse Parallelen gibt und Herr zu Guttenberg ist sozusagen ja das verbindende Element - - Aber okay, dann verstehe ich, warum das Thema - - warum Sie das angesprochen hatten.

Sie sagten auch, dass es quasi im Kanzleramt keine Hinweise gab sozusagen, dass Wirecard ein problematisches Unternehmen sein könnte, weshalb man da besonders vorsichtig sein müsste. Und ich weiß nicht, ob Sie diesen Vermerk aus Ihrem Haus von dem Herrn Papageorgiou vorliegen haben, ob Sie den kennen. Der stammt ja nun aus dem Januar 2019. Und wir können ihn auch noch mal vorlegen lassen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kenne - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie kennen ihn. Okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kenne ihn. Und es ist ja ein Vermerk an meine Büroleiterin.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau. - Und das ist immer furchtbar spannend, solche Akten aus dem Kanzleramt zu sehen, wie viele Menschen da ihre Kürzel drauf haben usw. Der ist auch wirklich super klar. Es ist ein Vermerk, den kann man an jede Verwaltungshochschule als Beispiel geben, weil er kurz ist, klar und eindeutig. Hier steht dann im letzten Absatz:

Nach Berichten der Süddeutschen Zeitung vom 14. und 24. August 2018 prüft die Staatsanwaltschaft München ein Verfahren gegen Wirecard. Demnach wurden im Rahmen der Paradise Paper enthüllte Zahlungen über Konten bei mehreren deutschen Banken an ein illegales Online-Kasino über Wirecard abgewickelt.

Dann kommt der abschließende Punkt:

III. Bewertung

Wir empfehlen **Absage des Gesprächs** ...

Und dann: bla, bla, bla.

Ein Gespräch mit BK'in und ChefBK ist zudem vor dem Hintergrund des SZ-Berichts über ein



Nur zur dienstlichen Verwendung

mögliches Verfahren der Münchener Staatsanwaltschaft nicht ratsam.

Und deswegen frage ich mich, wie Sie zu der Einschätzung kommen, dass Ihr Haus sozusagen da keine Anhaltspunkte hatte, dass Wirecard vielleicht auch ein problematisches Unternehmen sein könnte.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich habe mit Bedacht erst von schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten gesprochen. Auch dann später zu der China-Reise gab es ja auch aus den Anfragen, die das BMF - - Also, BMF hatte uns ja Materialien geschickt, und auch da gab es ja immer wieder Fragen. Insofern ist es nicht so, dass es nicht gegenständlich war, dass man auch mal was über Wirecard hin und her gesprochen hat.

Wenn Sie den Vermerk jetzt ganz vorlesen würden, dann würde der überwiegende Absagegrund dann aber noch einmal kommen, nämlich dass aus Termingründen abgesagt wird. Und das ist dann auch das, was mich - - was dann ja auch stattgefunden hat. Und das ist etwas, wie ich es erst schon darstellte, was sehr, sehr häufig passiert, zumal ja Herrn Braun ein Alternativgesprächspartner genannt wurde in Form von Herrn Röller.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Genau. - Aber ich sage mal: Ich weiß, Sie schreiben die Absagen natürlich nicht selbst. Aber wäre es üblich, dass Ihr Haus an einen DAX-30-CEO eine Absage schreibt mit: „Lieber Herr Braun, wir haben die negative Berichterstattung in der Presse über Ihr Unternehmen wahrgenommen, und deswegen würden wir von einem Termin absehen“? Also, wäre man so schroff in einer Absage?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist jetzt fiktiv. Aber wenn an ein Unternehmen Fragen zu stellen sind, dann ist man bereit, ist das Kanzleramt bereit, Fragen zu stellen. Und ich gehe davon aus, wenn Herr Braun das Gesprächsangebot bei Herrn Röller angenommen hätte, dass man sicherlich auch über solche Fragen gesprochen hätte.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, ich frage so nach, weil, also, der Herr Papageorgiou ist wirklich ein vorbildlicher Beamter - das meine ich vollkommen ernst -, aber in seiner Vernehmung hier hatten wir nicht den Eindruck, dass es seine wirkliche Überzeugung war, dass dieser Termin aus Termingründen abgesagt werden muss, weil er konnte uns überhaupt nicht erläutern, wie oft Termine mit DAX-Vorständen aus Termingründen abgesagt wurden. Er hatte keinerlei Einblick in Ihre Terminplanung. Aber er hat einen sauberen Vermerk hingelegt, warum man sich mit denen besser nicht trifft.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich würde jetzt mal sagen: Herr Papageorgiou hat das gemacht, was er aus der Sicht eines Referenten machen muss. Er hat sich mit dem Fall befasst. Er hat dazu ein Votum abgegeben und hat dann gesagt: „aus Termingründen“ und hat aber die ihm bekannten Informationen hinzugefügt. Er ist aber mit Sicherheit nun niemand, der jetzt wissen kann, wie viel Anfragen von wie viel Unternehmen an mich gestellt werden, wie meine Terminplanung aussieht. Also, dass Sie es ihn gefragt haben, -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Eben.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - ist ja nicht verboten, aber das ist, glaube ich, für einen Referenten jetzt keine ganz einfach zu beantwortende Frage. Das müssten Sie mich dann fragen. Und da sagte ich Ihnen ja schon, dass ich mehr Absagen als Zusagen erteile.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Frau Bundeskanzlerin, das sehen wir beide absolut gleich, und deswegen hat uns ja sozusagen das in diesem Gespräch dann so ein bisschen verwundert. Also, ich sage mal: Hätte er gesagt: „Na ja, das ist unsere übliche Floskel, um freundlich zu sagen: Wir wollen jetzt lieber mal nicht“, hätten wir hier alle genickt und hätten gesagt: Ja, so würden wir das auch alle machen. Aber er hat darauf bestanden: Nein, es waren einzig die Termingründe.

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Ja!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Gut, aber - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dazu kann ich jetzt nicht Stellung nehmen. Ich kann nur sagen, dass es, auch unbeschadet der Information, die er noch hatte zu Wirecard, viele Unternehmen gibt, die keinen Gesprächstermin bei mir bekommen, sondern nur einen bei Herrn Röller, auch DAX-Unternehmen, weil meine Zeit nicht ausreicht, -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Klar.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - um mit allen Unternehmen zu sprechen. Also auch wenn keinerlei negative Information vorliegt, dann - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ganz klar. Und sozusagen warum - - Eigentlich ist es eine Petition. Warum wir, glaube ich, oder mehrere von uns so ein bisschen auf diesem Punkt rumreiten, ist einfach die Frage, weil es sozusagen einerseits die Lesart gibt: Das Kanzleramt wusste nichts. Ich sage mal, die politisch ein bisschen zugespitzte Variante ist: Das Finanzministerium hätte das Kanzleramt warnen müssen. Und gleichzeitig sage ich dann einfach jetzt hier: Na gut, das Kanzleramt hätte möglicherweise seine eigenen Vermerke stärker zur Kenntnis nehmen müssen.

Weshalb ich da jetzt noch mal zu Herrn Guttenberg komme - ist nämlich die Frage, die ich mir stelle -: Also, wir haben hier einen sehr, sehr guten Fachbeamten, der die Lage exakt so schildert, wie es ist. Und dann haben wir aber eben - - der zumindest - da können wir uns drauf einigen - es erwähnt, dass es momentan aufgrund der Berichterstattung, unabhängig von Termingründen, auch nicht unbedingt ratsam wäre.

Und dann haben wir eben Ende des Jahres die China-Reise, und dann hätte man ja sagen können: Na ja, wenn das so den Dienstweg aus den Referaten nach oben gegangen wäre, hätte man vielleicht auch gesagt: Na ja, wir sollten uns jetzt nicht so explizit für Wirecard einsetzen. - Aber das ist nicht passiert, weil ja - - Das hat einen ganz anderen Weg genommen. Also, Herr zu Guttenberg ist zu Ihnen gekommen. Sie haben ihm das ihm gesagt: Bitte E-Mail an Herrn Röller mit dem Thema. Und das heißt, das Wirecard-

Thema musste gar nicht die Hierarchie nach oben; das war sofort beim Chef-Wirtschaftsberater - - und hat es deswegen dann auch sozusagen in die Vorbereitung der China-Reise gepackt. Und das ist ja augenscheinlich in diesen zwei Vorgängen, dass es über unterschiedliche Wege zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen geführt hat.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, das glaube ich nicht, denn der Papageorgiou-Vermerk kannte nicht, welche Dinge schon im Finanzministerium ja auch mit Wirecard zusammen - - oder wo Wirecard schon bei diesem Finanzdialog eine Rolle spielte. Und natürlich ist das ja auch nicht bei Herrn Röller gewesen, sondern muss ja mindestens bis zu dem Referat gegangen sein, wo man sich auch mit den Teilnehmern an der - - oder mit den Gesprächsvorbereitungen befasst hat. Die macht ja nicht Herr Röller alleine. Und man hat sich dann noch mal wieder ans Finanzministerium gewandt. Und das, was Herr Papageorgiou nach meiner Erinnerung dort vorbringt, sind ja Dinge, die waren auch presseöffentlich, dass da ein staatsanwaltschaftliches Verfahren in München war. Jetzt kann ich nicht sagen, ob das im September schon eingestellt war oder nicht. Es war jedenfalls im Laufe der Sache eingestellt. Es gab ja ganz unterschiedliche Diskussionen über Wirecard. Und insofern kann man aus dem unterschiedlichen Weg, glaube ich, nicht sagen, dass jetzt eine vernachlässigte* Pflichtverletzung vorlag, dass man nicht wieder in den letzten Vermerk von Januar geguckt hat, als man im September sich mit der Frage befasst hat.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, ehrlicherweise: Pflichtverletzung sehe ich auch keine. Aber natürlich zeigt sich an diesem Fall, wie mächtig sozusagen auch der Zugang von Herrn zu Guttenberg war. Und ich glaube, hier einige im Raum - - Also, ich sage ganz ehrlich: Ich war sehr beeindruckt von dem Auftritt von Herrn zu Guttenberg hier. Ich habe da gemerkt: Warum ist er so gehandelt worden, wie er gehandelt wurde? Das war vor meiner Zeit hier im Haus.

Aber ich war ziemlich erbost, als quasi alle Behauptungen, die Herr zu Guttenberg hier in diesem Ausschuss aufgestellt hat, am Ende sich als glatte Lügen herausgestellt haben. Ich habe Herrn



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu Guttenberg gefragt - - Herr zu Guttenberg hat einen Namensbeitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht, wo er sich sehr stark für Leerverkaufsverbote einsetzt. Ich fragte ihn, warum er das denn gemacht habe. Und dann sagte er, er interessiert sich dafür, ist halt ein wirtschaftswissenschaftlich interessierter Mensch. Es stellt sich nach seiner Aussage heraus: Er hat den Artikel von Herrn Diekmann und von der Agentur Edelman in die Feder diktieren bekommen.

Wir fragen Herrn zu Guttenberg: Warum haben Sie Wirecard bei der Kanzlerin angesprochen? Und er sagt - und ich zitiere ihn -: Das habe ich „pro bono“ gemacht. Und es stellt sich hier in diesem Ausschuss heraus: Herr zu Guttenberg hatte finanzielle Interessen in Höhe von 2,8 Millionen Euro, wenn dieses Geschäft am Ende aufgegangen wäre.

Und am Ende des Tages sozusagen sind Sie ja von ihm die Betrogene auch, würde ich sagen, genauso wie dieser Ausschuss auch. Aber die Frage ist eben: Wie sieht der Zugang ins Kanzleramt aus?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wenn man ein ehemaliger Bundesminister ist, dann sieht der Zugang so aus, dass ich nicht sage: Ich spreche mit ehemaligen Kollegen nicht mehr. Das gilt für solche von der SPD, von der FDP, von der CDU. Das, finde ich, kann man machen. Und dann muss ich aber auch, wie Sie schon gesagt haben, achtsam sein, wo sozusagen die ehemalige Bekanntschaft aus dem Kabinett in eine fachliche - - in ein sachlich-fachliches oder individuelles Interesse übergeht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich finde, das ist im Zusammenhang mit Wirecard gut gelungen. Da bin ich heute dankbar dafür, dass ich das so auf die Schiene gesetzt habe, -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: - also mir dankbar, dass ich wach war.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, das kennen wir an vielen anderen Stellen, wo man froh ist, wenn man Dinge veraktet hat und jetzt sozusagen drauf zugreifen kann und sagen kann - - Vollkommen d'accord.

Letzte Frage für diese Runde: Haben Sie sich nach September 2019 - - War Herr zu Guttenberg dann noch mal bei Ihnen zu Gast?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wurde ich ja schon gefragt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Habe ich nicht - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nein. Okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Jens Zimmermann. - Und dann geht es weiter mit Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Bundeskanzlerin. Ich bin ja nicht ganz unschuldig an dieser öffentlichen Debatte, weil das Thema Wirecard ist ja auch im Zuge einer Anfrage aufgetaucht, die ich damals gestellt hatte, zu Austausch zu Augustus Intelligence. Nun wissen wir nicht, ob es jetzt Beziehungen zwischen diesen beiden Unternehmen gab. Ich will einfach nur fragen, auch wenn das nicht im engen Sinne zum Untersuchungsauftrag gehört: Hat Herr Guttenberg in diesem Gespräch irgendwie Herrn Maaßen erwähnt, der ja auch mit Augustus Intelligence in Verbindung stand?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich frage das nur, weil es ja immer wieder, ich sage mal, auch sicherheitspolitische Verweise gibt im Zuge des Wirecard-Skandals.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Frau Bundeskanzlerin, in der gesprächsvorbereitenden Unterlage von Herrn Guttenberg stellt Herr Burkhard Ley, der ehemalige Finanzchef von Wirecard, darauf ab, wie wichtig auch der Besuch von Olaf Scholz gewesen wäre am 18. Januar 2019 und seine Gespräche über die Marktöffnung für Wirecard.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Welche Gespräche?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Er hatte ein Gespräch mit seinen Amtskollegen Liu He, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Liu He.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau - wenn ich das jetzt richtig ausspreche.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Liu He.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Liu He. Danke.

(Heiterkeit)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sagen wir. Ob es stimmt, weiß ich nicht.

(Heiterkeit)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Und bei diesem Gespräch ging es ja auch um die Frage von grenzüberschreitenden Zahlungslizenzen. Das wurde in den Unterlagen der Botschaft als eine große Sache eingestuft. Und Herr Scholz führte hier aus, er hätte gar nicht gewusst, dass Wirecard davon betroffen ist, und Wirecard sei nicht bei ihm auf dem Schirm gewesen. Was ich mich jetzt frage: Wie kommt es dann, dass auf einmal zum Beispiel die Botschaft schreibt am 14.11.19:

Bei dem Besuch ... BK Merkel im Sept 2019 wurde bei dem Treffen mit ... das Thema der Marktöffnung für Wirecard als wichtig eingestuft.

Wie kommt es, dass dann bei Ihren Gesprächen, ich sage mal, Wirecard und nicht ein anderes Unternehmen eine solche Bedeutung bekommt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, Ihre Aussage oder Ihr Sagen, dass „nicht ein anderes Unternehmen“ - - Ich habe ja gesagt, Wirecard war eines von mehreren Unternehmensfällen, die ich angesprochen habe. Also, Sie müssen sich das so vorstellen, ohne da jetzt von den anderen zu berichten, dass ich da nicht nur ein Unternehmen habe, über das ich spreche. Das war jeweils ein Satz zu jedem Unternehmen, maximal.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber ich vermute ja: Sie unterhalten sich dort, ich sage mal, nicht mit dem Hausmeister der chinesischen Zentralbank, was ein ehrenwerter Job ist, ein ehrenwerter Beruf, sondern mit sehr wichtigen Menschen. Und ich vermute mal, dort hat man jetzt nicht 15 oder 20 Unternehmen, sondern eher 5 oder 3. Können Sie eingrenzen, über wie viele Unternehmen Sie dort gesprochen haben, Sie selber, im persönlichen Gespräch?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Es sind meistens relativ lange Sätze mit Kommata, ja, wo dann viele Mitarbeiter - - Ich sitze ja, wenn ich solche Themen anspreche, im Allgemeinen nicht alleine mit dem jeweiligen Regierungschef oder Staatsoberhaupt, sondern da sitzen ja auch wiederum Mitarbeiter dabei, die das dann auch aufnehmen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber wie viele denn? Also nicht, wie viele Mitarbeiter. Wie viele Unternehmen? Ich wollte nur an die Frage erinnern.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das geht jetzt sehr in den Arkanbereich; das wissen Sie ja auch. Ich sage jetzt: Es sind mehrere. Es ist auch von Reise zu Reise unterschiedlich. Aber wenn dort 30 Unternehmen mitkommen, dann haben Sie ja eine Vorstellung, dass wahrscheinlich ein größerer Teil als ein kleinerer Teil irgendeine Anliegen hat.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und wie lange war denn Wirecard Gesprächsthema, sage ich mal?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich sage ja: In solchen Gesprächen ist auch das Thema Wirecard - - Sie kennen ja die Gesprächsvorbereitung in dem Teil



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wirecard. Und da wissen Sie, wie lang die Ausführungen sind. So lang sind die dann auch.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Wie kommt es denn, dass das Finanzministerium bereits nachgefragt hat vor Ihrer Reise, also auch weit vor dem Besuch von Herrn zu Guttenberg, ob es in der Sache Wirecard etwas Unterschriftsreifes für die Bundeskanzlerin gäbe? Also, sind Sie vorher bereits mit diesem Vorgang in irgendeiner -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): - Weise befasst gewesen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Ich möchte noch mal nachfragen zu einem Abendessen, was stattgefunden hat zwischen Herrn Marsalek, Edmund Stoiber, Herrn Sarkozy, und da soll auch Ihr ehemaliger militärpolitischer Berater Erich Vad eine Rolle gespielt haben. Ich weiß nicht, ob man das so nennt: „militärpolitischer Berater“. So habe ich es in der „Süddeutschen Zeitung“ gelesen. Wissen Sie etwas dazu?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist der Gruppenleiter, der im Kanzleramt für Verteidigung zuständig ist. Das war er. - Dazu habe ich keinerlei Information.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Hat er Sie auch nicht drüber informiert.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich frage auch - - Herr Fritsche zum Beispiel, der hat hier dargelegt, dass der Herr Ley von Wirecard ihn durchaus darüber informiert hätte, man wolle eine rechtliche Konstruktion bauen, damit so ein Nachfahre von Herrn Napoleon, Herr Walewski, bei Heckler & Koch einsteigen kann; das Wirtschaftsministerium hätte da Vorbehalte; deswegen würde man sich da so Konstruktionen überlegen. Sehen Sie da einen Loyalitätskonflikt, wenn ein ehemaliger Geheimdienstkoordinator

sich überlegt, wie man den Herrn Altmaier hinter die Fichte führen kann?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kenne diese Vorgänge nicht und glaube, dass Herr Bundesminister Altmaier Manns genug ist, sich nicht hinter die Fichte führen zu lassen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Das freut mich. - Ich würde gern noch einmal zu einem Vorgang nachfragen: Ist es korrekt, dass die Bundesregierung Verschlüsselungstechnologien der Firma Virtual Solution nutzt? Denn es gibt eine Zeugenaussage des Fluchthelfers von Herrn Marsalek, dem Martin W., der ja ehemaliger ranghoher Beamter des österreichischen BVT ist. Und der sagt, dass der Hauptgesellschafter dieser Firma Beziehungen zu Herrn Marsalek unterhalten hätte.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Kann ich nichts dazu sagen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Haben Sie keine Erkenntnisse dazu.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Fabio De Masi. - Dann geht es weiter mit Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Morgen noch, Frau Bundeskanzlerin! - Ich will auch noch mal auf das Gespräch mit Herrn zu Guttenberg zu sprechen kommen, um das für mich auch noch mal abschließend zu klären fürs Protokoll. Zum Zeitpunkt des Gespräches mit ihm war Ihnen nicht klar, dass er ein Beratungsmandat bei Wirecard hat.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie ihn eigentlich als Berater oder als Lobbyisten bezeichnen? Also, er hat immer besonderen Wert drauf gelegt. Wie würden Sie das denn bezeichnen, jemand der - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe mich mit dem Verhältnis von Herrn zu Guttenberg mit Wirecard danach auch nie jetzt befasst. Also, ich wusste nichts davon. Und zu mir ist er gekommen als ehemaliger Bundesminister. Er hat keinerlei Anliegen angemeldet, hat mich auch nicht - - Also, nein, ich kann dazu nichts sagen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Uns liegen ja Materialien zum Nachgang des Gesprächs vor. Und da hat zu Guttenberg ja Herrn Rölller geschrieben - das haben wir auch heute ja schon erörtert -, dass er sich mit Ihnen einig gewesen sei und Sie hätten ihn gebeten, Formulierungshilfen zukommen zu lassen. Und Herr Rölller antwortet - Herr Vorsitzender, MAT A BKAm-6.01, Blatt 7 ist das -:

Thema ist durch die Chefin ... angesprochen worden.

Bitte halten Sie mich auf dem Laufenden.

Ich werde das auch weiter flankieren.

Beste Grüße

Ihr Hendrik Rölller

Und das klingt ja erst mal so, als sei Herr Guttenberg mit seinem Anliegen - was Sie damals offenbar nicht wussten - sehr erfolgreich gewesen. Würden Sie dem zustimmen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, es ist ja klar, dass ich dann auf der Reise mit meinen Gesprächspartnern unter anderem über das Thema „Wirecard und Marktöffnung“ gesprochen habe. Und nichts anderes sagt ja dann die Mail von Herrn Rölller an Herrn zu Guttenberg aus.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war jetzt eine lange Antwort. Ja, er ist erfolgreich gewesen mit seinem Anliegen. So interpretiere ich das jedenfalls.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, ob das Anliegen als solches erfolgreich war - - Es ist angesprochen worden. Ich habe dann auch im Nachgang persönlich nicht verfolgt, was jetzt aus dem

Marktzugang wurde. Das war ja offensichtlich erfolgreich.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und, genau, heute braucht man diesen Marktzugang nicht; für Sie zur Information, falls Sie das nicht wussten. Herr zu Guttenberg hat uns auch ein bisschen was über die Verträge erzählt. Er wurde ja dafür auch bezahlt. Und es wären weitere Gelder geflossen, wenn das am Ende sozusagen erfolgreich gewesen wäre. Und deswegen war das natürlich ein erster Schritt zu sozusagen dem Ziel, was er in Angriff genommen hat. Deswegen, glaube ich, war er bei der Sache dann durchaus sehr erfolgreich.

Aber ich will auf einen anderen Punkt da hinaus, weil Sie haben das vorhin - so habe ich Sie verstanden - - Sie haben ihn getroffen, weil er Ihr ehemaliger Bundesminister ist. Und ich finde, da haben Sie jetzt noch mal sehr stark unterstrichen, was man machen muss in Zukunft, um direkten Zugang zu einem Bundeskanzler, einer Bundeskanzlerin zu haben, nämlich ehemalige Mitarbeiter, hochrangig, also ehemalige Minister, zu beschäftigen als Interessensvertreter, weil Sie die jetzt gerne empfangen.

Und das ist ja auch gerade das Problem, was jetzt, glaube ich, hier deutlich wird: Der Lobbyismus, der sozusagen hochoffiziell stattfindet, indem Verbände ihre Position formulieren, das ist das eine. Aber das andere - und ich finde, das zeigt dieser Fall sehr gut - ist dieser subtile Lobbyismus: Da kommt jemand. Sie wissen nicht, für welches Unternehmen, mit welchem Interesse der eigentlich unterwegs ist. Ist Ihr ehemaliger Mitarbeiter als Bundeswirtschaftsminister. Im Nachgang tütet er mit Herrn Rölller diese Geschichte ein, ohne dass Sie das so richtig mitbekommen. Das muss doch ein Problem sein. Und wenn dann Herr zu Guttenberg noch irgendwie Meinungsbeiträge schreibt, wo - Herr Zimmermann hat das ja sehr schön rausgearbeitet - es ihm um die Sache ging, aber klar ist, dass das auch Teil dann eines Beratungsmandates ist, dann schreit es doch danach, dass wir hier auch bessere Regeln brauchen. Würden Sie dem nicht zustimmen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, ich sagte ja schon, wenn etwas aus der persönlichen Gesprächsebene herausgeht in eine fachliche Ebene - das kann bei einem ehemaligen Bundesminister sein; das kann aber bei jedem Menschen sein, der mir begegnet, dass er Anliegen hat, die absolut fachlicher Natur sind -, dass dann absolute Transparenz da sein muss. Und deshalb haben wir ja auch die ganzen Diskussionen um Lobbyregister und Ähnliches miteinander geführt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und wir führen sie immer noch.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und führen sie weiter. Sicherlich, ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube auch, dass die Debatte noch nicht am Ende ist.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und wenn ich eine persönliche - - würde ich sagen: Ich schätze das auch nicht sehr, wenn man - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was schätzen Sie nicht sehr?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich schätze es nicht sehr, wenn sozusagen unter dem Aspekt: „Wir können uns mal wieder unterhalten“, was ja auch interessant sein kann, wenn jemand ganz woanders lebt und seine Eindrücke schildert, -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Absolut.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - das dann sofort übergeht in eine Beanspruchung für bestimmte Anliegen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fühlen Sie sich denn jetzt mit dem Wissen heute von Herrn zu Guttenberg getäuscht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, so weit würde ich nicht gehen. Aber er war ganz interessen-

geleitet da und hat in den 45 Minuten zwei Interessen gut platziert. Und glücklicherweise haben sie sich auch alle wiedergefunden in den Akten.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der weiß, so wie Sie zu Herrn Hauer vorhin gesagt haben: „Ranhalten!“; weiß Herr zu Guttenberg. Er hat wenig Zeit, und da muss er sich ranhalten. Dann kam er offenbar direkt zur Sache. Aber hat es bei ihm - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, wenig Zeit hatte ich.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was meinen Sie?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wenig Zeit hatte ich.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Er hatte wenig Zeit mit Ihnen -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - so wollte ich das sagen -, weil Sie haben ja die Problematik Ihres Kalenders erläutert. Dafür haben wir auch alle Verständnis. Und deswegen glaube ich, 45 Minuten bei der Bundeskanzlerin zu bekommen, das ist ja nicht gerade wenig. Herr Braun hat die ja nicht bekommen.

Hat dieser Vorfall zu einem Umdenken bei Ihnen geführt, jetzt was den Umgang mit Herrn zu Guttenberg vielleicht auch in der Zukunft angeht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, das würde jetzt nicht dazu führen, dass ich ihn nie wieder spreche. Aber ich würde vielleicht im Vorfeld sagen, dass ich keine Lust habe, mit lauter Anliegen behelligt zu werden, die fachlicher Natur sind.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Also beim nächsten Mal nur 15 Minuten und nicht 45 oder wie? Gut, meine Zeit ist abgelaufen. - Danke.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Meinetwegen auch 45, aber mit klarer - - also eben nicht solche Anliegen, die dann ganz eindeutig im Nachhinein dazu führen, dass da ganz elementare eigene Interessen mit verbunden sind.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, oder man nimmt einen Mitarbeiter mit, oder Sie nehmen Herrn Röller beim nächsten Mal mit. Und dann wissen Sie genau, was da vereinbart wurde, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genau. Aber meine Übermittlung an - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und die tütten das nicht hinter Ihrem Rücken noch irgendwie ein.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Aber meine Übermittlung an Herrn Röller war noch so präzise, weil sie unmittelbar danach erfolgte, dass kein Informationsverlust eingetreten ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann setze ich da noch mal auf. Sie hatten auf meine Frage vorhin, als ich sagte: „Gibt es dann Compliance-Richtlinien innerhalb des Kanzleramtes?“ - ich nenne es mal freundlich -, eine Nebelkerze geschmissen. Sie haben dann gesagt: Ja, da wird jeder bei uns auch mehrmals, regelmäßig, sicherheitsüberprüft. Das war aber ja nicht meine Frage. Also, ich habe da jetzt noch mal nach. Und das setzt ja auch auf dem auf, was der Kollege Bayaz eben gesagt hat, was ich ja auch eingängig sagte. Ich hätte mir ja dann, wenn es diesen Zeitpunkt im Gespräch überschreitet, einen Zeugen mal mit ins Gespräch genommen. Ich habe es jedenfalls dann so gehalten in meiner Tätigkeit. Also, die Frage noch mal ganz explizit, Frau Bundeskanzlerin: Gibt es Compliance-Regeln? Existieren diese im Bundeskanzleramt? Und damit meine ich nicht Sicherheitsüberprüfung oder Ähnliches.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Es gibt die Regel, dass man die Dinge, die fachlich relevant sind, dann auch eben in die Akten nimmt und transparent macht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wo macht man das transparent? Wer überwacht das? Wir hatten ja den Fall - deswegen frage ich da genau nach - in der APAS, dass der Chef sich selbst im Endeffekt kontrolliert hätte, ob er nämlich Aktien hat. Also, gibt es Regeln im Kanzleramt, explizit noch mal nachgefragt, zum Halten von Aktien oder Interessenkonflikten, die da aufkommen können?

Gibt es weitere, darüber hinausgehende Compliance, was den Umgang mit Wirtschaftsunternehmen oder die Nähe zu Wirtschaftsunternehmen angeht - also da noch mal explizit die Frage -, und, wenn ja, wie sehen diese aus? Also, bei der APAS sahen die so aus - das soll ja jetzt geändert werden -: 5 Prozent des Vermögens. Sehr nebulös, was dazugehörte. Es war sehr nebulös, wann diese 5 Prozent erhoben werden. Es war nebulös, ob da dann auch schwankende Depotbestände von Aktien - das wird Herrn Bose vielleicht interessiert haben - dazugehören. Also, insoweit die Frage da: Wie sehen diese aus, und wie werden sie vor allen Dingen überwacht? Denn das ist ja das Entscheidende. Papier ist geduldig.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, wir sind ja - - Als Bundesminister dürfen wir keinerlei Nebentätigkeiten haben, jedenfalls keine bezahlten. Und als Bundestagsabgeordnete sind wir ja auch zur Offenlegung verpflichtet. Aber bei Bundesministern ist das ja noch stärker. Und darüber hinaus, was jetzt Aktienbesitz anbelangt, kenne ich keine Compliance-Regeln; jedenfalls bin ich damit noch nicht in Berührung gekommen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also stelle ich fest: Es gibt keine Compliance im Kanzleramt. Ist die Feststellung richtig, Frau Bundeskanzlerin?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Müsste ich mich erkundigen. Ich kenne keine.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Na ja, wenn die Bundeskanzlerin keine kennt, dann gibt es keine.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ob es für die Beamten Regeln gibt, das weiß ich jetzt nicht. Also, ich bin - - Aus meiner Perspektive kann ich nur sa-



Nur zur dienstlichen Verwendung

gen, dass wir angehalten sind, keinerlei Nebentätigkeiten zu haben, alles, was wir im Zusammenhang mit unserem Beruf machen, transparent zu machen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Müssen Sie beispielsweise Aktien anzeigen? Mal angenommen, Sie hätten - Sie haben die Frage ja vorhin verneint - - aber Sie besäßen oder hätten Aktien besessen. Hätten Sie es anzeigen müssen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mir nicht bekannt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das steht für sich selbst. So viel zum Thema „Compliance im Kanzleramt“. - Dann - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, ich glaube, es gibt keine spezielle Compliance im Kanzleramt, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, das beunruhigt mich.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - sondern es gibt Regeln für die gesamte Bundesregierung, wenn dann.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, das ist ja das, was mich beunruhigt. Sie verlangen von Unternehmen sehr viel, was ich korrekt finde, und im Bundeskanzleramt gibt es keine Compliance.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dem widerspreche ich, dass es keinerlei Compliance gibt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber Sie kennen doch keine.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber ich kenne - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wenn Sie die nicht kennen, wer soll sie denn dann kennen, Frau Bundeskanzlerin?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Vielleicht die Beamten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aha. Aber wissen Sie, was das heißt? Die Beamten kennen die Compliance, die Sie auch berühren würde. Und

das ist für mich inakzeptabel, weil das heißt ja: Wenn Sie jetzt Aktien besessen hätten, wüssten Sie ja eventuell noch nicht mal, ob Sie diese melden müssen, weil Sie ja nicht wissen, ob es eine Compliance gibt. Und die kennen dann nur die Beamten.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe dem jetzt nichts - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie könnten sich also im Zweifelsfall gar nicht compliance-konform verhalten.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe zum jetzigen Zeitpunkt nichts hinzuzufügen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Also, mich beunruhigt das, wenn man nach 15 oder 16 Jahren Kanzlerschaft sagt: Ich kenne das nicht. Ich glaube, das wissen meine Beamten. - Nein, Sie wären ja von der Compliance genauso umfasst, und das ist für mich gerade etwas, das mich mal wieder zum Nachdenken anregt - ich hoffe, die Journalisten auch.

Wann haben Sie denn vielleicht das erste Mal vom „Project Panther“ erfahren, oder haben Sie da überhaupt von erfahren?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wovon?

(Heiterkeit des Abg. Dr.
Danyal Bayaz (Bündnis
90/Die Grünen)

Vorsitzender Kay Gottschalk: „Project Panther“. Das ist die Fusion, die angedacht war, zwischen Wirecard und Deutscher Bank.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ist mir nicht bekannt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ist Ihnen nicht bekannt. - Dann würde mich gern noch mal interessieren: Wir sprechen so viel von Vermögensschäden, von Reputationsverlust für den Standort Deutschland durch Wirecard. Inwieweit ist denn Ihr damaliger Einsatz auf höchster politischer Ebene für die Wirecard AG - - ist dort Schaden im Verhältnis zu China entstanden? Ich kann mir



Nur zur dienstlichen Verwendung

vorstellen, dass die chinesischen Partner nicht so amused waren, als sie dann die Zeitung aufschlugen und von der Insolvenz gehört haben. Gab es da insoweit auch einen außenpolitischen Schaden im Verhältnis zu China für die Bundesrepublik Deutschland?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Davon ist mir nichts bekannt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann würde ich gerne noch mal wissen: War es denn im Nachgang - - also vollstes Verständnis, 8. Oktober - - aber zwischen dem 8. Oktober, also der Gründung und entsprechend Konstituierung unseres Untersuchungsausschusses, und der Insolvenz Gesprächsthema mit Ministern? Ich kann mir jetzt vorstellen, dass man als Bundeskanzlerin - und das geht Ihnen auch voraus, dieser Ruf, sehr genau, sehr präzise zu sein - - Da kann ich und will ich mir schon vorstellen, dass Sie vielleicht auch mal mit den verantwortlichen Ministern zu Wirecard, wohlgemerkt, vor - ich meine ganz bewusst: vor - dem 8. Oktober gesprochen haben, und wenn ja, mit wem? Und können Sie uns was über die Inhalte dann erzählen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Vor dem 8. Oktober - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: 2020, also bevor wir uns konstituiert haben. Da durften - - Da wussten Sie ja auch nicht, wer Zeuge wird und - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, wir haben natürlich ab dem 30. Juni 2020 - ich habe Ihnen ja aus meiner Vorlage zitiert - - war ja klar, dass dort sehr viel Ungeheuerliches passiert war.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und dann haben wir natürlich ja relativ zeitnah begonnen, auch die gesamte Schlussfolgerung aus dieser Debatte uns anzuschauen. Und Olaf Scholz als Bundesfinanzminister hat zusammen mit Frau Lambrecht und Herrn Altmaier ja sofort dann auch überlegt: Wie kann man die Schlussfolgerung ziehen? Und dann ist im Grunde ja schon am 7. Oktober der „Aktionsplan Wirecard“ vorgestellt worden, und

dem gingen über den gesamten Sommer natürlich Gespräche voraus. Es ist ja auch dann vor dem 1. Juli noch dieser DPR-Vertrag gekündigt worden, weil der sonst so lange weitergelaufen wäre; -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - dann war Herr Hoppenstedt im Finanzausschuss. Das hat ja eine große Rolle gespielt über den gesamten Sommer. Da hat man sich natürlich - - habe ich mich auch als Bundeskanzlerin mit den Schlussfolgerungen beschäftigt, ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Aber - meine Zeit ist jetzt auch schon wieder um - Gespräche in dem Sinne mit den Ministern, face to face, gab es da nicht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich spreche regelmäßig mit Olaf Scholz zum Beispiel, und - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Na ja, mich interessiert da ja nur Wirecard, was Sie mit Herrn Scholz beispielsweise zum Thema Wirecard besprochen haben.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wir haben über die - - Also, wir haben jetzt uns nicht über Wirecard als solches unterhalten, sondern wir haben uns über die Schlussfolgerung unterhalten: Welche Rolle hat die BaFin darin gespielt? Welche Rolle hat DPR gespielt? Wie ist es mit der APAS? Also, es hat eine Rolle gespielt, aber nicht in dem Sinne, dass einer dem anderen berichtet hätte, was er jetzt alles von Wirecard weiß, sondern nur: Was kann man tun, damit sich solche kriminelle Energie nicht wieder Bahn brechen kann?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Dann gebe ich weiter an Dr. Michelbach für die CDU/CSU-Fraktion.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Frau Bundeskanzlerin, sehen Sie auch, dass der Wirecard-Skandal so etwas wie ein Anschlag auf unsere freie Wirtschaftsordnung darstellt? Und wie können wir verhindern, dass so etwas in Deutschland noch einmal passiert? Wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben ja in der Aufklärung unseres Ausschusses inzwischen 80 Zeugen vernommen, und wir konnten uns kaum vorstellen, dass so etwas in Deutschland möglich ist. Vielleicht mal Ihre Einschätzung.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Natürlich ist das ein Schlag ins Gesicht von Hunderttausenden, wenn nicht Millionen rechtschaffenden* Unternehmerinnen und Unternehmern und hat mit allem, was man so unter „ehrbarer Kaufmann“ versteht, natürlich nicht das Geringste zu tun. Es zeigt, dass gerade bei diesen neuen Technologien wir sehr aufpassen müssen, wo wir die Unternehmen einordnen. Ich denke, eine Problematik war, dass Wirecard als Ganzes ja wohl als Technologieunternehmen galt und nur die Wirecard Bank dann als Finanzunternehmen. Und da ist jetzt ja auch eine gesamtheitliche Betrachtungsweise angesetzt worden. Das halte ich für absolut notwendig. Und ansonsten ist mit einer kaum vorstellbaren kriminellen Energie alles getan worden, um Transparenz zu vermeiden.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Vielen Dank für diese Bewertung. Es ist sicher richtig, dass es unter uns Kaufleuten auch Scharlatane gibt, die so etwas dann in krimineller Energie voranbringen. Aber wir müssen natürlich gewisse Brandmauern einziehen. Und deswegen meine Frage über die Vorbereitung Ihrer China-Reise im Bundeskanzleramt noch mal, also über die Bemühungen, für einen deutschen Zahlungsdienstleister Wirecard in China letzten Endes sich einzusetzen. Das hat Ihnen ja mehr oder minder hier diesen Auftritt im Untersuchungsausschuss eingebracht.

Da muss ich natürlich schon zunächst einmal fachlich vorstellen, dass aus meiner Fachsicht es sehr verwunderlich ist, dass man Sie dafür überhaupt quasi so fachlich falsch informiert hat, dass China - - Die China-Geschäftsidee von Wirecard war fachlich nach meiner Ansicht völlig unrealistisch. Ich denke, Wirecard wollte eher die 59. Gesellschaft gründen, um mehr Kreditmittel von den Banken abzugreifen, wie sie es bei den anderen 58 Gesellschaften durchgeführt hat. Fachlich musste man eigentlich erkennen im

Kanzleramt, dass Zahlungsdienste in China wegen der Überwachung der Bevölkerung eng mit dem Staat verknüpft sind. Hätte man das Protokoll des Finanzausschuss des Deutschen Bundestages von einer China-Reise gelesen - da gibt es einige Kollegen, die da dabei waren -, dann hätte man erkennen können, dass uns bei einem Besuch von Alipay ganz klar vor Augen geführt wird: Es gibt so gut wie keine Bargeldmittel mehr, sondern es wird alles über Zahlungsdienstleister, die vom Staat aus kontrolliert sind bzw. dem Staat eigen sind - - um die Bevölkerung in ihrer ganzen wirtschaftlichen Tätigkeit zu überwachen. Und deswegen kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, dass im Kanzleramt, im Bundesfinanzministerium, in der deutschen Botschaft das nicht erkannt wurde, was der Finanzausschuss in seiner Expertise ganz deutlich erkannt hat bei einer Reise quer durch China.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Also, wir haben jetzt noch zu unterscheiden zwischen dem Interesse deutscher Wirtschaftsunternehmen, in bestimmte* Sektoren der chinesischen Wirtschaft zu arbeiten. Und wir haben ja das Engagement vieler ausländischer Unternehmen auch im Digitalbereich und so ähnlich, trotz der völlig anderen politischen, gesellschaftlichen Struktur in China. Trotzdem sind diese Unternehmen alle dort tätig. Das stand ja auch nicht zur Bewertung, sondern es stand zur Bewertung, ob China angesichts der von Ihnen ja auch geschilderten recht staatsnahen Vorgänge bei Zahlungsüberweisungen, Internettätigkeiten und Ähnlichem, ausländische Unternehmen zulässt und ihnen einen Marktzugang gewährt - und wir sind der Meinung, dass es immer noch besser ist, dass China sich an diesen Stellen öffnet und damit natürlich auch Einsichten zur Kenntnis gibt; dann ist es die freie unternehmerische Entscheidung, ob ich das nutzen will oder nicht nutzen will; das habe ich jetzt nicht zu bewerten - oder ob China sagt: Das geben wir überhaupt keinem Ausländer, sondern das wird einzig und allein durch chinesische Unternehmen gemacht. Das ist ja der Punkt, an dem Sie jetzt angesetzt haben. Aber das kann für mich noch nicht der Punkt sein, weil wir eben wollen, dass China im Sinne der Reziprozität Marktzugänge auch ausländischen Unternehmen gewährt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Dass Sie sich für deutsche Unternehmen einsetzen, das ist absolut notwendig und in Ordnung. Nur muss es, wenn Sie sich bei dem Staatspräsidenten einsetzen, natürlich fachlich unterfüttert sein. Und das hat natürlich nichts zu tun mit vielen anderen Wirtschaftsbranchen, die erfolgreich auch in China arbeiten und für die Sie sich natürlich zu Recht auch einsetzen. Aber in diesem Fall hätte man doch erkennen müssen, dass es ja nur zwei staatlich gebundene Zahlungsdienstleistungsunternehmen in China gibt, die jeweils 50 bis 100 Millionen Karten ausgegeben haben. Das heißt also, dass da eine Nische für einen deutschen Zahlungsdienstleister entsteht, das war eigentlich fachlich - seien Sie mir nicht böse - von Ihren Mitarbeitern eine völlige Fehleinschätzung. Das möchte ich noch mal betonen, weil das einfach so nicht in Ordnung war, dass man Sie da losgeschickt hat mit einer solchen Unkenntnis der Sachlage.

Ich muss sagen: Der weitere Punkt, der mich natürlich bewegt - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber wenn ich nur ganz kurz sagen darf: -

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - Es war ja das Bundeskanzleramt nicht das einzige, das diesen Marktzugang für wünschenswert hielt. Und wenn die Perspektive gewesen wäre, dass wir über Wirecard keinerlei Beschwerden hätten und nicht das Wissen von heute, dann würde man vielleicht daran auch gar keinen Anstoß genommen haben.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, das gestehe ich zu. Ich meine, Sie haben ja auch gesagt, dass Sie vom Schreiben von Finanzstaatssekretär Schmidt aus dem BMF in Sachen Wirecard keine Kenntnis hatten. Ich nehme an, das gilt auch für die Gespräche der deutschen Botschaft in Sachen Wirecard oder die Teilnahme von Wirecard an einer Wirtschaftsdelegation von Außenminister Maas im Dezember 2018. Hätten Sie sich gewünscht, darüber zumindest

informiert zu sein, was da rausgekommen ist, bei diesen Bemühungen des Staatssekretärs Schmidt im BMF oder von Außenminister Maas? Wie findet das in der Bundesregierung statt? Hier gibt es mehrere Ministerien, die eigentlich gleichzeitig zu Ihnen unterwegs sind. Also, ist ein bisschen eigentümlich, oder wie schätzen Sie das ein?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nö, das schätze ich nicht so ein. Also, dass relevante Sachen - und dieser Finanzdialog war ja relevant -, dass das dann von mehreren Ministerien gleichermaßen bearbeitet wird, das schätze ich jetzt nicht als Problem ein.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Aber man hätte Sie informieren müssen. Ich meine, wenn man weiß, es findet eine China-Reise der Bundeskanzlerin statt, und gleichzeitig finden große Bemühungen im BMF, im Auswärtigen Amt statt: Wäre ja gut, wenn Sie davon informiert worden wären.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja*, aber es* auch nicht zwingend schlecht wäre*, wenn gegenläufige Bewegungen in anderen Ministerien stattgefunden hätten und man hätte mir es nicht gesagt. Aber bei gleichlaufenden Bemühungen finde ich es jetzt nicht so relevant.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut, dann sehe ich das mal so. - Ich wollte eigentlich um das Thema KT sehr gerne einen großen Bogen machen,

(Heiterkeit)

weil es mich - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Meinen Sie Karl-Theodor zu Guttenberg, oder wen?

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, meinen Wahlkreisnachbarn.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Früherer.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Da gibt es nichts zu lachen.

(Dr. Jens Zimmerman
(SPD): Das Ende einer Männerfreundschaft!)

Es beschämt mich - muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen -, weil es gibt Dinge, die tut man einfach nicht:

(Cansel Kiziltepe (SPD): Ja,
in der Tat!)

wie eine Bundeskanzlerin für das eigene Geschäft einzusetzen; für mich als Kaufmann ein Unding. Und da fehlt mir eigentlich jedes Verständnis. Ich kann mich nur für meine Partei dafür entschuldigen, dass Sie hier in dieser Form praktisch mehr oder minder benutzt werden sollten.

Der KT war ja zumindest mit seinem Gespräch, das er mit Ihnen geführt hat, hochzufrieden. Ich zitiere mal eine E-Mail, wo es heißt:

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela,

danke für das gute Gespräch. Eine Freude, dich so guter Dinge zu sehen.

(Heiterkeit)

Bei den jungen Herren der zwei Experten gebe ich dir im Anhang die Adressen weiter. - Was ist mit diesen Adressen passiert, und waren Sie dann auch so zufrieden? Ich meine, guter Stimmung sind Sie immer.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Eben. Ich gebe mir Mühe.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Und was ist daraus passiert?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, daraus ist eben gar nichts mehr passiert. Ich habe das ja - - Also, ich weiß nicht, ob ich gleich eine Rüge von Herrn Zimmermann kriege, dass ich über was spreche, was nicht untersuchungsgegenständlich ist.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wenn, dann würden Sie die von mir kriegen. Tun Sie aber nicht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ach so.

(Fritz Güntzler (CDU/CSU):
Von Herrn Fritz!)

Aber es ist ja erkennbar nichts passiert, weil die haben sich das angeguckt und fanden es nicht so relevant, dass man mir jetzt weitere Kontakte zu dieser KI-Firma geben musste. Ich bin an Digitalisierung sehr interessiert und denke auch immer, dass wir da als Bundesrepublik Deutschland viel Grund haben, aufzupassen, dass wir nicht den Anschluss verlieren. Und deshalb hatte mich das - - Alles, was mit künstlicher Intelligenz ist, hatte mich interessiert. Aber die Bewertung der Fachabteilung war, dass ich dem nicht - - dass man dem nicht weiter nachgehen muss.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Welchen Kontakt haben Sie heute mit Karl-Theodor zu Gutenberg?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich sagte ja: Er ist im Augenblick erstorben.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Erstorben. Da geht es Ihnen so wie mir.

(Heiterkeit des Abg. Fritz
Güntzler (CDU/CSU))

Da haben wir was zusammen, Frau Bundeskanzlerin. Mir hat er inzwischen die langjährige sehr gute Freundschaft gekündigt, weil ich mich im Untersuchungsausschuss nicht gut genug eingesetzt habe,

(Heiterkeit des Abg. Fritz
Güntzler (CDU/CSU))

und seine Arbeit wäre hier im Untersuchungsausschuss verzerrt wahrgenommen oder dargestellt. Ich denke, das kann man - - den Kollegen nicht unterstützen. Ich habe mich bei der Befragung selbst nicht beteiligt, weil ich das für nicht in Ordnung gefunden hätte aus meiner Verbin-



Nur zur dienstlichen Verwendung

dung heraus. Aber er hat den Eindruck vermittelt, uns allen, dass er im Bundeskanzleramt ein und aus geht. Aber das ist nicht mehr so.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe es jetzt mehrfach, glaube ich, gegenüber verschiedenen Personen - - und bestätige es gerne noch mal: Seitdem gab es keinen Kontakt mehr.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. Dann haben wir das - Gott sei Dank! - auch geklärt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Habe aber auch gesagt, dass ich nicht ausschließe, mit ihm jemals wieder ein Wort zu sprechen, also - -

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Nein, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber es gibt keine konkreten Pläne.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): - das geht mir genauso, Frau Bundeskanzlerin.

(Heiterkeit)

Ich spreche mit ihm auch, wenn er mit mir sprechen will. Aber ich habe das Gefühl: Da bin ich nicht mehr auserwählt genug. Also gut.

Jetzt habe ich natürlich noch die Frage, dass die Manager von Wirecard noch sehr lange die politische Flankierung nach Ihrer China-Reise - - ihre Wirecard-Interessen direkt in der deutschen Botschaft in Peking vertreten haben. Wir haben leider die Situation, dass das Auswärtige Amt uns inhaltlich den Verkehr, E-Mail-Verkehr, und die Offenbarungen von einem Finanzattaché Peters mit Wirecard nicht sehr offenbart hat. Ich hielte das für notwendig, dass man sich das auch noch mal aus Sauberkeitsgründen ansieht. Aber die deutsche Botschaft führte immer im Anschluss mehrere Gespräche und informierte die chinesische Seite. Also, es waren der Vizefinanzminister in Peking von chinesischer Seite wie aber auch der deutsche Botschafter, der Finanzattaché Peters unterwegs.

Und was nach meiner Meinung auch bei der Aufklärung als Problempunkt sichtbar wird: Ein Schreiben, das - so ergaben unsere Recherchen - von Herrn Kai Diekmann entworfen wurde, der auch gleichzeitig als Lobbyist für Wirecard arbeitete. Das heißt also, man hat einfach quasi auf direkte Lobbyistenschreiben gewissermaßen eine richtige Kommunikation Diekmann-Botschaft in Peking geführt. Also, da gab es keine Hemmungen, für ein Unternehmen zu lobbyieren und hier, obwohl - und das ist ja das Problem dabei - damals schon massive Betrugs- und Geldwäschewürfe bekannt waren. Also, dass man mal unwissend irgendwas machen kann, ist für mich klar. Haben wir vielleicht alle schon erlebt und gemacht. Aber man hat einfach nicht nachvollzogen, dass dann schon zwei Sonderprüfungen waren, die Betrugs- und Geldwäschewürfe veröffentlicht waren usw. Hätte man da nicht frühzeitig irgendwo auch bei den Ministerien, bei der Bundesregierung reagieren müssen? - Das ist meine Frage.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kenne die Vorgänge an der Botschaft nicht, und, wie gesagt, es ist immer - - Wenn man das Wissen von heute hat, stellt man sich berechtigt einige Fragen. Aber man hatte damals dieses Wissen so nicht.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. - Dann würde ich dem Kollegen Hauer - -

(Abg. Matthias Hauer
(CDU/CSU) schüttelt den
Kopf)

- Der schüttelt mit dem Kopf. Ich bin eigentlich sehr zufrieden. - Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Matthias Hauer möchte auch nicht? Keiner?

(Abg. Matthias Hauer
(CDU/CSU) schüttelt den
Kopf)

- Okay. Alles klar, gut.

(Fritz Güntzler (CDU/CSU):
Alles gesagt!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich würde das noch mal kurz ansprechen wollen. Ich hoffe und denke, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie sich dann für Compliance vielleicht noch bis zum Ende der Amtszeit einsetzen. Mir wäre das jedenfalls wichtig. Und Herr Herrmann - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mir ist gerade noch was eingefallen, Herr Toncar, aber ich kann das nicht so genau fachlich zuordnen: Für uns alle als Bundestagsabgeordnete und politische Amtsträger gelten ja auch, was die Finanzaktivitäten anbelangt, besondere Überwachungsregeln, wenn ich richtig - - inklusive der Familien. Also, wir haben - - Ich weiß aber nicht, welche Richtlinie das jetzt ist. Aber da gibt es ja schon mehr Nachfragen bei Bargeldverkehr und Ähnlichem, als das zum Beispiel sonst der Fall ist.

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Die Frage war, glaube ich,
vom Vorsitzenden!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Von Herrn Gottschalk. Aber alles gut.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ja.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles gut. Ich finde das - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Hat eben Herr Gottschalk gesprochen?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, ja, das macht aber nichts.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ach so, da habe ich - -

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Macht nichts!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich habe da kein Problem mit, wenn Sie mich mit Herrn Toncar verwechseln.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Entschuldigung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das ist völlig in Ordnung.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich hatte erwartet, dass Sie drankommen; deshalb.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Jetzt sind wir in einer normalen Berliner Stunde wieder angekommen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ach so. Okay. Dann ist es an Herrn Gottschalk gerichtet, meine Bemerkung.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. Danke. - Frau Bundeskanzlerin, im vergangenen Sommer - - Sie hatten es erwähnt: Wir hatten viele, viele, ich sage es wirklich mal so, Regierungsvertreter in unseren Sondersitzungen, natürlich auch hier im Untersuchungsausschuss. Und eins kam mir irgendwann immer so ein bisschen merkwürdig vor. Ich habe dann auch gelernt: Da gibt es professionelles Regierungshandeln. Staatsminister Hoppenstedt aus dem Kanzleramt sagte am 31.08. beispielsweise in der Sondersitzung:

Ich will aber auch sagen, dass es bei einem derart hohen Maß an krimineller Energie eine hundertprozentige Sicherheit am Ende ... niemals geben wird.

MAT A BT-Präs-1.01, Blatt 85. - Und diese Aussage finde ich persönlich nicht falsch. Nur, was mir sehr merkwürdig immer vorkam - das klang bei allen nachher so; Sie haben das auch in Ihrem Eingangsstatement erwähnt; es hat eigentlich jeder Minister vorweggeschickt -: Gibt es da eine Sprachregelung - ich habe das ja schon gelernt, dass es die oft gibt in einer Abstimmung -, und können Sie zumindest meinen Eindruck nachvollziehen, dass man hier schon immer mit dieser Sprachregelung vorweg ein wenig vom Behörden- und Aufsichtsversagen - Sie haben es ja auch angesprochen: BaFin, DPR, Reformen im FISG - - dass sich der Eindruck aufdrängt: „Da will man schon auch ein bisschen ablenken“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, das würde ich so nicht sagen. Wenn das jetzt so eine allgemeine Entschuldigungsklausel wäre - man müsste nicht das Äußerste tun -, dann wäre das ganz falsch. Es ist nur so, dass auch wir natürlich entsetzt sind,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn man das so sagen darf, dass so etwas möglich war über einen so langen Zeitraum und in einer solchen Ausprägung, bei einer Aufsicht, die ja auch geschaffen wurde in der Erwartung, dass da Übersicht herrscht. Und ich meine, wir haben ja spätestens seit der internationalen Finanzkrise in den Jahren 2007, 2008 doch sehr, sehr viel getan, um auch Banken und Finanzinstitutionen zu regulieren, zu überwachen usw. usf. Damals sind europäische Behörden geschaffen worden und Hunderte von Richtlinien usw. Und dann gibt es wieder offensichtlich eine Nische, einen Raum, in dem in der Schnittkante „Technologieunternehmen und Bank“ durch die geringere Überwachung des Technologieunternehmensteils und quasi die Brandmauer „Bank“ man zwar die Finanzinstitution geregelt hat, aber im Windschatten, wenn ich das so sagen darf, Dinge passieren, die man nicht für möglich hält. So.

Und insofern drückt diese Formulierung irgendwo aus, dass offensichtlich die menschliche Fantasie kriminelle Kräfte entfalten kann, die man auch bei bester Voraussicht vielleicht nicht immer 100 Prozent schon im Vorhinein erkennt. Aber ein gesundes Maß an Misstrauen gegen Umgehungstatbestände sollte jeder schon haben, wenn man jetzt diese Geschichte sieht. Also, ich kann nur sagen - - Es wird ja oft auch ge* - - Wenn ich jetzt mal Herrn Michelbach angucke, weil wir ja auch oft wirtschaftspolitische Diskussionen führen: Wie viel muss Regulierung* sein, und überreguliert man nicht, und schafft man nicht Bürokratie usw.? Wenn man solche Fälle hat, kann man nur sagen, dass offensichtlich die Regulierung immer noch nicht ausgereicht hat, und das ist eine Erkenntnis.

Und ich glaube, dass wir in der heutigen Zeit, in der ja auch technologisch sich so vieles entwickelt durch die digitalen Möglichkeiten, dass wir in einer solchen Zeit gar nicht misstrauisch genug sein können, weil wir ja faktisch immer Technologieentwicklungen haben, die noch nicht reguliert sind. Und in der Zeit, in der diese Technologieentwicklungen noch nicht reguliert sind, ist immer die Gefahr, dass sie eben auch für schlechte Zwecke genutzt werden. Das haben wir bei diesen - wie hieß das? - Derivaten gehabt in dem Zusammenhang mit den Banken, und dann

hat man das erkannt beim ganzen Investment-Banking. Und hier sieht man jetzt wieder, dass mit so intransparenten Strukturen und Third Partys - und was weiß ich nicht alles - plötzlich Dinge möglich sind, die mit Transparenz nichts zu tun haben. Aber es darf keine und soll keine Entschuldigung* sein: Sie müssen gleich mal wissen für den nächsten Fall: „Gegen kriminelle Energie fällt uns nichts ein.“ Das darf es nicht sein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Es muss das Menschenmögliche getan werden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Finde ich gut, die klaren Worte. - Ich bin noch mal bei Herrn Hoppenstedt: Der hatte hier ausgeführt - es geht noch mal um die China-Reise -, dass das BMF dem Kanzleramt im Sommer 2019, im Vorfeld Ihrer China-Reise, lediglich öffentlich verfügbare Informationen zur Verfügung gestellt habe, die nicht gegen eine politische Flankierung eben des Markteintritts von Wirecard gesprochen hätten. Das ist zu finden auf MAT A BT-Präs-1.01, Blatt 86.

Daraufhin kam eine verwunderte Frage des Kollegen Toncar, ob man denn die Wirecard-kritischen „FT“-Berichte vom April 2019 nicht gelesen habe und warum es über die öffentlich zugänglichen Informationen zu Wirecard nicht doch auch zusätzliche Informationen aus dem BMF gegeben habe. Und das erwidert der Herr Hoppenstedt mit der Aussage:

Unser Ansinnen ist doch angesichts des Zieles einer möglichst großen Transparenz, dass auch das, was öffentlich zugänglich ist, Substanz und Gehalt hat. Deswegen finde ich es überhaupt nicht tragisch und schlimm, dass uns das BMF sozusagen öffentlich zugängliche Informationen geschickt hat, weil die alle relevanten Punkte, die damals der BaFin auch vorgelegen haben ...



Nur zur dienstlichen Verwendung

Diese Aussage ist auf MAT A BT-Präs-1.01, 93 zu finden. Können Sie uns bitte darlegen, wie der Staatsminister dann zu so einer Aussage kommen konnte? Insbesondere: Es wurde gesagt: Ja, die DPR-Information, dass diese Sonderermittlung entsprechend Bilanzkontrollverfahren eingeleitet worden ist, die war nicht relevant an Sie weiterzugeben. Also, insoweit wundert mich in dem Zusammenhang, wie ich es hier darstelle, schon die Aussage. Können Sie das was zu beitragen, Frau Bundeskanzlerin?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich fürchte, nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein. - Ist Ihnen bekannt, dass das BMF und BaFin seit dem vergangenen Sommer stets darauf hinweisen, dass man seit Anfang 2019 auch gegen Wirecard ermittelt habe? Ist Ihnen weiter bekannt, dass in erster Linie von der BaFin angestrebte Verlangensprüfung der Bilanzen eben von Wirecard - ich habe es eben schon erwähnt - durch die DPR gemeint ist? Und ist Ihnen ferner bekannt gewesen, dass BMF und BaFin stets bedauern und monieren, dass sie die Beauftragung der DPR mit einer Bilanzkontrollprüfung bei Wirecard eben nicht veröffentlichen durften?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist mir im Detail nicht bekannt. Ich weiß nur, dass man in der Frage: „Was darf die BaFin gegenüber DPR?“ - - Das ist ja einer der Punkte, an denen man dann die Erneuerungen jetzt im - wie heißt das? - Finanzintegritäts- - oder -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Stärkungsgesetz.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - Finanzmarktintegritätsgesetz reagiert hat, weil die BaFin ja offensichtlich kein Recht hatte, vor der DPR schon umfassend tätig zu werden. Und genau diese Dinge werden jetzt ja geändert.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Und das ist auch sehr strittig. Aber auch meine Zeit ist rum. - Deswegen - sie lächelt - Frau Kollegin Kiziltepe. Bitte schön.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, wir

haben gestern sehr intensiv auch über die Veraktung gesprochen. Das ist ein sehr wichtiges Thema, um bestimmte Vorgänge auch nachvollziehen zu können. Deshalb wollte ich Sie auch noch mal fragen: Löschen Sie private E-Mails und SMSe nach einer gewissen Zeit?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Also, dagegen spricht ja auch nichts, dass man private E-Mails und SMSe löscht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wichtig ist - und ich sage noch mal: ich möchte jetzt oder werde hier nicht mein gesamtes Kommunikationsverhalten darlegen - doch nur eine einzige Sache aus meiner Sicht: dass das, was für die Veraktung relevant ist, auch veraktet wird und nicht irgendwo verloren geht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ich frage nur noch mal nach, weil gestern hier ein Riesenklamauk war, warum private Mails gelöscht werden, obwohl eine Veraktung von relevanten Vorgängen stattgefunden hat. - Vielen Dank.

Dann möchte ich auch noch mal zurückkommen auf den Lobbyismus. Herr Michelbach hat hier ganz viel Wichtiges schon gesagt, und ich bin auch wirklich erschrocken darüber, wie Ex-Politikerinnen und Ex-Politiker - nee, es waren eher Männer, muss man sagen, leider; was heißt leider? es waren eher Männer -, aber auch Beamte im Ruhestand hier als Türöffner oder Schutzschild von Wirecard benutzt wurden, und wollte - wenn man sich das anschaut, welche Namen hier auch gefallen sind, dass beteiligt waren oder die Wirecard beraten haben und auch als Türöffner agiert haben vier ehemalige Ministerpräsidenten oder Noch-Ministerpräsidenten, ein Ex-Polizeipräsident, zwei Geheimdienstbeauftragte - Sie fragen: Wie erklären Sie sich das, dass vor allem CDU- und CSU-Ex-Politiker oder -Ex-Beamte hier so tätig sind?

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):
Das gibt es auch bei der SPD!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das kann ich nicht bewerten. Also, ich will das nicht parteipolitisch zuordnen. Das ist in diesem Falle so. Aber ich weiß nicht, was Sie mit der Frage insinuiieren.

Cansel Kiziltepe (SPD): Wir haben ja zum Glück auch vor einigen Wochen ein Lobbyregister im Deutschen Bundestag beschlossen. Vielleicht müsste man auch über eine gewisse Karenzzeit nach dem Ausscheiden aus dem -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na gut, das - -

Cansel Kiziltepe (SPD): - aktiven Leben auch nachdenken. Das bietet sich vielleicht für die kommende Zeit an, darüber mal - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber das wird ja gemacht. Wir haben ja jetzt diesen Ausschuss, wo ja, wenn Verquickungen zwischen der früheren Tätigkeit und der zukünftigen sind - - Also wenn ein Staatssekretär aus dem Verteidigungsministerium in eine Rüstungsfirma gehen will, dann gibt es sehr lange Karenzzeiten. Aber im Zusammenhang mit Herrn Fritsche zum Beispiel ist überprüft worden, ob die Tätigkeit als Geheimdienstkoordinator und die Tätigkeit für ein Finanzunternehmen sozusagen Konflikte beinhalten. Und da, sage ich jetzt mal etwas lax, die Fantasie nicht ausgereicht hat, was da los war bei Wirecard, hat man diese Verquickung nicht gesehen. So. Und deshalb ist das - - Das ist ja bearbeitet worden, ob da ein Interessenkonflikt besteht.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank. - Ich möchte aus meiner Sicht - auch eine der wichtigsten Erkenntnisse aus der Untersuchungsarbeit hier - auf die Wirtschaftsprüfung noch mal zurückkommen. Können Sie das noch mal einteilen, welche Rolle Testate, positive, uneingeschränkte Testate, für die Wirtschaft, für die Kapitalmärkte liefern?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, die sollte man schon haben - ne? -, wenn man überleben will.

(Teilweise Heiterkeit)

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, und Wirecard hatte lupenreine Testate, über zehn Jahre lang. Und wir

hatten diese Woche auch Herrn Wambach. Herr Wambach ist Wirtschaftsprüfer, ein Ermittlungsbeauftragter, der noch mal die Unterlagen, die EY-Unterlagen, durchleuchten sollte. Er hat mittlerweile seinen Zwischenbericht, weil er noch mal Aufträge von uns bekommen hat, vorgestellt, und wir haben am Dienstag darüber diskutiert. Und wie es sich so zeigt, bestätigen sich unsere Befürchtungen. Also, das Gesamturteil ist nicht so positiv, sage ich mal. Und im Rahmen des FISG, Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetzes, diskutieren wir ja hier auch Verschärfungen.

Und meine Frage ist: Sie hatten sich ja bereits seit letztem Sommer für eine zügige Umsetzung auch dieses Gesetzes starkgemacht. Das wollen wir auch. Wir sind mitten in den Verhandlungen. Und das Besondere in Deutschland ist für die Wirtschaftsprüfer, dass es keine unbegrenzte Haftung gibt im Vergleich zu anderen Ländern, Großbritannien, Frankreich. Also, wenn man grob fahrlässig handelt - und so sieht es aus, weil einfache geltende Standards, Qualitätsstandards, Prüfstandards, eben nicht eingehalten worden sind -, gilt das eben nicht in Deutschland, weil wir eine Beschränkung in der Haftung haben. Und das ist ein Knackpunkt auch mit dem Koalitionspartner. Wie sehen Sie das mit der Haftungsfrage?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, erst mal hat man ja ein systemisches Problem, wenn ich das richtig verstehe, dass der Markt aus sehr wenig Anbietern besteht und deshalb es nicht so einfach ist, bestimmte Rotationen der Wirtschaftsprüfer vorzuschreiben und Ähnliches.

Zu den Haftungsfragen kann ich jetzt zu den Fachdiskussionen nichts abschließend sagen. Ich weiß nur aus meiner Zeit als Umweltministerin, dass das Thema Haftung in Deutschland und in unserem Rechtssystem ja ganz anders als im angelsächsischen Raum behandelt wird. Wir kennen ja Genehmigungen, die sehr hoch auch mit staatlicher - - also durch den Staat gegeben werden, wenn wir jetzt Betriebserlaubnisse für Anlagen und Ähnliches - - Und viele dieser Fragen sind in Amerika mit einer Produkthaftung durch den Hersteller verbunden; also ein ganz anderes Denksystem. Ich weiß jetzt nicht, inwieweit sich



Nur zur dienstlichen Verwendung

das bei den Wirtschaftsprüfern dann auch noch mal bei der Frage „beschränkte oder unbeschränkte Haftung“ widerspiegelt. Aber ich habe dazu keine abgeschlossene Meinung, hatte mir dazu auch, ehrlich gesagt, noch keine Gedanken gemacht, kenne die Konflikte innerhalb der Koalition nicht und hoffe aber, dass Sie zu einem zügigen und guten Abschluss kommen.

Cansel Kiziltepe (SPD): Da bin ich auch sehr zuversichtlich, weil wir wollen ja alle die Lehren aus der Krise auch ziehen. Aber es geht in der Frage eben um grobe Fahrlässigkeit, ne?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mhm.

Cansel Kiziltepe (SPD): Und wenn jemand grob fahrlässig handelt, dann muss er auch unbeschränkt wohl haften. Aber darüber diskutieren wir mit dem Koalitionspartner ja auch noch.

Ich wollte noch mal zurückkommen auf die Compliance-Regelung, weil auch das eine der Erkenntnisse aus diesem Ausschuss ist. Wir hatten ja Herrn Bose, den APAS-Chef, hier. Und auf meine Frage hin, ob er jemals Aktien besessen hat, hat er dann, glaube ich, im ersten Moment sehr naiv mit Ja geantwortet, und dann wurde leider vieles - - oder hat sich vieles so entwickelt, wie es jetzt ist: Er musste zurücktreten. Und jetzt wird auch über die Compliance-Regeln im Rahmen des FISG für die DPR, für das BMWi, aber auch für die APAS diskutiert, und wir wollen da auch Lösungen finden. Wie das im Bundeskanzleramt - - Wir haben erfahren, dass viele Bundesbehörden nicht wirklich so konkrete Regelungen haben, was die Compliance ist, weil wir haben ja auch als Abgeordnete im Finanzausschuss Insiderwissen. Auch im Bundestag gibt es keine Compliance-Regelungen - - wie Sie darüber nachdenken. Herr Röller wurde hier schon erwähnt. Seine Frau ist Hausfrau; aber es hat sich dann herausgestellt, dass seine Frau ein Unternehmen angemeldet hat, was Geschäfte vermittelt. Und es wirft halt ein negatives Licht auch auf die Politik. Wie wollen wir, wie wollen Sie das in Zukunft vielleicht besser konkretisieren im Rahmen der Compliance-Regelungen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut, also, ich sehe ja, dass das etwas ist, was hier den ganzen Ausschuss beschäftigt -

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - und was sicherlich auch seine Relevanz hat. Ich werde mich damit noch mal beschäftigen, habe dazu - - komme dazu heute nicht mit einem Konzept zu dem Thema zu Ihnen. Das müsste sicherlich dann auch im Bereich der Abgeordneten analog zu der Bundesregierung sein, aber die Bundesregierung - - Bislang habe ich mich damit - - oder davon Kenntnis immer nur gehabt im Zusammenhang mit Agenturen, die zum Beispiel im Umfeld des Finanzministeriums oder so arbeiten - da gibt es ja zum Teil schon Regelungen -, aber will das gerne noch mal aufnehmen als Ergebnis auch dieses Ausschusses.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank. Das ist wirklich sehr, sehr gut. Das beschäftigt alle Fraktionen hier in diesem Ausschuss.

Dann wollte ich noch mal zur China-Reise kommen. Der Finanzdialog, den wir im Finanzausschuss auch natürlich auf der Agenda hatten damals, ist natürlich wichtig. Und Sie als Bundeskanzlerin müssen selbstverständlich auch deutsche Unternehmen auf so einer Reise vertreten; gar keine Frage. Aber die negative Berichterstattung zu Wirecard gab es ja bereits seit 2014, seit 2019 dann intensiver hier auch in Deutschland. Und Herr Guttenberg kommt dann im Rahmen eines Privatgespräches zu Ihnen und hat sogar eine Vorlage schon verfasst, was einfach so weitergegeben wird durch das Bundeskanzleramt an das Bundesfinanzministerium. Wir werden, glaube ich, alle aus den Erfahrungen heute in Zukunft viel sensibler mit solchen Fragestellungen umgehen, denke ich, in jedem Ministerium und auch als Politikerinnen und Politiker. Aber haben Sie über diesen Vorgang auch in Ihrem Haus nach der Insolvenz von Wirecard noch mal ein Gespräch mit den beteiligten Personen gehabt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, das war ja in Ordnung. Also, ich glaube, wenn wir Informationen



Nur zur dienstlichen Verwendung

bekommen, dass wir die schon an die relevanten Ministerien weitergeben müssen. Wir sind ja im Kanzleramt - - haben wir ja viel zu wenig eigene Expertise, und insofern: Wenn da jetzt was aufgeschrieben worden wäre, was dem Finanzministerium komplett quer im Raum gestanden hätte, dann hätten die gesagt: „Was ist denn das für ein Zettel?“ und „Das stimmt nicht, und das stimmt nicht.“ Also, ich glaube, wir sind da schon auf einen breiten Austausch angewiesen.

Und zu den Presseberichten will ich noch mal sagen: Es war ja offensichtlich auch so - ich habe diese Presseschlachten nicht verfolgt, muss ich ganz ehrlich zugeben - - Aber es war ja auch so, dass es diejenigen gab, die Wirecard für was ganz Tolles, Innovatives, neue deutsche Technologie und „Endlich sind wir auch mal dabei“ - - Und die andere Sache war, dass es von Anfang an Presse oder Journalisten gab, die sehr skeptisch waren. Im Nachhinein hat sich natürlich als richtig erwiesen, dass man gar nicht skeptisch genug sein konnte. Aber das hat man ja in der damaligen Gemengelage nicht vollkommen so gesehen.

Aber noch mal zurück: Also, wie gesagt, Herr zu Guttenberg hat mir persönlich nichts übergeben. Ich habe ihn an Herrn Rölller verwiesen. Dem Herrn Rölller hat er dann diese E-Mail plus diesen Anhang geschickt. Und dass das ans Finanzministerium weitergegeben wird, das, finde ich, ist eher gutes Handeln und vertrauensvolles Handeln, als dass es schlecht wäre, weil wir müssen versuchen, uns möglichst breit informiert zu halten.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank, Frau Bundeskanzlerin.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Und dann geht es weiter mit Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Frau Bundeskanzlerin, ich möchte doch noch mal auf Ihre zwar abgrenzbare, aber doch politisch relevante persönliche Rolle jetzt in dem ganzen Vorgang zurückkommen. Herr Michelbach hat gerade eben Sie so ein bisschen in Schutz genommen

und hat gesagt, Sie sollten von Herrn zu Guttenberg benutzt werden. Teilen Sie diesen Eindruck?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, dazu gehören ja immer zwei. Ich - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Darauf wollte ich raus, ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Und ich habe das gemacht, was man richtigerweise getan hat, und deshalb fühle ich mich zwar angesprochen, aber nicht, dass ich jetzt der Sache intellektuell nicht Herr gewesen wäre und bedingungslos gesagt hätte: „Selbstverständlich, lieber Karl-Theodor zu Guttenberg“, sondern das gemacht habe, was man fachlich tut.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ist ja nicht immer jetzt eine Frage sozusagen, dass man diesen kleinen Vorgang intellektuell bewältigt. Aber vielleicht gibt es ja auch äußere Zwänge. Und ich sehe einen Zwang, der diesen Vorgang auch insofern problematisch macht in dem zeitlichen Ablauf.

Am 3. September um 19.50 Uhr hat Herr zu Guttenberg die E-Mail an Herrn Rölller geschrieben. Herr Rölller hat am 4. September um 8.28 Uhr diese E-Mail von Herrn zu Guttenberg dann im Kanzleramt weitergeleitet an Herrn Böhme zur wahrscheinlich weiteren Prüfung oder Veranlassung. Wenn Sie am 5. September in China waren - bei Zeitverschiebung müssen Sie ja schon am 4. September mittags oder nachmittags losgeflogen sein - - Das bedeutet doch, dass effektiv im Kanzleramt eigentlich gar keine - schon aus zeitlichen Gründen, zumal es viel zu tun gibt vor so einer Reise, auch kurzfristig - Valenzen mehr da waren, den Wunsch von Herrn zu Guttenberg fachlich noch mal zu prüfen und Sie vielleicht auch so zu beraten, wie es richtig gewesen wäre.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nun gut, es war immerhin noch genug Zeit offensichtlich, das BMF um Unterlagenübersendung zu bitten und für mich ein Votum zu erstellen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das stimmt nicht ganz, wenn ich Sie da korrigieren darf.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Okay.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber da kann ich mal zitieren aus dem Protokoll der Sitzung des Finanzausschusses, wo Herr Hoppenstedt uns das dargestellt hat, wie das gelaufen ist. Er sagte:

Wir haben allerdings, weil das Fritsche-Gespräch am 09.

- richtig wäre, am 11. -

stattfinden sollte,

- September -

das BMF in der Vorbereitung - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Welches kritische Gespräch?

Dr. Florian Toncar (FDP): Fritsche, Entschuldigung.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ach, Fritsche-Gespräch; von dem wusste ich ja gar nichts.

Dr. Florian Toncar (FDP): Herr Fritsche hat ja für den 11. September, also für wenige Tage - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Das haben Sie jetzt, glaube ich, in der Vorbereitung gesehen, ne? Herr Fritsche hatte da einen eigenen Termin im Kanzleramt mit Herrn Röller vereinbart, der auch zustande kam.

... weil das Fritsche-Gespräch ... stattfinden sollte, das BMF in der Vorbereitung zu diesem Fritsche-Gespräch um Unterstützung geben, und daraufhin kam am 23. August

- bereits -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ach so.

Dr. Florian Toncar (FDP): -

die Vorbereitung in Form der E-Mail aus dem BMF. Diese Vorbereitung wurde dann gleichzeitig genutzt, um sozusagen zu prüfen, ob man Wirecard im Ergebnis auch flankieren kann bei der China-Reise der Bundeskanzlerin.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Okay. Tut mir leid. Das hatte ich in der Detailtreue - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Deswegen habe ich es ja einfach noch mal vorgelesen. Das ist - - Aber insofern hat man auf zufällig vorhandenes Material zurückgegriffen. Und wenn ich daraus jetzt aber auch noch mal, aus dem Gesprächsvorbereitungsvermerk für Herrn Röller für das Fritsche-Gespräch, zitieren darf - das besteht inhaltlich aus zwei Seiten -:

Kurzprofil Wirecard AG

... mit Wachstum ...

- usw. -

Zahlungsdiensten (?)

Und dann kommt noch eine zweite Seite, Überschrift: „Leerverkaufsverbot der BaFin“. Dann wird das Leerverkaufsverbot erläutert; es werden Short-Attacken erläutert, und es wird - - Ich darf jetzt mal wörtlich noch einen Satz vorlesen - das ist das, was dem Kanzleramt vorlag im September -:

Ein signifikanter Kurssturz konnte nach Veröffentlichung eines Presseartikels der **Financial Times** beobachtet werden, indem behauptet wurde, Mitarbeiter eines Tochterunternehmens der Wirecard AG in Singapur hätten durch Buchführungsmanipulationen höhere Umsätze vorgetäuscht. Zudem erstattete die BaFin im April 2019 Anzeige bei der Staatsanwaltschaft München wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Verbot der **Marktmanipulation**. **Die Untersuchungen dauern noch an.**



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das ist ja nach Herrn Hoppenstedt in Ihre Vorbereitung der China-Reise dann eingegangen. Das sind doch aber auch Hinweise auf, sagen wir mal, Bilanzmanipulation usw., auch auf relativ harte Vorwürfe.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, das ist eingegangen insoweit, als es Beamte der Fachreferate ja wohl kannten. Aber das ist nicht mir zur Kenntnis gegeben worden. Es wird da eine Bewertung gemacht: Kann ich das ansprechen, oder kann ich das nicht ansprechen? Und die Bewertung war so, dass man gesagt hat, trotz der wahrscheinlich ja bekannten Dinge, ich kann es ansprechen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber ist es nicht, gelinde gesagt, unglücklich, dass der zeitliche Ablauf so ist? Deshalb habe ich damit angefangen, dass Herr zu Guttenberg ungefähr 36 Stunden, bevor Sie bereits in China die Gespräche führen, am Abend des 3. deutscher Zeit, das ins Kanzleramt gibt und man am 4. dann noch ganz wenig Zeit hat, zu prüfen, und genau solche Dinge, obwohl sie im Kanzleramt vorlagen, dann vielleicht auch nicht vertiefen oder gegenchecken konnte. Das ist doch eigentlich auch vom Zeitablauf her so, dass man sagen muss: Es ist schlecht gelaufen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, wie ich schon in meinem Eingangsstatement sagte, war ja für mich in gar keiner Weise absehbar, dass der Besuch von Herrn zu Guttenberg bei mir oder das Gespräch von Herrn zu Guttenberg bei mir in irgendeiner Weise etwas mit der China-Reise zu tun haben könnte. Und jetzt kam es, und dann konnten die Beamten offensichtlich auf Erkenntnisse zurückgreifen, die sie schon hatten in Vorbereitung eines anderen Gespräches. Dann werden sie diese Erkenntnisse genommen haben und bewertet haben.

Nun kann es immer im politischen Leben vorkommen, dass man einen Tag vor einer Reise nach China noch neue Ansinnen und Dinge bekommt, auf die man sich auch schnell vorbereiten muss. Das politische Leben ist ja so, dass ich jetzt nicht sagen kann: Alles, was eine Woche

vorher nicht da war, wird nicht mehr berücksichtigt. Das wäre auch jetzt nicht ein gutes Handeln einer Bundeskanzlerin. Und insofern ist es eine zeitliche Koinzidenz, von der ich sehr gut verstehe, dass Sie fragen. Aber es ist aus meiner Perspektive ein totaler Zufall gewesen, dass Herr zu Guttenberg nicht am 3. Juli, sondern am 3. September bei mir war und dass zwei Tage später eine China-Reise stattfindet.

Dr. Florian Toncar (FDP): Die Frage ist, ob das Prüfungsergebnis ein anderes gewesen wäre, wenn er am 3. Juli da - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das vermute ich angesichts der - - Also, die Frage wäre eher, wenn nicht zufällig der Termin von Herrn Fritsche gewesen wäre, ob - aber das ist jetzt total fiktiv - man nicht gesagt hätte: In der Kürze der Zeit können wir das nicht mehr prüfen, kriegen auch keine Unterlagen mehr von anderen Ministerien, raten Ihnen also ab, es anzusprechen. - Das wäre jetzt ein anderer Punkt gewesen. Aber nun lag wegen anderer Koinzidenzen einfach Informationsmaterial offensichtlich vor.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich stolpere, Frau Bundeskanzlerin, immer über eine Formulierung, die im Kanzleramt ja sehr präzise abgestimmt verwendet wird, nämlich: Keine Kenntnis von schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten. Das sagt der Regierungssprecher; das sagen Sie; das hat Herr Röller so gesagt. Das ist also eine abgestimmte, einheitlich verwendete Formulierung. Das Wort „schwerwiegende Unregelmäßigkeiten“ ist natürlich sehr wertausfüllungsfähig. Da kann sich dann der Sender und der Empfänger jeweils drunter vorstellen: Was ist jetzt schwerwiegend genug, um sozusagen da noch mal drunterzufallen? Können Sie denn positiv umschreiben, welche Art von Unregelmäßigkeiten im Kanzleramt bekannt war, die Sie als nicht schwerwiegend genug einschätzen, dass Sie sie darunter fassen würden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mir persönlich waren gar keine bekannt. Im Kanzleramt waren ja Dinge bekannt. Die kennen Sie ja auch alle, weil Sie sie ja auch immer wieder zitieren. Aber sie haben zu keiner Gesamtbewertung geführt - und das kann



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich auch nachvollziehen -, die sagt: Hände weg von Wirecard!

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann geht es weiter mit Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Frau Bundeskanzlerin, ich nehme dem Kollegen Michelbach natürlich ab, dass seine Freundschaft mit Herrn zu Guttenberg gelitten hat. Aber dafür hat er neue Freunde in der Opposition gewonnen. Das ist ja auch was wert.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/GSU):
Wenn Sie nicht so schwierige Fragen gestellt hätten! - Heiterkeit)

- Ja. - Aber, Frau Bundeskanzlerin, ich kann mir nicht vorstellen - und der Kollege Toncar hat das ja herausgearbeitet -, dass Sie sich jetzt beim mächtigsten Mann Chinas für Wirecard einsetzen, weil, ich sage mal, der Karl-Theodor zu Guttenberg bei Ihnen vorbeispaziert. Also, wenn ich jetzt bei Ihnen vorbeikäme und, sagen wir, würde drum werben, dass Sie sich in China beim mächtigsten Mann, ich sage mal, für den FC Sankt Pauli einsetzen, immerhin ein Bundesligavererein, dann hätten Sie doch irgendeinen Bürodrachen, der das verhindert und sagt: „Das ist jetzt vielleicht kein gutes Ansinnen“, oder?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe das versucht, auch in meinem Eingangsstatement darzustellen, dass die Wahrscheinlichkeit, sich für etwas einzusetzen, dann steigt, wenn es mit Gesamtanliegen der Politik der Bundesregierung zusammenpasst. Das heißt: Wenn wir uns schon monatelang mit hochrangigen Finanzdialogen -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Klar.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - und Marktzugang beschäftigen und jetzt kommt ein Beispiel, was in dieses Gesamtbemühen, unbeschadet welches

Unternehmen davon profitieren könnte, hineinpasst, dann ist die Chance, dass ich das anspreche, natürlich größer, als wenn es irgendein Anliegen ist, mit dem ich mich überhaupt - - mit dem wir uns politisch überhaupt nicht beschäftigen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das verstehe ich absolut. Nur, es geht ja aus den Unterlagen hervor, dass das auch bei der Botschaft als ein sehr großer Erfolg bewertet wurde: erstes ausländisches Unternehmen mit einer grenzüberschreitenden Zahlungslizenz im großen chinesischen Finanzmarkt. Herr Scholz hat das so ein bisschen - - hat gesagt: Keine Ahnung, warum die Kanzlerin und so dann das auf einmal - - warum das für Sie so wichtig war.

Aber ich sage mal, es hatte ja einen Vorlauf, und deswegen frage ich mich schon: Wie ist es dann dazu gekommen, dass man ausgerechnet Wirecard priorisiert hat? Also, ich glaube nicht, dass es eben nur an Herrn Guttenberg lag, weil wir haben ja klare Evidenz in den Unterlagen: Es wurde vorher nachgefragt: Gibt es etwas Unterschriftenreifes für die Kanzlerin? Und deswegen würde mich einfach interessieren: Wer trifft denn dann letztlich die Entscheidung: „Das sind jetzt die, ich sage mal, vier, fünf wichtigsten Anliegen im Unternehmensbereich“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich will vielleicht noch mal einen anderen Aspekt nennen: Also, wir leben ja nicht im luftleeren Raum, sondern wenn China seine Finanzmärkte öffnet, dann gibt es vielleicht amerikanische Interessenten, japanische Interessenten, französische, englische. Kann ich jetzt für diesen Fall überhaupt nicht sagen. Ich sage nur, dass das so etwas ja ist. Und es gibt ja natürlich einen* - - Wir vertreten ja auch deutsche Interessen. Das heißt, es gibt ein Interesse daran, auch deutsche Firmen zu denen zu machen, die dann einen Marktzugang bekommen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das verstehe ich auch, und ich kritisiere auch nicht, dass Sie das grundsätzlich tun - das ist nicht meine Absicht -, sondern der Punkt ist vielmehr: Also, Herr Röllner führt ja zum Beispiel aus, er habe die „Financial Times“-Berichte nicht zur Kenntnis genommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber jeder kleine Beamte, mit dem wir gesprochen haben, hatte die zur Kenntnis genommen. Es wurden parlamentarische Anfragen geliefert, unter anderem von den Oppositionsfraktionen, wo diese kritische Berichterstattung sozusagen aufbereitet war usw. usf. Und deswegen ist ja die Frage - - Also, wir haben zum Beispiel eine Abfrage hier gesehen. Ich darf nicht über den Inhalt sprechen, aber so viel kann man sagen: Sie sind mal zu irgendeiner hochrangigen Wirtschaftsdelegation gefahren im Umfeld des Weltwirtschaftsforums. Da haben die Sicherheitsbehörden abgefragt, ob irgendetwas gegen diese Unternehmer dort vorliegt. Wenn Sie jetzt nach China fahren und Wirecard ansprechen, dann wird doch jemand den Hintergrund überprüfen. Das mache selbst ich in meinem Abgeordnetenbüro, bevor ich mich mit jemandem treffe.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, deshalb können Sie mir ja auch die Ausarbeitung von Herrn Papa-georgiou vorlesen, und deshalb haben wir ja auch diese Anfragen zur Kenntnis bekommen, die gestellt worden waren. Und dann kommt es doch zu einem bestimmten Punkt: Ist das jetzt so gravierend, dass man sagt: „Lieber nicht ansprechen“, oder ist da mit einem bestimmten Prozentsatz Information da, die aber in der Gesamtbewertung doch dazu führt: „Kann man ansprechen“?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber warum dementiert Herr Röller denn dann, dass er überhaupt davon Kenntnis hatte?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich kann jetzt - - Wie Sie verstehen, kann ich nur - - Ich spreche jetzt für mich, und ich hatte keine Kenntnis von diesen Dingen. Und ich weiß nicht, ob Herr Röller davon Kenntnis hatte. Das kann ich nicht sagen. Ich hatte keine Kenntnis, aber ich verteidige das Herangehen von Beamten, die sich überlegen: Die und die Information liegt vor. Kann man da noch was empfehlen, so rum oder so rum? So, weiter nichts, und - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Hat Herr Röller Sie denn darüber in - - Also, ich frage, ob er Sie in Kenntnis gesetzt hat - ich kann auch nicht nach-

weisen, dass es so ist -, dass er vielleicht berufliche Pläne nach seiner Tätigkeit für Sie in China hat oder im Zusammenhang mit chinesischen Unternehmen? Haben Sie Kenntnis davon?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, selbstverständlich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Hat er nicht. Okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Der Herr Hoppenstedt, der hat hier ausgeführt, dass es eben dieses Commitment, diese Liste, diese Erklärung, die Herr Scholz verabschiedet hat mit Liu He, mit 34 Punkten oder so gäbe.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dieses* gemeinsame Erklärung von Deutschland und China.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau. Und Punkt 30: Da hätte Wirecard, ich sage mal so, zufällig draufgepasst. Wenn wir jetzt aber uns die Kommunikation angucken, die vorher zwischen der deutschen Botschaft in China, dem Finanzattaché, und Wirecard stattgefunden hat, war es viel eher so, dass dieser Punkt 30 dort für Wirecard reinkam; denn es gibt überhaupt kein anderes Unternehmen weltweit offenbar, das eine solche grenzüberschreitende Zahlungslizenz bekommen hat dann im Ergebnis für China. Und deswegen verstehe ich nicht, wie Herr Hoppenstedt zu dieser Aussage kommt, dass Wirecard sozusagen so ein Zufallsprodukt gewesen wäre, wenn doch offenbar die Bundesregierung sehr lange für Wirecard darauf hingearbeitet hat.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dazu kann ich nicht Stellung nehmen. Ich kann nur sagen, dass es in diesen Finanzmarktdialog hineingepasst hat - das ist ja unstrittig - und dass ich mich deshalb entschieden habe - - oder nicht deshalb - - also dass mir deshalb empfohlen wurde, dass ich mich für das Anliegen von Wirecard einsetzen kann.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und noch mal eine abschließende Frage: Sie haben vorhin gesagt, Sie wissen nicht, welche Firma die Sicherheitstechnologie für die Bundesregierung - - Also, es gibt



Nur zur dienstlichen Verwendung

diese Secure Pin. Das steht öfters unter Minister-E-Mails. Es heißt auch, das Kanzlerinnenhandy sei nach den früheren Vorfällen mit der NSA von einer - - da würde eine Sicherheitslösung von der Firma Virtual Solution angeboten.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kenne - - Mir ist jetzt diese Virtual Solution nicht bekannt gewesen. Natürlich habe ich ein solches Handy, was da freigegeben ist durch das BSI.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Ich möchte nur drauf hinweisen, dass ein österreichischer hochrangiger ehemaliger BVT-Beamter ausgesagt hat, dass der Hauptgesellschafter dieser Firma sich mit Herrn Marsalek getroffen habe und mit ihm geschäftliche Beziehungen unterhalten - - Und ich glaube, wir alle wollen nicht, dass Herr Marsalek Ihre E-Mails mitliest.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Aber da ist mein Vertrauen in das BSI da, dass das verhindert wird.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Und dann geht es weiter mit Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Bundeskanzlerin, was wissen Sie über das Leerverkaufsverbot?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Im Allgemeinen oder von der Wirecard?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dem von Wirecard. War übrigens das erste, was es - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe darüber, ehrlich gesagt, im Nachhinein jetzt gelesen, dass das eine große Sache war.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum aus Ihrer Sicht ist es von besonderer Tragweite? Und wir reden uns den Mund fusselig jede Woche über dieses Leerverkaufsverbot. Was glauben Sie?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Weiß ich nicht. Also, ich sage nur mal: Früher hat man ja oft in der Finanzkrise - das hört sich jetzt etwas unbedarft an, weil ich da wirklich keine Expertin bin - -Aber ich habe immer gehört, dass Leerverkaufsgebote* manchmal sogar gewünscht waren. Also schrillen bei mir nicht alle Glocken in dem Moment, wo man vom Leerverkaufsverbot spricht. Und von diesem speziellen für Wirecard habe ich erst im Nachhinein gelesen, dass es eine gewisse Rolle gespielt hat in der Geschichte der Überlebensver-suche.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte gar nicht Ihr Wissen testen, und das war jetzt erst mal eine plausible Antwort. Ich glaube, wenn wir Stresssituationen im Finanzmarkt haben, wenn Spekulanten gegen Griechenland oder wen auch immer wetten, ist das eine andere Situation, als wenn wir über ein einzelnes Unternehmen sprechen. Dafür ist die Hürde aus ökonomischen und rechtlichen Gründen sehr hoch für ein Leerverkaufsverbot. Ich verlange auch gar nicht, dass das über Ihren Schreibtisch hätte gehen sollen. Das ist wirklich nicht Ihre Zuständigkeit.

Es war aber der Moment - und deswegen beschäftigt es uns so sehr -, wo die Behörden sich auf die Seite von Wirecard gestellt haben. Die BaFin, Finanzministerium sagen immer: Nein, das war nicht so; das war eine neutrale Entscheidung, um die Integrität des Marktes zu stützen. - Aber jeder der Zeugen, die nah am Markt sind, die auf dem Stuhl auch saßen, wo Sie jetzt sitzen, Herr Zielke, Aufsichtsräte usw., hat gesagt: Nein, in dem Moment hat man sich - - Das war ein Gütesiegel für Wirecard. Und alle, die kritische Fragen gestellt haben, zum Beispiel der Journalist Dan McCrum wurde damit ja auch am Ende des Tages kriminalisiert. Deutsche Behörden haben ja gegen ihn auch ermittelt. Und das war der Zeitpunkt im Februar 2019, wo dieser Skandal eben auch durch deutsche Behörden quasi verlängert wurde. Deswegen beschäftigt es uns an der Stelle so sehr.

Und ich finde, wenn man sich diesen Fall so sehr anschaut: Die Kommunikation, die wir sehr ge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

nau hier ausgewertet haben in den letzten Wochen und Monaten, spricht so ein bestimmtes Narrativ aus unseren Institutionen. Dieses Narrativ lässt sich so zusammenfassen: Da gab es diese Verschwörungstheorie, die Jan Marsalek über einen Anwalt der Kanzlei Bub Gauweiler an die Münchener Staatsanwaltschaft herangetragen hat. Und da sind ausländische Medien, Bloomberg mit einer Erpressungsgeschichte und die „Financial Times“, die negativ berichten möchte, damit irgendwelche Leerverkäufer und angloamerikanische Hedgefonds damit Geld verdienen. So, und dieses Narrativ ist auf einen sehr fruchtbaren Boden, und zwar überall, gefallen. Das sagt ja auch ein bisschen was über unsere Aufsichtskultur aus.

Und ein bisschen weiter vorher in den Abläufen gab es im Jahr 2016 einen sogenannten Zatarra Report. Das sagt Ihnen wahrscheinlich auch nichts an der Stelle.

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

Ich zitiere mal daraus. Das ist ein Dokument, das durch viele Hände bei der BaFin gegangen ist und am Ende auch beim Bundesfinanzministerium gelandet ist und abgezeichnet wurde; MAT A BMF-4.04, Blatt 268. Da heißt es:

Auffällig ist, dass die Verdächtigen Personen ... dem Anschein nach einen recht einheitlichen kulturellen Hintergrund haben - überwiegend israelische und britische Staatsangehörige. Daher ist nicht auszuschließen, dass es sich um eine netzwerkartige Struktur („Insiderring“) handelt.

Der Herr Dr. Kukies hat sich auch für diese Formulierung entschuldigt mittlerweile. Aber es sagt uns ein bisschen was. Und ich wollte Sie fragen, ob Sie verstehen können und nachvollziehen können, dass viele auch internationale Beobachter, weil das war ja eine große Geschichte am Finanzplatz Deutschland, sich diese Geschichte anschauen und, sage ich mal, die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn sie wissen, was

in den letzten Jahren - - auch mit welchen Gedanken, mit welchem Mindset, mit welchem Narrativ deutsche Aufsichtsbehörden da unterwegs gewesen sind. Wie bewerten Sie das?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Im Nachhinein war man nicht objektiv genug. Das ist ja gar keine Frage. Auf der anderen Seite, sagen wir mal, haben wir auch zum Teil ja noch die internationale Finanzkrise in den Knochen und sind jetzt aus dieser Zeit auch nicht gewöhnt, angelsächsischen Finanzexperten blind zu glauben. So. Und vielleicht ist das - - Aber die ganze deutsche Aufsichtsseite war nicht objektiv genug aufgestellt. Das ist vollkommen klar.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben wir übrigens nicht so häufig in der Deutlichkeit gehört in diesem Ausschuss.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, aber es ist, glaube ich, schon - - Ich habe Ihnen ja vorgelesen aus der Bewertung, die mich am 30. Juni erreicht hat. Also, es ist durch meine Fachbeamten - - Und ich glaube, das Bundesfinanzministerium sieht das so ähnlich.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht in der Deutlichkeit.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, also, die personellen Wechsel und die neuen Aufgaben, die zugeordnet wurden mit diesem Finanzmarktintegritätsgesetz, zeigen doch, dass die richtigen Schlussfolgerungen daraus gezogen wurden.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mit Herrn Scholz jemals über Wirecard, das Leerverkaufsverbot, Herrn Hufeld gesprochen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nee.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Scholz sagte uns nämlich gestern, er habe immer mal wieder mit Ihnen darüber gesprochen, konnte es aber jetzt nicht quantifizieren und auch nicht - - sagt er so: am Rande von einer Kabinettsitzung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, nach dem 30.06.
Das - -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ja, ja, ich habe ja jetzt über die gesamte Zeitleiste
gesprochen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, dass wir über
das Leerverkaufsverbot - - kann ich mich nicht
erinnern. Aber dass ein neuer personeller - - dass
ein personeller Wechsel notwendig ist und dass
er, Herr Scholz, jetzt auch Entscheidungen getrof-
fen hat für Neubesetzung, das haben wir schon
besprochen. Ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
In die Entscheidung, dass Herr Hufeld gehen
muss oder dass Herr Branson neu kommt, da wa-
ren Sie nicht eingebunden. Das haben Sie - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Das ist eine
Ressortentscheidung gewesen. Aber als Herr
Branson neu kommen sollte, da hat mich Herr
Scholz informiert darüber.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Da wurden Sie informiert vorher, sagen Sie.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Da hat mich der
Bundesminister Scholz informiert -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Danke.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - und mir auch erläu-
tert, warum er das für eine gute Entscheidung
hält.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank,
Dr. Bayaz. - Ich bin da so ein bisschen differen-
ziert. Wir sind ja nun mal ein Land, was stark
von Finanzprodukten, von Kapitalmarktverkehr
und auch von In- und Export - - also auf eine
starke Wirtschaft angewiesen ist. Dazu gehört
auch ein starker Kapitalmarkt. Und Sie sagten
das ja eben auch recht deutlich, dass uns die Fi-
nanzkrise noch allen irgendwie in den Knochen
steckt. Ich sage das noch mal: Sie sind 2005
Kanzlerin - -

(Matthias Hauer
(CDU/CSU): Entschuldigen
Sie, Herr Vorsitzender!)

- Ja?

(Matthias Hauer
(CDU/CSU): Ich glaube, die
CDU/CSU ist dran! - Jörn
König (AfD): Habe ich mir
auch gerade gedacht, ja!)

- Oh, ich war noch im Modus - - Stimmt, wir
kommen in die zweite Runde. Insoweit frage ich
zum - - Wunderbar. Danke für Ihren - - Ja, ja.
Okay. Mein Fehler, Frau Bundeskanzlerin. Aber
ich frage jeden Zeugen und jede Zeugin nach
zwei Runden, die wir jetzt weg haben - ich weiß,
dass Sie unglaubliches Engagement und Sitz-
fleisch haben; das haben Sie in Europa bewie-
sen -, ob sie eine Pause, eine Erfrischungspause,
Ähnliches, wünschen oder ob wir eine dritte Ber-
liner Stunde, also eine Fragerunde, anschließen
können.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie können noch eine
anschließen. Danach reden wir mal weiter, -

(Heiterkeit)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Alles klar. So ma-
chen wir das. Dann frage ich Sie auch wieder.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - ob ich mal kurz um
die Ecke muss.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Und jetzt
Matthias Hauer für die Union.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, vielen Dank,
Herr Vorsitzender. - Frau Bundeskanzlerin, ich
würde gerne zu diesen schwerwiegenden Unre-
gelmäßigkeiten, die angesprochen wurden, zu-
rückgekommen. Sie haben gesagt, Ihnen waren
keine schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten be-
kannt. Und das ist ja aus meiner Sicht auch das
entscheidende Kriterium. Weil, ich sage mal, da
muss man nicht viele Google-Kenntnisse haben.
Wenn man mal googelt: „Vorwürfe gegen ...“ und
dann einfach mal die Konzerne, die so im öffent-
lichen Interesse stehen oder die auch im DAX



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich befinden, dann findet man zu jedem gewisse Vorwürfe. Die Frage ist eben nur: Wie stichhaltig ist das, und wie schwerwiegend ist das? Und deshalb würde mich interessieren, dahin gehend die Frage: Was ist denn für Sie eine schwerwiegende Unregelmäßigkeit? Muss es dann eine Verurteilung geben oder? Also, was ist da schwerwiegend, und was ist nicht schwerwiegend?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, das ist jetzt mit so einer pauschalen Aussage sicherlich sehr schwer zu beschreiben. Wir gehen, wenn es sich um Industrieunternehmen handelt, natürlich irgendwelchen Hinweisen nach, wenn zum Beispiel Lieferketten in irgendwelchen Drittländern nicht ordentlich bearbeitet wurden. Schwerwiegend ist sicherlich eine staatsanwaltschaftliche* Verurteilung. Wenn staatsanwaltschaftliche Verfahren wieder eingestellt sind, dann würde man es nicht als schwerwiegend bezeichnen. Es gilt ja auch immer die Unschuldsvermutung in all solchen Fällen bei Gerichtsverfahren. Aber das kann ich pauschal hier nicht als Definition abgeben, wann „nicht so schwerwiegend“ in „schwerwiegend“ übergeht. Das ist letztlich: Wenn die Summe aller Vorkommnisse einen bestimmten qualitativen Wert übersteigt, dann wird man sagen: Lieber Distanz halten. - So, und schwerwiegend sind die Vorwürfe, die wir heute kennen von - - Die sind mit „schwerwiegend“ noch schwach beschrieben, hochkriminell sind die Dinge, die wir heute von Wirecard kennen, einfach, ehrlich gesagt, die eigene Fantasie auch übersteigend, wenn man es jetzt nicht als Realität sehen würde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten vorhin zu den Gesamtbemühungen in China und gegenüber China, die außenwirtschaftliche Strategie einiges gesagt. Was waren aus Ihrer Sicht zum damaligen Zeitpunkt der China-Reise denn die Anliegen, die Wirecard hatte? Also, was wollten die in China machen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Damit habe ich mich gar nicht näher befasst. Sie brauchten eine Erlaubnis, glaube ich, der People's Bank of China für die Fusion mit diesem AllScore-Unternehmen. Und das war der Sachverhalt, den ich ange-

sprochen habe. Ich habe mich jetzt mit ihrem chinesischen Geschäftsmodell nicht weiter befasst. Das war ein Teil aus den Finanzmarktaktivitäten, die man sich denken kann.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir haben in diesem Untersuchungsausschuss fraktionsübergreifend sehr viel zutage gefördert, auch wesentliche Aspekte zur Aufklärung beigetragen, wie ich finde. Und wie wir uns hier, glaube ich, auch fraktionsübergreifend einig sind: Das waren viele Themen, die die BaFin betreffen: Bilanzkontrolle, Aufsichtsthemen, Mitarbeitergeschäfte, auch Staatsanwaltschaft spielte eine Rolle. Wir haben Ermittlungsbeauftragte, sogar ein Team von Ermittlungsbeauftragten, eingesetzt zum Thema Nachrichtendienste und Abschlussprüfer. Also, wir haben hier sehr komprimiert und dennoch ausführlich diese Thematik aufgearbeitet

Insofern bin ich Ihnen da auch sehr dankbar, dass Sie noch mal deutlich gemacht haben, wie Ihre Position dazu ist, und auch die klaren Worte, dass Deutschland da an einigen Stellen nicht so aufgestellt war. Das haben Sie ja gerade gesagt und auch beschrieben, dass es dann auch diese personellen Wechsel gab und auch mit dem Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz darauf reagiert werden soll. Und das FISG ist die Grundlage jetzt auch für unsere Arbeit im parlamentarischen Verfahren.

Wir haben auch einige Verschärfungen noch vor, die auch Ausfluss der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses sind. Auch wir als Unionsfraktion haben da weitreichende Vorschläge unterbreitet, zum Beispiel diese Bilanzkontrolle; das ist gerade schon angesprochen worden. Da wollen wir noch einen Schritt weiter gehen als das Gesetz. Wir wollen klarere Kompetenzen bei einer gestärkten BaFin; wir wollen im Bereich Geldwäsche dafür Sorge tragen, dass so ein Unternehmen wie Wirecard überhaupt einer Geldwäscheaufsicht unterliegt - das war nämlich für den Gesamtkonzern nicht der Fall -; wir wollen eine stärkere Rotation; wir wollen auch eine Verschärfung der Haftungsregelungen, Sanktionsregelungen und Transparenzregelungen beim Thema Wirtschafts- und Abschlussprüfung und



Nur zur dienstlichen Verwendung

vieles mehr. Ich will jetzt gar nicht alles ansprechen. Aber das ist das, was wir hier so erarbeitet haben. Und wir sind da in intensiven Beratungen auch mit unserem Kooperations- - „Kooperation“ sage ich schon - - mit unserem Koalitionspartner. Aber manchmal kooperieren wir auch.

Mich würde interessieren - und jetzt komme ich zur Frage - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Davon war ich ausgegangen,

(Heiterkeit)

dass das keiner besonderen Erwähnung bedarf.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, ich auch.

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Sie waren gestern nicht dabei! - Heiterkeit)

Mich würde interessieren, was denn für Sie persönlich die politischen Lehren sind, die Sie aus diesem Wirecard-Skandal ziehen würden, was aus Ihrer Sicht das Wichtigste ist, was geändert werden muss oder was sich ändern muss in Deutschland?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich habe das ja auf einer relativ abstrakten Ebene schon versucht zu sagen: Wenn es Geschäftsmodelle gibt, die in die klassische Rollenverteilung nicht passen - also hier Finanzkontrolle, dort Bilanzkontrolle, dort Wirtschaftsprüfung -, also wenn plötzlich durch die Digitalisierung und die neuen technischen Möglichkeiten sich Vermengungen dieser früheren Säulen ergeben, dann muss man gucken, ob die herkömmlichen Überprüfungs- oder Überwachungsinstitutionen noch in diese neuen Geschäftsmodelle reinpassen. Das ist für mich eine - - Die haben davon gelebt offensichtlich, so wie ich es jetzt wahrnehme, dass sie einen Bankteil hatten, und dann hatten sie ansonsten ein Technologieunternehmen. Und die Interaktion der verschiedenen Aufsichtsbehörden war nicht ausreichend dafür.

Zweitens - aber das ist jetzt nur, was ich so mir überlege - ist natürlich auch die Frage, ob so was wie DPR oder APAS, was ja über Jahrzehnte gewachsen ist und, sagen wir mal, zum Teil ja nicht beliebene Institutionen sind, sondern - wie nennt man das? - Selbstkontrollorganisationen auch der Wirtschaft* - - dass die modernisiert werden müssen und auch mit der Zeit mitwachsen müssen. Und heute hat man es mit ganz anderen technischen Möglichkeiten zu tun, als man das vor 20 Jahren hatte, und das hat miteinander nichts mehr zu tun. Da müssen die Leute qualifiziert sein usw. Da könnte ich jetzt lange Geschichten erzählen über die Frage, ob unsere ganze deutsche Wirtschaft schon überhaupt vorbereitet ist auf die Frage: Welche Bedeutung haben Daten? Wie geht man den Daten um? Was mache ich als einzelner Unternehmer, der etwas herstellt, mit meinen Daten? Wie kann ich die vermarkten und nicht sozusagen dann in irgendwelche Geschäftsmodelle hineinlaufen, die von anderen viel effizienter genutzt werden? Aber das sprengt jetzt, glaube ich, hier den Rahmen. Aber es ist immer wieder so: Ich meine, wir leben in einer absoluten technologischen Revolution und die herkömmlichen Strukturen müssen für diese Revolution fit gemacht werden. Und das Ganze ist für mich nur möglich gewesen, weil das noch nicht ausreichend der Fall war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, nach dieser etwas globaleren Frage von mir ...

Zeugin Dr. Angela Merkel: ... haben Sie ja auch so eine globale Antwort gekriegt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, das hängt ja zusammen. Meistens kriegen wir in diesem Untersuchungsausschuss ja auch Antworten, die zu unseren Fragen passen. Und das war ja hier auch der Fall.

Der Gesprächswunsch, der an Sie herangetragen wurde, der würde mich noch mal interessieren. Der wurde ja abgelehnt durch das Bundeskanzleramt. Und dann wurde alternativ ein Gespräch mit Herrn Professor Röller angeboten, und der wurde dann wiederum seitens Wirecard abgelehnt. Ist das so ein übliches Vorgehen? Oder ist das eher ungewöhnlich, dass, wenn man sagt:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Wir haben hier den Professor Rölller, der ist der Zuständige“, das dann nicht gewünscht ist vom Unternehmen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, es ist so, dass ich es schon sehr gerne habe, wenn Unternehmer erst einmal mit Herrn Professor Rölller sprechen, bevor sie mit mir sprechen, weil Herr Rölller natürlich für mich dann auch noch mal rausfinden kann, ob die Anliegen und ob die Art und Weise usw. gewichtig genug sind, damit ich mich damit auch persönlich befasse. Und man kann damit manchmal auch auseinanderfiltern, ob es Gesprächspartnern wirklich um die Sache geht oder ob es auch um Prestige geht. Also, beim Wirtschaftsberater der Bundeskanzlerin gewesen zu sein, wenn man ein sachliches Anliegen hat - - kann man davon ausgehen, dass der mich dann auch informiert. Wenn man aber nur sagen will: „Ich war auch bei der Kanzlerin“, dann braucht man kein Gespräch mit Herrn Professor Rölller. Insofern ist das manchmal ganz interessant, wie Personen auf ein solches Angebot reagieren. Und deshalb gibt es sehr, sehr häufig eine Vorschaltung eines Gesprächsangebots an Herrn Rölller.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das deckt sich mit dem, was wir da von anderen Zeugen auch gehört haben, was eher die Motivation von Wirecard gewesen sein könnte, da das Gespräch zu suchen. Diesen Austausch, den Sie pflegen, nachvollziehbarerweise ja auch mit, ich sage mal, anderen CEOs von DAX-Unternehmen, wo ja auch deutsche Interessen und deutsche Arbeitsplätze dahinterstecken: Wieso gab es eigentlich nie mit Wirecard so einen Austausch? Also, es ist ja eher ungewöhnlich, ich finde es eher ungewöhnlich, dass es keinen Austausch gab, weil ist ein DAX-Konzern, auch wenn sie frisch im DAX waren. Wieso gab es den nicht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also wenn jemand frisch in den DAX kommt, dann rufe ich nicht gleich: Wollen Sie mich nicht mal besuchen kommen?

(Heiterkeit)

Ich habe vermutlich noch nicht mit jedem DAX-Chef gesprochen. Das ergibt sich manchmal aus Formaten - -

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, die rufen jetzt alle an nach diesem Termin.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wie bitte?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Die rufen jetzt alle an, wenn sie das jetzt hören.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nee. - Sie müssen ja erst ein Gespräch bei Herrn Rölller absolvieren.

(Heiterkeit)

Matthias Hauer (CDU/CSU): Okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, das ergibt sich aus sachlichen Gründen. Es kann sein, dass man sehr lange mit jemandem nicht spricht und dann hat man plötzlich Beziehungen, befasst man sich bei G20 mit der pharmazeutischen Industrie in Deutschland, dann spricht man mit dem Chef. Also, entweder geht der Gesprächswunsch von demjenigen selber aus, der mir etwas mitteilen will, oder ich interessiere mich für etwas. Aber das ist jetzt nicht ausgerichtet danach, dass DAX-Unternehmen immer drankommen und Mittelständler nie oder so, sondern das ergibt sich aus den Sachzusammenhängen.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Vielen Dank. - Dann übergebe ich das Wort an den Kollegen Güntzler zunächst.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Frau Bundeskanzlerin, hier war ja immer wieder Thema Ihr persönliches Gespräch mit dem ehemaligen Minister Karl-Theodor zu Guttenberg. Ich habe Sie ja richtig verstanden, dass das völlig normal ist, dass Sie mit ehemaligen Kabinettskollegen in diese Gespräche kommen? Das ist auch unabhängig vom Parteibuch?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Ja, ist nur wichtig. Weil ein Eindruck hier erweckt wurde bei vielen Befragungen - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, selbstverständlich.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe auch schon mit Herrn Gabriel gesprochen oder mit - -

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Über die Deutsche Bank?)

- Wie bitte?

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Über die Deutsche Bank?)

- Nee, nicht, Herr Toncar.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das sind ja persönliche Gespräche.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe auch schon mit Herrn Niebel gesprochen.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Das wird ja immer interessanter.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genau.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Aber es sind ja alles persönliche Gespräche, wie wir zur Kenntnis gebracht - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wann immer etwas zu verakten ist, wird es veraktet.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Auch das haben wir verstanden. - Frau Bundeskanzlerin, Sie haben am Anfang in Ihrem Statement gesagt - und wir haben über Aufsichtsbehörden ja hier schon gesprochen -: Es gab Versäumnisse bei EY, bei der BaFin und bei der DPR. Können Sie die konkretisieren aus Ihrer Sicht, was die tatsächlichen Versäumnisse sind? Sie haben ja mit Herrn Hauer gerade so, ich sage mal, auf der abstrakten Ebene - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nee. - Also, dazu bin ich nicht im Detail genug firm.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. - Dann hätte ich für mich noch eine Frage. Wir diskutieren hier im Untersuchungsausschuss auch darüber, was das für den Finanzmarkt Deutschland eigentlich bedeutet, dass es so was gibt. Also, im Premiumsegment DAX 30: Für uns alle, glaube ich, unvorstellbar, dass da in diesem Segment so was passiert. Sie sind ja international viel unterwegs. Werden Sie darauf angesprochen? Wie ist die Sicht von außen auf diese Situation „Wirecard in Deutschland“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, meine Reisetätigkeit ist arg geschrumpft, seitdem wir mit Wirecard zu tun haben. Insofern haben sich nicht - - Also, ich bin nicht angesprochen worden darauf.

Fritz Güntzler (CDU/CSU): Okay. Herzlichen Dank. - Herr Michelbach.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, Frau Bundeskanzlerin, das Fragekarussell dreht sich ja hier sehr stark um das Thema Lobbyismus; da ist ein wesentliches Thema in der Sache Wirecard. Aber ich möchte natürlich auch sehen, dass zwischen der Notwendigkeit von staatlichen Leitplanken im Wirtschaftssystem wir auch eine verstärkte Chancenwahrnehmung für die Zukunft in der Wirtschaft optieren. Und da, in diesem Spannungsverhältnis und in dieser Gemengelage, ist man natürlich auch, denke ich mal, als Bundeskanzlerin sehr gefragt, was die Zukunft des Wirtschaftsstandortes bedeutet.

Meine Motivation war ja immer, die Akzeptanzkrise unserer freien sozialen Marktwirtschaft nicht einreden zu lassen oder nicht zu verstärken. Und nach dem Untersuchungsausschuss weiß ich, dass eben Fehlentwicklungen in der Wirtschaft und auch falscher Lobbyismus das ganze Wirtschaftssystem konterkarieren können. Wie beurteilen Sie letzten Endes die Dinge, die wir jetzt am Wirtschaftsstandort Deutschland als Lehre aus diesem Fall und für die Zukunft sehen sollten?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, ich finde schon, dass wir ein Interesse daran haben sollten, einen starken Finanzplatz zu repräsentieren. Da haben wir sicherlich noch Luft nach oben. Und dennoch muss es unser Anspruch sein - da gibt es ja gar keine Abstriche zu machen -, dass das nach Recht und Gesetz und nicht über dubiose Wege erfolgen kann. Und da ist das Thema Wirecard natürlich ein großer Rückschlag für die Reputation. Das muss man schon sagen. Und insofern müssen wir uns anstrengen, dass wir unsere Reputation wiederherstellen.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, das sehe ich auch so.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und wir haben ja nun durch unsere Bankenstruktur und unser Drei-Säulen-Modell sowieso immer eine Menge Sonderwünsche, auch im europäischen Bereich. Und dann ist es gut, man macht sonst seine Hausaufgaben auch gut.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Jetzt hat man auf der einen Seite natürlich die Leute, die als Unternehmer, als Aktiengesellschaften, als Unternehmen im Wirtschaftskreislauf tätig sind. Wir haben aber auch in unserer freien Wirtschaft eben sehr viele Privatleute, die ihr Vermögen, das sie selbst erarbeitet haben, die ihre Altersvorsorge in Anlagen machen, so wie das eben hier stattgefunden hat. Wir haben 12,5 Milliarden Euro Verlust alleine bei institutionellen Anlegern, darüber hinaus bei den Kleinanlegern eine Zahl, die noch nicht ganz feststeht, aber über 20 Milliarden in jedem Fall. Wie schätzen Sie das ein? Dieser Vertrauensverlust wird ja unsere Aktienkultur, unsere Glaubwürdigkeit natürlich nicht gerade befördern. Oder wie sehen Sie das?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, teile ich Ihre Meinung.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. Wir haben - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber deshalb sind wir ja auch den Menschen, die da was verloren ha-

ben, verpflichtet, jetzt das Kontrollsystem aufzubauen. Denn eines wissen wir auch: dass die Aktienakzeptanz in Deutschland ja sowieso nicht so gut ausgeprägt ist und dass das sozusagen beim Zuwachs an Vermögenswerten ja für die deutsche Bevölkerung auch nicht immer gut ist, also, wenn man sich anguckt, wie in anderen Ländern die Kultur gewachsen ist, wir eher das Problem haben, dass wir sehen, dass in anderen Ländern Anlageformen genutzt werden, die sehr viel mehr dann auch erbringen als das Deponieren des eigenen Vermögens bei der Sparkasse oder so. Das heißt also: Es ist sehr schade, wenn solche Vorfälle prägend sind für das Gesamtverständnis im Kapitalmarkt.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja. - Ich denke, das war eine wichtige Botschaft, die Sie da ausgesandt haben.

Jetzt sind natürlich die Kritiken im Moment überwiegend, insbesondere auch wenn die Leute eben hören - und das wurde ja auch in dieser Woche sehr stark öffentlich verlautbart -, dass es allein bei Wirecard Honorare für Lobbyismus von 2016 bis zur Insolvenz 2020 von sage und schreibe 62,4 Millionen Euro gab - ein totales Missverhältnis zur Größe des Unternehmens. Wie können wir versuchen, in einer freien Wirtschaftsordnung hier Maß und Ziel zu unternehmen? Funktioniert die Selbstbeschränkung der Wirtschaft, die ich ja immer vertreten habe, in einem freien Wirtschaftssystem? Funktioniert das, oder müssen wir da andere Maßnahmen regeln?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, an einigen Stellen funktioniert es nicht. Und die Frage ist immer, wie weit man das alles durch Regulatorik jetzt einschränken soll. Aber da, wo es eben abgeleitet in die Kriminalität, da muss man schon sehr vorsichtig sein.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut. - Ich denke, Frau Bundeskanzlerin, wir sollten alles dafür tun - Sie an Ihrer Stelle -, dass die eigentlich falsche Geschichte, das falsche Narrativ von Wirecard, dass wir Technologieunternehmen benötigen - die haben das wie eine Monstranz vor sich hergetragen, waren aber gar kein Technologieunternehmen, sondern ein



Nur zur dienstlichen Verwendung

Finanzdienstleister, der seine Erträge im Wesentlichen mit Porno und Glücksspielgeschäften gemacht hat - - ist natürlich dahin gehend für die deutsche Wirtschaft auch ein schwerer Schaden entstanden. Also, ich denke: Was ist die Zukunft? Werden diese Technologieunternehmen, die Digitalisierungsentwicklungen nicht dringend benötigt? Und hat es damit einen Rückschlag bei uns eher gegeben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, nicht per se. Es gibt ja genügend Möglichkeiten, sich im technologischen Bereich zu betätigen, ohne solche dubiosen Strukturen zu haben.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Michelbach. - Ja, ich mache mir das jetzt nicht ganz so einfach wie die Kollegen der Union - was ich verstehen kann. Denn ich hatte eben schon angesetzt: Sie sind seit 2005 Bundeskanzlerin unseres Landes: Seit 2005 beispielsweise - - Exakt in dem Jahr im Übrigen ist dieses zweistufige Verfahren, über das Sie ja auch kurz berichtet haben, über das wir zu diskutieren haben, hier entsprechend sozusagen gültig, ist scharf geschaltet. Und insoweit: Wer die Richtlinienkompetenz festlegt - das ist meine Überzeugung -, der trägt halt - und das ist die Frage, wie viel - auch ein Stück weit natürlich Verantwortung: Inwieweit sind wir technologisch in den letzten 15 Jahren vorangekommen, und inwieweit ist ein Gesetz, was just zusammenfällt mit Ihrer Kanzlerschaft, dann noch eben scharf genug und effizient genug, den Kapitalmarkterfordernissen von heute zu folgen?

Deswegen frage ich Sie, Frau Dr. Merkel: Wir hatten am vergangenen Montag Frau Dr. Lausch aus der BaFin hier, die dort das Referat „Bilanzkontrolle“ leitet und für die Zusammenarbeit mit der DPR auch Verantwortung zeichnet. Frau Dr. Lausch berichtete uns sinngemäß, dass man in ihrem Referat sehr wohl darüber wusste und auch darunter litt - so hat sie das formuliert -, dass das zweistufige Verfahren Fälle von Bilanzbetrug gar nicht wirklich erkennen könne; man habe es auch mehrfach versucht, dem BMF dies

auch mitzuteilen. Der Finanzminister räumte das gestern auch ein wenig ein. Das ist aber auch in den weiteren Vernehmungen hier klar geworden, dass dem BMF das schon auf einer gewissen Dienstebene bekannt wurde.

Nun habe ich gelernt: Es dürfen immer nur gewisse Dienstebenen - das habe ich auch gestern Herrn Scholz gesagt - miteinander kommunizieren. Deswegen: Da widerspreche ich Ihnen, dass es eben nur Technologie wäre. Es wäre vielleicht auch ein Schritt in die richtige Richtung, dass man eine asymmetrische - in welcher Form auch immer - Kommunikation zulässt.

Jetzt ist also noch mal meine Frage: Ist das bis zu Ihnen vorgedrungen, dass das BMF Hinweise hatte seitens der BaFin, die aber irgendwie ignoriert hat? Und es wurde auch wörtlich gesagt und auch in dem Schriftwechsel mit Staatssekretär Kukies ist klar geworden, dass das BMJV irgendwie unbedingt - und das scheint sich jetzt ja in den FISG-Beratungen - - Ich werfe da jetzt so einen kleinen Brandsatz wieder in die Koa - - jetzt auf einmal das BMJV wieder auf das zweistufige Verfahren in irgendeiner Form und Ausprägung besteht. Ist Ihnen das bekannt gewesen? Haben Sie da mal vertieft auch selbst nachgebohrt und nachgefragt als Kanzlerin eine der größten Wirtschaftsnationen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein. - Dann würde ich gerne noch wissen: Olaf Scholz sagte in diesem Zusammenhang im vergangenen Sommer im Finanzausschuss aus - ich zitiere -:

Aber es ist so ... bei der Bundesregierung, auch derjenigen, die zum Beispiel noch schwarzgelb war, sehr sorgfältig immer wieder gegenüber Brüssel gesagt wurde: Das zweistufige Verfahren ist super.

MAT A-BT-Präs-1.01, Blatt 245. Hat der Minister Ihnen gegenüber einmal seinen Unmut zumindest geäußert, dass er von seinen Vorgängern im Amt offenbar nie über Schwachstellen des zweistufigen Verfahrens hingewiesen worden ist?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Hat er nicht, aber musste er auch wirklich nicht. Das halte ich nicht für ein Versäumnis.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das weiß ich eben wieder nicht.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, gut, ich sage ja - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich weiß auch nicht, warum die Kollegen der Union da lachen. Denn letztlich noch mal: Sie sind die Kanzlerin, Sie legen die Richtlinien fest.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Da haben Sie recht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wenn Sie jetzt der Meinung wären: „Wir müssen uns der Technologie öffnen“, dann könnte ich vielleicht sogar sagen: Ein jüngerer Finanzminister oder ein jüngerer Wirtschaftsminister, der hätte Zugang zu diesen Technologien, der kann das umsetzen. Dann wäre es an Ihnen, ein Ressort umzubesetzen. Aber ein Ressort kann man natürlich nur umbesetzen, wenn Sie über die Vorgänge dort informiert sind. Deswegen ist das für mich durchaus schon so: Sie sind Kanzlerin, Sie schweben in einer gewissen Weise wie ein Komponist drüber; aber Sie haben natürlich dann auch für Misstöne irgendwo eine Verantwortung. Deswegen frage ich: Haben Sie mit Herrn Schäuble vielleicht mal über die Problematik gesprochen? Denn der war ja bis 2018, zumindest bis 2017 Finanzminister und hat ja auch eine ganze Weile dieses zweistufige Verfahren begleitet.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe auch mit Herrn Schäuble über dieses Thema nicht gesprochen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Auch nicht gesprochen, und mit Herrn Schäuble eben auch nicht. Gut. - Dann würde ich gerne noch mal an der Stelle wissen: Im Verlauf des 19. Juni - Sie haben es ausgeführt - irgendwann musste man eingestehen, dass die 1,9 Milliarden irgendwie verlorengegangen seien. Und dann gab es Diskussionen innerhalb des BMF, und die gehen noch mal auf

das zurück. Da würde ich gern Ihren Standpunkt zu hören. Da wurde nämlich diskutiert im BMF. Am späten Abend wollte nämlich Herr Staatssekretär Kukies dann von einem Unterabteilungsleiter wissen - in diesem Zusammenhang fragte er wörtlich; ich zitiere -:

Warum können wir nicht auf den einfachen Fakt hinweisen, dass BaFin am 5.6.

- hier hat er sich geirrt, es war in Wirklichkeit der 02.06.2020 -

Strafanzeige gegen alle Vorstandsmitglieder wegen Verdachts der Marktmanipulation gestellt hat?

Auch das ist auf MAT A BMF-25.28, Blatt 88 zu finden. Seine Abteilungsleiterin Dr. Wimmer pflichtete dem Staatssekretär bei:

Das sehe ich auch so ...

Die BaFin hat gehandelt: Sie hat Strafanzeige gegen die Vorstände gestellt, wg Marktmanipulation und Bilanzfälschung.

Und jetzt ist die Frage zu Ihrer Kommunikation innerhalb der Regierung: Wie ist es dann möglich - nochmals: wir sprechen vom 19. Juni entsprechend und auch den Vorgängen, dass am 05.06. bzw. 02.06. schon Strafanzeige gestellt wurde gegen alle Vorstandsmitglieder, auch Herrn Braun -, dass Wirecard-Chef Markus Braun dann noch an einer offiziellen Videokonferenz der Bundesregierung zur Vorstellung der Corona-Warn-App am 10.06. teilnehmen konnte? Warum wollten Sie ihn noch dabei haben? Glaubten Sie zu diesem Zeitpunkt noch an die Substanz des Unternehmens? Oder ist wieder mal unzureichend innerhalb der Regierung kommuniziert worden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe Ihnen ja gesagt, dass meine Information vom 30.06. stammt, die Bewertung. Und damals* wurden alle DAX-Unternehmen eingeladen. Insofern war Wirecard auch mit dabei.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das heißt also, Sie haben bis zum 30.06. weder vom BMF innerhalb Ihrer Regierung erfahren - das ist interessant -, auch nicht von irgendjemand anders, dass eine Strafanzeige - und das BMF wusste das - der BaFin gegen die Wirecard-Vorstände vorlag? Sie sind da nicht informiert worden innerhalb der Regierung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich weiß nicht, wann das öffentlich wurde. Jedenfalls bevor es öffentlich wurde, wurde ich nicht - - habe ich keine Informationen gehabt; sondern das, was ich Ihnen am 30.06. genannt habe.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das meine ich nämlich. Es hängt nicht nur von der Technologie ab. Vielleicht hat man auch ein bisschen mit gewissen Dingen - Datenschutz - die Menschen so verärgert, dass weder Sie vor der Reise nach China wussten, dass die DPR entsprechend Sonderermittlungen eingeleitet hat, noch Sie erst am 30.06. nicht wussten, dass am 02.06., also fast einen Monat zuvor, die BaFin Strafanzeige gegen sämtliche Vorstände eines DAX-Konzerns gestellt hat. Das würde für mich im Umkehrschluss heißen: Wäre am 28.06. eine Reise nach China gewesen, dann hätten Sie unter Umständen, weil Sie diesen Fakt nicht wussten, auch wiederum die Wirecard weiterempfohlen. Und das finde ich - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dieser Umkehrschluss ist zu kühn, als dass ich ihm zustimmen könnte.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich finde den gar nicht kühn. Weil Sie haben ja eben klar gesagt: Über mehr als einen Monat weiß unsere Regierungschefin nicht darüber Bescheid, und das BMF sitzt auf dieser Information. Und Sie werden darüber nicht in Kenntnis gesetzt, mit all den Vorgängen, die zuvor waren: Sie waren in China, haben für dieses Unternehmen - das finde ich auch positiv - - forciert, dass dort ein Markteintritt vollzogen werden kann. Und das BMF hält es nicht für nötig, die Kanzlerin hier zu informieren zu einem wesentlichen Punkt. Und deshalb sitzt Herr Braun noch in einer Video-

konferenz zu einer Warn-App der Bundesregierung; finde ich, ist eine glatte Sechse. - Okay. Dann, bitte schön, Dr. Zimmermann.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich habe ja gesagt: Wir haben uns schon mal über NSA und Geheimdienste unterhalten. Das will ich heute gerne fortsetzen. Weil ich möchte mich mit Ihnen unterhalten noch mal über Herrn Fritsche, Herrn Schindler und Herrn Schmidbauer. Herr Fritsche war Geheimdienstkoordinator der Bundesregierung, beamteter Staatssekretär. Und es ist eben schon mal die Kollusion angesprochen worden der Übernahme von Heckler & Koch durch einen französisch-luxemburgischen Investor. Das spielt insofern in diesem Ausschuss eine Rolle, weil der Herr Walewski, der Investor, auch ein Großaktionär von Wirecard war und weil er sich bei dieser Übernahme der Dienste des ehemaligen Finanzvorstandes der Wirecard bedient hat und eben derer von Herrn Fritsche. Und jetzt ist ja Heckler & Koch nicht irgendein Unternehmen, sondern durchaus im Rüstungsbereich ein schillerndes Unternehmen. Ist Ihnen über diese Tätigkeit von Herrn Fritsche in diesem Zusammenhang - - haben Sie davon Kenntnis erlangt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ist Herr Fritsche als ehemaliger beamteter Staatssekretär von den Anzeigepflichtigen für Regierungsmitglieder erfasst für Tätigkeiten nach seinem Job?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und er hat es aber trotzdem nicht - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: - ist ja auch überprüft worden.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das ist im Nachhinein dann überprüft worden. Genau. - Aber Sie haben es nicht gewusst und er hatte es ja auch nicht angezeigt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Waren Sie an der Entscheidung beteiligt, dann Herrn Fritsche die Tätigkeit als Aufsichtsrat bei Heckler & Koch zu verwehren?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die Entscheidung ist anderweitig getroffen worden.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Könnten Sie mir sagen, wo und wie diese Entscheidung getroffen wird?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Da gibt es - - Genau kann ich es Ihnen nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Ist kein Problem. Alles gut.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ehrlich gesagt, ich habe dann irgendwann mal davon gehört, dass man ihm das verwehrt hat. Aber ich kann jetzt nicht genau - - Das ist, glaube ich, ein anderes Gremium als das Gremium, das für Politiker das entscheidet, nicht?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vermutlich.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich weiß es nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich glaube, wenn jetzt ein ehemaliger Bundesminister - - Da werden Sie, glaube ich, im Kabinett irgendwie in so einem Ausschuss befasst wahrscheinlich.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genau. - Da haben wir ja dieses Ehrengremium - oder wie das heißt - bei der Justizministerin, und dort wird das bewerkstelligt. Aber ich weiß jetzt, ehrlich gesagt, nicht ganz genau, welches die Stelle bei der Bundesregierung für Beamte ist.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Weil es ist natürlich schon auffällig, sage ich mal. Herr Fritsche - - Geheimdienstkoordinator der Bundesregierung; ist wirklich, glaube ich, ein sehr, sehr verantwortungsvoller und wichtiger Job. Umso mehr ist es natürlich schon überraschend, dass so jemand so kurze Zeit nach seinem Ausscheiden dann sage ich mal, im Bereich der Rüstungsindustrie auch als Berater tätig wird. Und es geht auch durchaus aus den Unterlagen hervor, dass

man sich auch mit Herrn Fritsche gemeinsam darüber unterhalten hat, wie man gegebenenfalls Bedenken des Bundeswirtschaftsministeriums bei der Übernahme durch irgendwelche Konstruktionen vertuschen kann, würde ich mal sagen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Davon habe ich keine Kenntnis.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Aber Herr Fritsche ist nicht der einzige ehemalige Geheimdienstkoordinator, der im Wirecard-Kontext aufgetaucht ist; auch Herr Schmidbauer. Ich glaube, Herr Schmidbauer ist ja deutlich vor Ihrer Amtszeit gewesen? Es wehte auch ein kleiner Hauch von Kaltem Krieg irgendwie durch den Ausschuss, weil er ist ja schon über 80 und hat durchaus auch einiges aus der Vergangenheit berichtet. Aber er hat Informationen, auch über Abgeordnete des Ausschusses, an Wirecard-Mitglieder verschickt. Gibt es irgendwelche Regelungen, wie mit ehemaligen Geheimnisträgern, auch weit nach ihrer Tätigkeit, zu verfahren ist? Weil wir hatten den Eindruck, Herr Schmidbauer ist im Bundeskanzleramt überhaupt nicht mehr auf dem Radar als - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, mir ist auch im Zusammenhang mit Herrn Schmidbauer nichts zur Kenntnis gekommen. Ich meine, er war Geheimdienstkoordinator in der Zeit von Helmut Kohl als Bundeskanzler: Das endete also 98; das ist jetzt 22 Jahre her. Da haben wir, glaube ich, gar keinen Zugang mehr.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, und dennoch hat er ganz offensichtlich natürlich immer noch das eine oder andere Staatsgeheimnis. Aber trotzdem: Auch er ist im Kontext Wirecard aufgetaucht. Und ich muss noch mal auf diese Nebentätigkeit von hohen Regierungsbeamten, die mit Geheimdiensten zu tun - - Wissen Sie, was Herr Schindler heute so beruflich macht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Herr Schindler, der war ja mal der BND-Chef, der ist bekannt geworden mit dem Ausspruch: „No risk, no fun“. Das



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist dann auch nicht lange gut gegangen für ihn beruflich. Aber Herr Schindler ist auf das Bundesministerium der Finanzen im Kontext Wirecard - also ist alles mit Wirecard-Bezug hier - zugekommen und hat für eine private Intelligence-Agentur angeboten, dass man bei der Aufklärung des Wirecard-Komplexes helfen könne, indem man irgendwie IT-Forensik machen würde. Wir haben ja mit Herrn Wieland einen Sonderbericht-erstatte eingesetzt, der da beim BND auch viele Gespräche geführt hat. Der hat uns berichtet, dass man im Kanzleramt sehr überrascht war, davon zu hören, dass Herr Schindler quasi aktiv für dieses Intelligence-Unternehmen arbeitet und auch sozusagen lobbyiert. Ist Ihnen aber nicht - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ist mir nicht zur Kenntnis gekommen. Aber vielleicht war man ja auch im Finanzministerium überrascht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, die waren sehr überrascht. Deswegen haben sie beim Kanzleramt nachgefragt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genau.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und da war man auch überrascht. Der Unterschied ist nur, dass natürlich das Finanzministerium nicht dafür zuständig ist, zu schauen, was ehemalige BND-Chefs jetzt so machen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ist richtig. - Ich wollte jetzt gar nicht auf das Finanzministerium - - Ich weiß ja: Wir bezichtigen uns nicht gegenseitig.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nein, nein, nein. - Aber es überrascht schon sehr, dass man im Kanzleramt überrascht ist. Weil da wurde auch gesagt: Bis dahin war nur bekannt, dass Herr Schindler seine Lobbytätigkeit für die Firma friedrich30 wohl beim damaligen Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche angemeldet hatte. Ziel dieser Firma war es allerdings, mittelständische Unternehmen vor Cyberangriffen zu schützen, nicht selbst welche durch Hacking vorzunehmen. Ja, gut.

Warum überrascht uns das, dass das im Kanzleramt niemand gewusst haben kann? Dieses Unternehmen, das heißt „Monarch“, hat als Testimonial auf seiner Homepage Ihren Kanzleramtschef. Also, Helge Braun grüßt freundlich von der Homepage von Herrn Schindler. Vielleicht sagen Sie es Herrn Braun nachher mal, dass er mal mit Herrn Schindler telefonieren soll, ob er gefragt hat, ob er das machen darf.

Aber so tauchen immer wieder unsere ehemaligen Geheimdienstchefs und -koordinatoren alle irgendwie bei Wirecard wieder auf. Und gleichzeitig haben wir den BND gefragt: Was wusste unser Dienst eigentlich über Wirecard? Was wusste er über die ganzen Kontakte von Herrn Marsalek nach Russland? Vor 14 Tagen hat sich das russische Außenministerium genötigt gefühlt, per Pressestatement diesem Ausschuss mitzuteilen, wir sollen doch nicht länger behaupten, Herr Marsalek könnte sich in Russland befinden. - Haben Sie sich da mal darüber informieren lassen, warum der BND nichts in diesem Bereich auf dem Schirm hat und hatte?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, ich glaube, dass es zu den Zeiten, über die wir sprechen, also 18, 19, für den BND keinen Anlass gab, sich mit Wirecard zu beschäftigen. Mit dem Wissen von heute sieht man das natürlich anders. Und es wird jetzt ja auch geguckt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das sehe ich auch so. - Mit Wirecard hätte sich der BND höchstwahrscheinlich nur am Rande befassen müssen. Aber der Generalbundesanwalt hatte sich zumindest veranlasst gesehen, gegen den ehemaligen Vorstand Herrn Marsalek ein Ermittlungsverfahren zu beginnen wegen ausländischer Agententätigkeit oder so. Und zumindest diese Person - - Herr Schmidbauer hat uns erzählt, dass man sich offenbar in Rentnerkreisen unter Geheimdienstlern, würde ich jetzt mal sagen - -

(Das Handy der Zeugin klingelt)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich muss mal mein Handy ausschalten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Heiterkeit)

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich finde das super, wenn beim Thema Geheimdienste die Handys anfangen zu klingeln. Das passiert bei mir aber auch. - Nein, es ging ja wirklich da auch mehr um Herrn Marsalek. Was mich sehr wunderte, ist: Es gibt Berichte, dass er in Libyen aktiv war; es wird unterstellt, dass er möglicherweise in der Bezahlung für russische Söldner in Libyen aktiv war usw. usw. Und, ich sage mal, das ist auch der Punkt, weshalb, glaube ich, manche hier im Ausschuss sich gedacht haben: Das wären Anhaltspunkte, wo man eventuell zumindest diese Person, wenn wir schon Geheimdienste betreiben, vielleicht mal hätte auf dem Schirm haben müssen. Und Herr Schmidbauer sagte, also, er wusste spätestens seit 2018 in diesen ehemaligen Geheimdienstkreisen, dass Herr Marsalek da jemand ist. Weil der ist auch offenbar in London in einer Bar rumgelaufen und hat hier mit so Akten gewedelt und hat gesagt: Ich habe hier die Formel für diesen Nowitschok-Kampfstoff. - Und das ist ja eine sehr beunruhigende Geschichte. Aber auch davon hat der BND offenbar nichts mitbekommen. Ist aber auch nicht aufgearbeitet worden jetzt mal im Nachgang?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich denke, dass der BND allen Informationen nachgeht. Aber Sie sind da ja noch dran, habe ich gelesen. Ich bin Ihnen da keine Hilfe.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Schade. - Wir haben ja das Parlamentarische Kontrollgremium, das wird mit Sicherheit intensiv nachfragen. Aber es ist ja immer ein gewisses Spannungsverhältnis des Erkenntnisinteresses des Parlamentes wegen der berechtigten Verschwiegenheitsinteressen des Geheimdienstes. Aber wir fragen bestimmt noch mal nach.

Ja, bei diesem Thema „SecurePIM“ - das hat Kollege De Masi auch angesprochen -: Mir liegt mittlerweile eine Antwort auf eine Presseanfrage des BSI vor. Das BSI sagt, sie sehen da kein Problem, dass Herr Marsalek - das ist der mit den ganzen Geheimdienstkontakten - offenbar auch eben gute Kontakte zu diesem Hersteller dieser Verschlüsselungssoftware für wahrscheinlich auch Ihr

Handy hatte. Aber gut. Das haben Sie ja schon gesagt: Sie vertrauen da auf das BSI. Aber Herr Schönbohm wird sich, glaube ich, bestimmt nach dieser Sitzung dann noch mal drum kümmern.

In diesem Sinne: Herzlichen Dank. Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke schön, Dr. Zimmermann. - Und dann geht es weiter mit Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Vielen Dank. - Ich kann zum Thema der Aussage von Herrn Schmidbauer nur wiedergeben, dass er in der Tat gesagt hat: Jeder Nachrichtendienst, der was auf sich hält - das hat er auch hier in der öffentlichen Beweisaufnahme gesagt -, musste diesen Mann auf dem Schirm haben. Und in der Tat hat Herr Schmidbauer über Herrn Marsalek und seine Aktivitäten aus einem Gespräch, das er mit ihm 2018 geführt hat, mehr Details berichtet als die gesammelten Erkenntnisse aller deutschen Nachrichtendienste, die zumindest uns vorgelegt worden sind; das muss ja nicht die volle Realität abbilden. Aber jedenfalls wäre vielleicht, wenn wir über Lessons Learned reden, auch eine Anregung - das sage ich jetzt nur halb scherzhaft -, dass das Alumninetzwerk im Bereich Nachrichtendienste besser eingebunden und ab und zu auch mal beteiligt wird, weil Herr Schmidbauer wirklich einiges hierzu beitragen konnte.

Ich möchte Sie noch fragen - weil das in einer Akte aus dem Kanzleramt angedeutet wird, nach dem Gespräch von Herrn Röller, Herrn Fritsche, Herrn von Knoop und von Herrn Ley am 11.09. im Kanzleramt, dass Wirecard offenbar auch den Wunsch hatte, dass Sie im Rahmen deutsch-indischer Regierungskonsultationen Wirecard mal ansprechen -, ob das an Sie jemals irgendwie rangetragen worden ist?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein. - Und auch nicht in Bezug auf weitere Länder außer China?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Dann würde ich Sie gerne noch mal fragen: Nach den uns vorliegenden Unterlagen war es ja so, dass, bevor Herr Papageorgiou seinen Vermerk über ein mögliches Treffen und die Termingründe mit Ihnen gemacht hatte, das einen Vorlauf hatte, nämlich dass Ihre Staatsministerin Frau Bär in Aschheim war und dass es danach wohl auch zu einer Kontaktaufnahme in Ihre Richtung gekommen ist. Da legt eine E-Mail, die zwischen den Büros - Ihrem Büro und dem von Frau Bär - ausgetauscht wurde, nahe, dass es vorher einen, sagen wir mal, mündlichen Austausch zwischen Ihnen und Frau Bär gegeben haben könnte über einen möglichen Termin. Haben Sie daran Erinnerungen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe da keine richtige Erinnerung dran. Aber es wird schon so gewesen sein, dass sie es mir erzählt hat und dass ich gesagt habe: Wende dich an mein Büro. - Und es ist sehr unwahrscheinlich, dass ich schon die Zusage in den Raum gestellt habe, weil ich das grundsätzlich nicht mache.

Dr. Florian Toncar (FDP): Mhm. - Mit Blick auf die Tätigkeit von Herrn Fritsche, den ich als Beamten kenne und auch persönlich immer geschätzt habe - das will ich sagen -, möchte ich aber schon die Frage stellen: Ist es sachgerecht, dass es alleine dem früheren Funktionsträger obliegt, zu entscheiden, was er anzeigen und genehmigen lassen möchte, und dass er da eine Selbsteinschätzung trifft? Bei Personen, die wie Herr Fritsche selbstverständlich aufgrund langjähriger Tätigkeit einen hohen Grad an sicherheitssensitivem Wissen über die Bundesrepublik haben und auch ein Netzwerk in andere Staaten: Ist da der praktizierte Prozess einer Selbsteinschätzung, ob eine Tätigkeit anzeigespflichtig ist aus Ihrer Sicht sachgerecht? Oder müsste man das nicht ändern?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich weiß leider jetzt nicht, ob Ihre Frage dahin gehend stimmt, dass man das wirklich völlig frei erlauben kann, ob man etwas anzeigt oder nicht. Wenn das so wäre, müsste man im Lichte dessen, was man jetzt so hat, sicherlich noch mal fragen, ob man nicht generell die Dinge anzeigen muss.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wahrscheinlich ist es nicht ins Belieben gestellt; aber die einzige Kontrollinstanz ist der Anzeigepflichtige selber.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut. Was ist die - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Er sagte, er habe keinen Anlass gesehen, das anzuzeigen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Gut. - Also, eigentlich gehen wir davon aus, dass das, was gemacht wird, angezeigt wird und dass dazu Stellung genommen wird, gerade bei solchen sensiblen Posten: also Staatssekretäre im Verteidigungsministerium, im Geheimdienstbereich usw.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wir haben uns nämlich auch gefragt, zumal der Vertrag von Herrn Fritsche Beratung im Bereich Security vorsah und nicht Herstellung von politischen Kontakten, sondern ausdrücklich die Leistung beschrieben wurde als Security-Strategie.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber ich werde mir das im Nachgang noch mal zu Gemüte führen, wie das formuliert ist. Es gibt überhaupt gar keinen Grund, dass dort nicht in einer bestimmten Zahl von Jahren nach der Tätigkeit eine relativ strenge Anzeigepflicht ist.

Dr. Florian Toncar (FDP): Eine Sache wollte ich noch mal klarstellungshalber fragen. Sie haben nach meinem Verständnis und meiner Wahrnehmung auf eine Frage des Kollegen Bayaz vorhin geantwortet, dass nach dem Gespräch mit Herrn zu Guttenberg Sie Ihrerseits noch mal Kontakt mit Herrn Röller hatten und ihm irgendwelche Instruktionen gegeben haben. War das so?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich werde ihm wahrscheinlich gesagt haben, dass Herr zu Guttenberg auf ihn zukommt.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wahrscheinlich.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber das weiß ich nicht mehr. Ob Herr zu Guttenberg so schnell geschrieben hat und Herr Röller mir es erst danach gesagt hat oder ob ich schneller telefoniert habe, das weiß ich nicht mehr.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar.

Zeugin Dr. Angela Merkel: War ja ein sehr kurzer Zeitabstand dazwischen. Das Gespräch war ja an dem Tag. Und jetzt kann ich das nicht mehr sagen. Mein grundsätzliches Verhalten ist so: Jemand spricht mich auf etwas an, ich sage: „Wenden Sie sich an Herrn Rölller“ und bemühe mich, schnellstmöglich zu sagen: „Und wundern Sie sich nicht, wenn der und der sich bei Ihnen meldet. Das habe ich dem empfohlen“; damit wir da einen lückenlosen - - Denn es gibt ja viele Leute, die sagen: „Die Bundeskanzlerin hat gesagt, ich soll mich mal an Sie wenden“, und das stimmt auch -

Dr. Florian Toncar (FDP): ... meistens nicht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - nur in einem geringen Prozentsatz der Fälle.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, das ist immer die eigenwillige Interpretation mancher. - Da will ich aber gern noch mal daran anschließend fragen: Gab es denn im direkten Vorlauf auf die China-Reise, zum Beispiel im Flugzeug oder kurz vor Abfahrt zum Flughafen, noch mal ein Briefing, wo Herr Rölller Sie speziell auf die Wirtschaftsgespräche dort vorbereitet hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich habe jetzt keine Einzelerinnerung. Aber normalerweise geht man im Flugzeug zum Beispiel - das ist ja ein relativ langer Prozess - schon noch mal durch die Vorbereitungsunterlagen durch in allen Aspekten. Und dann kommen auch die Wirtschaftsangelegenheiten dort zur Sprache. Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber die Person, die das mit Ihnen machen würde, wäre gewöhnlicherweise Herr Rölller?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Herr Rölller, ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber haben Sie Erinnerungen an den konkreten - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Oder der begleitende Staatssekretär.

Dr. Florian Toncar (FDP): Herr Rölller war dabei, aktive - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Oder der begleitende Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium, wenn ich mit einer Wirtschaftsdelegation fliege. Wirecard war ja gar nicht Teil der Wirtschaftsdelegation. Man muss ja jetzt noch mal Wirtschaftsangelegenheiten unterscheiden von Leuten, die in der Delegation sind oder an der Unterzeichnungszeremonie teilnehmen, oder solchen, die einem sonst was aufgegeben haben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber haben Sie Erinnerungen jetzt an die spezifische Vorbereitung auf die Wirtschaftsgespräche auf dieser Reise, oder ist das nur der allgemeine Ablauf?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist der allgemeine Ablauf. Ich habe auf* dieser* Reise keine spezifischen Erinnerungen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar. - Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann geht es weiter mit Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Frau Bundeskanzlerin, das Bundeskriminalamt hat ein Strukturermittlungsverfahren geführt wegen mutmaßlicher Zusammenarbeit mit russischen Diensten gegen Egisto O., einen der Fluchthelfer von Jan Marsalek, der sich auch mit Herrn Schmidbauer über mich ausgetauscht hat. Herr Schmidbauer folgt mir auch auf Twitter, wie ich im Zuge dieses Untersuchungsausschusses gelernt habe - und dem FC Bayern München, glaube ich, auch.

Ich wollte gerne wissen: Sind Sie über diesen Vorgang, über das Strukturermittlungsverfahren irgendwie gestolpert einmal?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich bin damit gar nicht in Berührung gekommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Weil ich frage mich auch: Wenn da jemand quasi auf dem Radar ist und dann hier in Deutschland rumturnt und vielleicht sogar Agententätigkeit für eine fremde Macht ausübt, also für Herrn Marsalek, die russischen Dienste oder wen auch immer, dann hätten unsere Sicherheitsbehörden das doch eigentlich auf dem Schirm, vermute ich, oder?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, nach allem, was man gehört hat, hatten sie es ja nicht auf dem Schirm.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, das ist ja genau die Frage, die wir hier auch versuchen zu beantworten. Haben Sie sich jemals auf politischer Ebene in Österreich ausgetauscht zu dem, was hier österreichische Ex-Beamte in Deutschland veranstalten?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein. - Also, Sie hatten mir schon mal im Plenum geantwortet: Mit Herrn Kurz nicht. - Sie haben sich mit Herrn Kurz auch nicht über seine Bekanntschaft mit Markus Braun ausgetauscht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Weil er war wohl offenbar - - Markus Braun hat gespendet für die ÖVP; auch für den Wirtschaftsrat der Union gab es Sponsoring. Das hat nie eine Rolle gespielt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Gut. Dann würde ich Sie gerne fragen: Ist Ihnen Karl-Georg Wellmann, ein CDU-Politiker aus Berlin, ein Begriff?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das war ein Bundestagskollege, nicht?

(Lisa Paus (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das war vor meiner Zeit. Ich kenne ihn nicht mehr.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Er war Teil der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Der hat offenbar auch geschäftliche Beziehungen zu Herrn Firtasch, einem ukrainischen Oligarchen, dem auch eine gewisse Nähe mit Putin nachgesagt wird und auf dem Radar des FBI ist, und hat wohl eine Firma Connev (?), wo auch noch ein weiterer CDU-Schatzmeister tätig ist. Und die haben eine Rechnung an Herrn Marsalek geschrieben, und zwar sollte es da um die Einführung einer Refugee-Card in der Ukraine gehen. Da wollte man wohl, dass Flüchtlinge sozusagen elektronisch bezahlen. Und dieses Projekt hat wohl auch mal in Bayern beim Innenministerium eine Rolle gespielt. Das ist Ihnen auch nie untergekommen, eine Refugee-Card?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nee.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Alles klar.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe im Zusammenhang mit der Ostukraine manchmal von Herrn Firtasch gehört, aber dann endet mein Wissen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Ja, das mit Firtasch, das ist auch interessant, auch wer da in welcher Immobilie wohnt in Österreich und Aufsichtsrat der Deutschen Bank - - Also, man lernt hier viel.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Den Eindruck habe ich auch.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Mein Referent hat jetzt kurzfristig noch Dinge gefunden, die ich auch sehr interessant fand. Herr Guttenberg hat Sie wahrscheinlich im Unklaren darüber gelassen, dass der Auftrag von Spitzberg Partners in China war - ich lese das mal auf Englisch vor, ich fand es so schön -: „... to engage with China's political leadership to identify the Chinese Jens Spahn“, (?) also um den chinesischen Jens Spahn



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu identifizieren, der Kontakt zu chinesischen Würdenträgern herstellt, um da in den Finanzmarkt zu kommen. Das hat er Ihnen nicht offenbart?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nee.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und das bezieht sich auf die Zeit von Jens Spahn im Finanzministerium als PStS wahrscheinlich, nicht? Damit für nicht aufmerksame Zuhörer -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja. Genau. - Nein, nein. Es war jetzt keine Anspielung auf Maskengeschäfte.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - kein Link zur Maskenproduktion geschaffen wird.

(Heiterkeit)

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, das war auch meine erste Assoziation. Aber das ist in der Tat so, wie Sie das darstellen. - Und Herr Guttenberg hat auch nicht offengelegt, dass es offenbar einen Vertragsbestandteil gab, wo ausgedungen wurde: „Kündigungsrecht für Spitzberg im Falle eines potenziellen Reputationsschadens durch die Zusammenarbeit mit Wirecard seitens Herr zu Guttenberg, und Kündigungsrecht für Wirecard für den Fall der Rückkehr von Herrn zu Guttenberg in die aktive Politik, unter Aufgabe seiner Ämter bei Spitzberg“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, das hat keine Rolle gespielt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und was mich auch überrascht hat: Es gibt eine Marina Jiang. Die taucht überall auf. Das ist eine Mitarbeiterin von Spitzberg, also von Herrn zu Guttenberg, und die war auf einmal dabei, als sich Herr Dr. Levin Holle aus dem BMF mit der Chinesischen Zentralbank treffen wollte. Die wurde gefragt von Wirecard, als Olaf Scholz hochrangige Unternehmer aus dem Finanzsektor in China treffen wollte, wen sie da empfehlen könnte. Und die ist

laut der Kommunikation von Spitzberg eine private Beraterin von Präsident Xi. - Das war Ihnen auch nicht bekannt, ne?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nee.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Weil das zeigt, dass es da vielleicht auch ein paar Interessenkonflikte gibt, auch bei der Firma von Herrn zu Guttenberg.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber wer alles privater Berater von Präsident Xi ist, das - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, ich weiß auch nicht, wer alles Ihr privater Berater ist. Das will ich auch gar nicht wissen; geht mich auch gar nichts an.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, es sind wahrscheinlich mehr, als ich kenne.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Dann würde ich gerne noch einmal nachfassen, um ein paar Sachverhalte hier abzuklären. Haben Sie Kenntnis davon, dass vielleicht bei Herrn Erich Vad noch mal nach diesem Abendessen mit Herrn Marsalek nachgehakt wurde: „Was war das denn?“ - Also, das sehen Sie auch nicht als Aufgabe des Bundeskanzleramtes?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nee.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Weshalb nicht, wenn ich fragen darf?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, wie gesagt, wir haben zu ehemaligen Beamten den Konnex, dass sie ihre Nebentätigkeiten anzeigen sollten in einem bestimmten Zeitraum, und ansonsten müssen wir uns aus unseren eigenen Quellen speisen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber, ich sage noch mal, das Bundeskriminalamt plakatiert überall das Gesicht von Herrn Marsalek und sucht den wie verflixt. Und dann trifft Ihr ehemaliger militärischer Berater den Herrn Marsalek zum Abendessen gemeinsam mit Herrn Sarkozy und



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herrn Stoiber. Und das interessiert die Bundesregierung gar nicht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wann war das Abendessen?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Puh, das müsste ich in den Unterlagen nachgucken; „kann ich nachreichen“, sagen die Zeugen manchmal. Da haben Sie mich jetzt kalt erwischt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, nein, nein. - Ich wollte ja nur zeitlich das einordnen können, wann das Abendessen war, ob Herr Marsalek da schon gesucht wurde.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein. - Er wurde damals natürlich noch nicht gesucht. Sonst hätte man ihn sehr leicht finden können, nämlich bei Herrn Stoiber sozusagen. Es ist vielleicht insofern relevant, weil man sich ja fragt: Wie kommt so etwas zustande? Also, hier gab es auch eine weitere Aussage, dass Herr Sarkozy noch Herrn Marsalek zu einem weiteren Essen eingeladen habe. Und das sind ja durchaus interessante Vorgänge, sage ich mal; weil ich bekomme keine Einladung zum Abendessen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Trotzdem würde ich Herrn Vad nicht nach so was fragen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Das Essen war April 2017, höre ich gerade. - Gut. Dann muss ich eine Runde warten. Aber wir wollen ja auch noch mal über die Essenspause entscheiden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ganz genau. - Gut. Dann ist als Nächster - ich schaue rüber - Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen an der Reihe.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Herr Marsalek und essen gehen zum Zeitpunkt, wo er hätte gesucht werden sollen, nämlich im Juni letzten Jahres. Da war er noch ganz entspannt beim Italiener; also nicht bei dem, sondern bei einem italienischen Gastronom. Und die Staatsanwaltschaft München hatte aber noch nicht das Bedürfnis gespürt - -

(Fabio De Masi (DIE LINKE): Oder war im „P1“!)

- Nein, das glaube ich nicht. Nicht an dem Abend; aber andere Geschichte.

Frau Bundeskanzlerin, Sie hatten vorhin den Satz sinngemäß gesagt: Dieser Skandal hat der Reputation des Finanzplatzes Schaden zugefügt. Ich teile die Einschätzung. Ich würde sagen: Es ist vielleicht sogar ein bisschen untertrieben. Ich glaube, dass auch die Finanzaufsicht in der schwersten Vertrauenskrise in der Geschichte steht und sich da befindet. Und manchmal entsteht auch hier der Eindruck: Das war so ein Skandal, der kam wie so eine Verkettung von ganz vielen Zufällen, wie so eine Naturkatastrophe über uns hinweg. Aber, ich glaube, das war ein Skandal mit Ansage. Und der Kollege Giegold aus dem Europäischen Parlament hat so ein - wie soll ich sagen? - Gewinnspiel gemacht, und Leute sollten sich melden mit Finanzskandalen, die die BaFin nicht aufgeklärt hat - und das passt ganz gut Ihre Zeit, wo Sie auch sozusagen Kanzlerin waren -, und zwar gezählt werden hier alle Skandale von 2007 bis heute, bei denen mindestens ein Schaden von 1 Million Euro für Investoren oder für den Steuerzahler entstanden sind. Wollen Sie mal schätzen, wie viele Namen, wie viele Skandale genannt wurden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, möchte ich nicht raten.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wollen Sie es wissen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wissen möchte ich es, ja.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 71. - Ich weiß jetzt nicht, ob die Liste vollständig ist. Alleine in dieser Legislatur haben wir es ja mit drei Milliardenkandalen zu tun: P&R, Wirecard, jetzt die Greensill Bank. Also, das ist ja auch ein Muster. Und deswegen würde ich Sie jetzt fragen - auch mit Blick auf Lessons Learned und auch Ihrer sehr ehrlichen Analyse, dass die Finanzaufsicht objektiv nicht gut aufgestellt ist;



Nur zur dienstlichen Verwendung

was, glaube ich, nicht erst seit letztem Jahr mit der Erkenntnis von Wirecard der Fall ist, sondern eine lange Geschichte hat -, was Sie mit Blick auf die Finanzaufsicht für die Zukunft erwarten und ob das jetzt vorgelegte FISG-Reformgesetz da auch Genüge trägt, das zu erfüllen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, das haben wir als Regierung Ihnen ja ins Parlament übersandt. Also, das denke ich schon. Aber es stellen sich schon die Fragen, ob - - Also, das denke ich; ja. Und es wird jetzt ja vielleicht in den parlamentarischen Beratungen auch noch mal von links nach rechts und von oben nach unten gekehrt, und man überlegt: Was kann man tun?

Und ansonsten wird insgesamt ja die Frage - ob jetzt Pandemie, ob Flüchtlingsherausforderungen - grundsätzlich an die öffentliche Verwaltung zu stellen sein, inwieweit wir sozusagen immer wieder auch wie so eine Art Stresstest machen: Was sind unsere Institutionen? Passen die noch in die Zeit, weil sich so vieles so sehr schnell ändert? - So. Und da haben wir ja verschiedenste Schwachstellenanalysen schon gemacht - da könnte ich Ihnen jetzt aus ganz anderen Bereichen Dinge erzählen: Ausländerzentralregister oder Registermodernisierung insgesamt, die ein viel transparenteres Arbeiten über die föderalen Ebenen hinweg auch ermöglichen -, und da schließe ich nicht aus - - oder: Das wird eine permanente Aufgabe bleiben, an allen Ecken und Enden. Und eine Lesson Learned ist sicherlich - wenn Sie sagen, dass es vonseiten der BaFin solche Hinweise an das BMF gab -, dass dieses zweistufige Verfahren nicht optimal ist, dass man so was natürlich dann auch im Erfahrungswert auf das, was jetzt passiert ist, sehr ernst nimmt und auch zu Leitungsvorlagen ummünzt.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie sehen da weiteren Handlungsbedarf?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, ich sehe, dass das Gesetz jetzt verabschiedet wird. Das wird nach bestem Wissen und Gewissen verabschiedet. Und übermorgen, im nächsten Jahr oder in der nächsten Legislaturperiode werden sich neue technische Möglichkeiten ergeben. Und wenn dann die BaFin sagt: „Mit der Art von Konstrukt

kommen wir aber nicht so gut klar“ - wir wissen ja nicht, was sich technisch ausgedacht wird -, dann muss ich darauf wieder reagieren.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wir dürfen nur uns, glaube ich, auch keine Illusionen machen, dass es immer nur fehlende Gesetze sind. Denn ich glaube, die FISG-Reformen sprechen viele berechnete Dinge an, aber hätten den Skandal jetzt nicht unbedingt verhindert. Im Gegenteil: Ich glaube, es gab viele Möglichkeiten, die wir hatten. Man ist den Hinweisen nicht intensiv genug nachgegangen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das habe ich ja ergänzend dazu gesagt. Man muss auch eine Kultur entwickeln als Lehre aus dieser Geschichte. Wenn sozusagen Strukturdefizite zum Beispiel von der BaFin gemeldet werden: „Mit dem und dem Verfahren eigentlich, glauben wir, ist es nicht mehr optimal“, dass so etwas dann auch wirklich bis in die Leitungsebene getragen und diskutiert wird. Weil die Leute, die mit den Strukturen zu tun haben, wissen ja am besten, wo sie funktionieren und wo nicht.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Weil meine Zeit wegläuft, wollte ich noch kurz einen anderen Aspekt ansprechen: Haben Sie jemals mit Ihrem Kanzleramtsminister oder jemand anders aus dem Kanzleramt oder auch darüber hinausgehend in der Bundesregierung über die Frage des Aufenthaltsortes von Herrn Marsalek gesprochen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was lesen Sie darüber?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dass er gesucht wird.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wo er sich möglicherweise befindet?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Keine Ahnung.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Herr Zimmermann hat ja auch die Kommunikation des russischen Außenministeriums - war



Nur zur dienstlichen Verwendung

es ja, glaube ich - dazu erwähnt. Da hieß es ja: „Stop politicizing this matter“. Ist das etwas, was man auf internationaler Ebene besprechen oder ansprechen sollte, wenn es da möglicherweise Hinweise gibt? Denn die wurden auch - das war ja in der eingestuften Sitzung; deswegen können wir das jetzt nicht näher hier ausführen - - aber durchaus Hinweise auch aus Sicherheitskreisen, die uns darauf hingewiesen haben.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich bin darum nicht gebeten worden.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wäre jetzt auch etwas, was man bei einer Unterredung mit Herrn Putin oder so nicht mal ansprechen würde in Zukunft? Würden Sie nicht ausschließen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich sage noch mal: Ich bin darum nicht gebeten worden und habe zurzeit mit Herrn Putin eine ganze Menge anderer Sachen zu besprechen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaube ich. - Der außenpolitisch visierte Herr Kretschmer hängt sich ja da auch aktuell voll ins Zeug, das Verhältnis zu glätten. Vielleicht hat der das Thema da mit angesprochen.

(Dr. Jens Zimmermann
(SPD): Der aus Baden-Württemberg?)

- Wie bitte?

(Lisa Paus (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Kretschmer!)

Nein, Kretschmer.

(Lisa Paus (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Aus
Sachsen!)

Kretschmann macht nur Außenpolitik Richtung Österreich, Schweiz und Frankreich. - Ja, meine Zeit ist schon wieder abgelaufen, tut mir leid.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Bayaz. - Und wie wir beide das vereinbart haben, frage ich Sie: Wünschen Sie jetzt vielleicht eine kurze Erfrischungspause oder eine vierte Runde?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich würde gerne einmal um die Ecke gehen, wenn ich das darf.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann machen wir das alles ganz entspannt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mir reichen fünf Minuten.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann setzen wir um etwa 14.15 Uhr, also in gut zehn Minuten, fort. Dann können Sie auch noch eine Kleinigkeit zu sich nehmen, wir auch.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Joa, ich glaube, da steht die Bude voll mit Fotografen.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, das kann appetithemmend wirken. Okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich bin in fünf Minuten wieder da, zehn nach.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, kein Stress. Dann machen wir zehn nach, dann passt das.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, alles klar.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Dann unterbreche ich bis zehn nach zwei.

(Unterbrechung von
14.03 bis 14.10 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dann machen wir weiter, und ich eröffne die Sitzung wieder. - Und wer möchte von der Union?

Matthias Hauer (CDU/CSU): Unsere Fragen wurden beantwortet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ihre Fragen. - Dann machen mache ich hier an der Stelle mal weiter.

Ich würde noch mal fragen wollen zum Klima in Deutschland, was so vielleicht auch da ein bisschen zu beigetragen hat. Der bekannte „Handelsblatt“-Journalist Felix Holtermann hatte gestern nach der Vernehmung von Olaf Scholz in einem Interview betont - und ich finde, er hat mir da aus dem Herzen gesprochen -, dass das System Wirecard nur durch das - Zitat -: „System Deutschland“ möglich gewesen wäre. Er nannte in diesem Zusammenhang die durch die verloren gegangene Spitzenposition in technologischer Forschung und Anwendung Sehnsucht in Deutschland, endlich wieder mit dem Silicon Valley oder den Chinesen mithalten zu können. Diese Sehnsucht habe Wirecard bedient, sei durch die Lobbyarbeit etlicher prominenter Größen aus Wirtschaft und Politik sehr unterstützt worden. - Und Sie haben es ja eben auch selbst - das, fand ich, war auch beeindruckend - gesagt: Ja, die BaFin, da mussten wir jetzt reformieren. Da mussten wir was tun. - Was antworten Sie den Stimmen, von denen Herr Holtermann ja eine ist, dass diese Sehnsucht auch dazu geführt haben könnte, dieses dort in das Unternehmen hineinzuinterpretieren? Und das hilft ja immer, ich glaube, es ist ja immer ganz wichtig, eine kritische Grundhaltung Dingen gegenüber zu haben. Wie beurteilen Sie das?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wenn es so wäre - -

(Das Handy der Zeugin klingelt)

Wenn es so wäre, dann muss man ja leider sagen, dass die Sehnsucht gepaart ist mit Unkenntnis, wie denn wirkliche technologische Führerschaft aussehen könnte. Das heißt also, ich empfehle - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Klar, Sehnsucht und Liebe verstellt ja oft den Blick für Realitäten. Das kennen wir.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, aber deshalb darf es nicht Sehnsucht sein, sondern es muss objektive Beurteilung sein. Das wäre sonst schlecht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja, da bin ich ja bei Ihnen. - Aber würden Sie zumindest da auch ein bisschen folgen, dass dieses gesamte Umfeld sich dieses Wünschenwollen - wir haben da jetzt auch wieder einen Champion, einen World Champion und Leader - - zu dieser Art von Sehnsucht, ich nenne es mal deshalb, auch beitragen konnte? Wir haben das Leerverkaufsverbot angesprochen: Das wurde von Marktteilnehmern - ein Kollege hat es auch gesagt - so ein bisschen als Begleitschutz, als Absolution für Wirecard interpretiert.

(Das Handy der Zeugin klingelt erneut)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Entschuldigung. Ich muss das einmal beenden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. Dann unterbrechen wir an der Stelle.

(Unterbrechung von 14.12 bis 14.13 Uhr)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Also, ich hatte ja gesagt: Dann könnte vielleicht diese Sehnsucht ja auch, wenn man die kritische Grundhaltung verliert - auch das wurde ja gesagt: Behördenhaltung, Behördenethik, allgemein die Haltung in den Behörden da zu ändern -, dazu beitragen, dass man so etwas schützen will mit dem Blick - - Wenn man die Staatsanwaltschaft hört: Man sprach von Short-Attacken, nicht einfach von ganz normalen Bewegungen, dass da jemand short geht in den Markt und eine Position aufbaut. Und das verbinde ich da natürlich mit der Frage, ob Sie das auch so wahrgenommen haben, dass in den Behörden - - Sie haben es ja jetzt eben auch dargestellt, dass Sie sich Gedanken gemacht haben über den Sommer, dann den Maßnahmenkatalog entsprechend zum 7. Oktober, meinten Sie, glaube ich, initiiert haben. Wie beurteilen Sie oder wie haben Sie diese Diskussion innerhalb vielleicht Ihres Kabinetts oder auch selbst das wahrgenommen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, ich habe das so wahrgenommen, dass es eine große Dringlichkeit gab, dass vor allen Dingen - auch der Bundesfinanzminister hat es richtigerweise gesagt - wir da



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch zügig arbeiten müssen, dass man das jetzt nicht verbummeln kann. Und habe ihn darin bestärkt, dass man jetzt nicht alles und jedes infrage stellt, sondern dass man jetzt mal auch ein Stück rigoros und entschieden handelt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wie können Sie das schildern oder sagen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, das war uns auch relativ wichtig - ich weiß nicht, wann Sie Ihre Arbeit aufgenommen haben -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Am 8., einen Tag später.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - genau -, dass wir dann mal, wie man etwas umgangssprachlich sagt, in die Puschen gekommen sind.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Finde ich gut. - Wurden Sie auch angesprochen auf europäischer Ebene? Weil wir haben ja auch über europäische Belange gesprochen, die ESMA, die ihre Opinion geben musste oder sollte. So war es in der Leerverkaufsverordnung vorgesehen, dass eben die BaFin dann entsprechend auch die ESMA miteinzubinden und diese Opinion eben einzuholen hat. Sind Sie jetzt, ob nun in den virtuellen Konferenzen oder auch in etwaigen Treffen von Amtskollegen oder anderen Regierungen, auf das, was da in Deutschland geschehen ist, angesprochen worden oder seitens Brüssel auch auf die EMSA und ihre Rolle in dieser Causa Wirecard?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, bin ich nicht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. - Weil wir haben da zum Beispiel auch festgestellt, dass die ESMA eben zwar Dokumente von der BaFin erhalten darf und kann, aber nicht dazu berechtigt ist, dann auch entsprechend diese Dokumente zu überprüfen oder auf die Regierung zuzugehen.

Anderer Punkt - das könnte man ja auch mal innerhalb der europäischen Ordnung anbringen - ist, dass die - Herr van Walsum von der ESMA war hier bei uns sozusagen virtuell über den Kuba zu Gast. Und er sagte auch: Wir haben das

Gleiche. Wir haben bei der BaFin mehrere Mängel festgestellt, haben die auch 2017 der BaFin gemeldet. Dann hatte ich gefragt: Und wie läuft es dann? Wie checken Sie dann in der Wiedervorlage, dass diese Fehler abgearbeitet werden? Und dann sagte er: Eigentlich gar nicht. Wir dürfen das nicht. Dann habe ich gesagt: Wie? Sie könnten sich dann im Zweifelsfall nicht an die Regierung, an die Regierungschefin oder an den zuständigen Minister wenden? - Nein, das dürfen wir nicht. Und ich sage: Und wie betreiben Sie dann Ihre Wiedervorlage? Und dann sagte er: Ja, das machen wir in der Form, dass wir dann die BaFin noch mal freundlich erinnern und sagen: Ihr habt das noch nicht umgesetzt.

Und wenn das natürlich Kontrolle ist, also einerseits eine blinde Kontrolle - - Ich habe das dann mit Eurostat und 2004 verglichen - Sie wissen sicherlich, was ich meine -, wie da Griechenland mit offensichtlich falschen Zahlen in den Euro gekommen ist. Die wussten das sogar, aber durften es eben nicht nennen. Und da ist meine Frage deshalb schon, ob Sie auch im größeren europäischen Rahmen - denn da gehört ein Problem dann genauso mit hin - dieses Problem mal angesprochen haben oder ansprechen würden oder ob es Ihnen überhaupt bekannt war?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Es war mir nicht bekannt. Ich werde aber mit Olaf Scholz noch mal darüber reden, ob es auch Handlungsbedarf im Blick auf Brüssel gibt. Das dauert dann natürlich eine Runde länger, weil dann nicht sofort alle Mitgliedsstaaten begeistert sind und wir ja auch nicht das Initiativrecht haben. Also, wir können ja keinen neuen Richtlinienvorschlag machen, sondern man muss die Kommission davon überzeugen, dass eine Veränderung einer Richtlinie vorgenommen wird. Aber darüber gibt es sicherlich Grund zu sprechen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Auch das finde ich an der Stelle gut. Weil selbst auch Frau Buch - wir hatten ja die Vizepräsidentin der Bundesbank hier -, die wusste das zum Beispiel auch nicht. Und vielleicht führt dann auch allein nur die Kenntnis, das Wissen darum, habe ich sie ja auch gefragt, zu einer anderen Beurteilung, ob man dann doch sich hätte stärker engagieren sollen



Nur zur dienstlichen Verwendung

bei diesem Leerverkaufsverbot, weil die Bundesbank sich da - - Oh, ich bin jetzt auch fünf Sekunden aus der Zeit. Dann in der nächsten Runde. - Und dann geht es weiter mit Frau Kiziltepe für die SPD-Fraktion.

Cansel Kiziltepe (SPD): Vielen Dank. - Frau Bundeskanzlerin, Sie wissen gar nicht, was für Verstrickungen eigentlich existieren, die wir hier im Zuge der Aufarbeitung in diesem Untersuchungsausschuss - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Den Eindruck habe ich auch, dass es eine interessante Tätigkeit ist.

(Fabio De Masi (DIE LINKE): Absolut!)

Cansel Kiziltepe (SPD): Allerdings, das kann man wohl sagen. Und Sie hatten eben gesagt: Sie glauben nicht, dass es eine Verbindung zu den Maskendeals mit dem Wirecard-Fall gebe. Aber laut den Dokumenten - Herr Kollege De Masi hat das ja angesprochen - taucht auch hier Spitzberg Partners auf, Herr Guttenberg. Die Frau Chan Jiang ist hier engagiert worden in China. Und jetzt kommt der Bezug zu den Maskendeals: Burkhard Ley, der immer noch auf freiem Fuß ist,

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Nein, wieder!)

hat hier Anfang 2020, im März 2020 etwa, sich auch um einen Maskenimport gekümmert, also Maskendeals. Bei der Aufarbeitung der Maskenaffäre sollten Sie sich diesen Punkt vielleicht noch mal ein bisschen genauer anschauen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Meine Bemerkung richtete sich ja auf die frühere Tätigkeit von Jens Spahn im Bundesfinanzministerium, weil das vielleicht viele nicht mehr so vor Augen hatten und er uns heute als Gesundheitsminister bekannt ist; deshalb hatte ich das gesagt.

Cansel Kiziltepe (SPD): Okay. Vielen Dank. - Sie haben auch gesprochen von einem Stresstest für Institutionen. Ich glaube, das sollte man auch alle paar Jahre mal machen. Ich möchte zu einer Institution, nämlich hier in dem Wirecard-Fall, auch

noch mal zurückkommen: Das ist die Staatsanwaltschaft München.

(Mikrofonstörung)

Jetzt ist es an. Ich soll wahrscheinlich nichts sagen zur Staatsanwaltschaft, aber das muss leider jetzt sein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Sie meinen, Frau Bäuml-Hösl hat hier Einfluss? Nein, da kann ich sie beruhigen.

(Zuruf: Versuch mal das andere! - Dr. Jens Zimmermann (SPD): Nee, nee! Das ist irgendein Kurzschluss! Weil das Mikro hier vorn bei den Vertretern des Bundeskanzleramts, das ist jetzt eingeschaltet, das leuchtet! Aber wenn sie es ausmachen, geht Frau Kiziltepes Mikro auch aus! Wir lassen es jetzt mal!)

Das ist in Ordnung. Hauptsache, wir verstehen Frau Kiziltepe. Das ist jetzt oberstes Gebot. Wir schreiben da auch eine Minute gut für dieses Malheur. Alles gut.

Cansel Kiziltepe (SPD): Sie sehen die Verstrickungen: Nichts ist Zufall.

(Heiterkeit)

Genau. Zur Staatsanwaltschaft: Auf jeden Fall ist das ein sehr wichtiger Punkt, weil diese Geschichte vieles ins Rollen gebracht hat. Wirecard hat die Gauweiler-Kanzlei engagiert mit einer Pauschale von 100 000 Euro im Monat, und die Gauweiler-Kanzlei hat alles gemacht für Wirecard. Und eben auch diese Räuberpistole, diese Geschichte mit: „Wirecard wird bedroht. Es droht eine Short-Attacke. Hier sind Kriminelle am Werk“, da ging es um die „Financial Times“. Es wurde auch ein Verfahren gegen Dan McCrum, ein „FT“-Journalist, eingeleitet. Ich dachte, im Artikel 3 Grundgesetz steht: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“, aber hier könnte man



Nur zur dienstlichen Verwendung

den Eindruck gewinnen - weil wir auch über Zugänge sprechen, auch durch Lobbytätigkeiten: wer hat wie Zugang? ist es einfacher für bestimmte Gruppen, einen Zugang zu haben? - - Auch hier sieht man, dass mit einer sehr bekannten, renommierten Anwaltskanzlei solche Geschichten eben auch erzählt werden können, ohne geprüft zu werden. Also, dieser - -

(Mikrofonstörung -
Matthias Hauer
(CDU/CSU): Sonst nehmen
Sie doch mal das andere
daneben!)

Das ist das kaputte leider. Ich hatte um Reparatur gebeten. Das wackelt immer.

Also, dieser vertrauenswürdige Rechtsanwalt Enderle ist mit dieser Märchengeschichte an die Staatsanwaltschaft herangetreten, ohne Nachweise. Es gab eine Zeugenaussage, die nicht unterschrieben war. Und die Staatsanwaltschaft hat diesen Fall so schnell wie möglich aufgegriffen und weiterübermittelt an die Finanzaufsicht, die BaFin. Ich weiß nicht, ob Sie das kennen. Aber um das alles mal ein bisschen zu verstehen, dass hier vieles auch noch mal im Argen liegt oder auch in Zukunft liegen bleibt, möchte ich Ihnen das gerne noch mal erläutern.

Die BaFin hat aufgrund dieser Meldung durch die Staatsanwaltschaft, die immer wieder betont hat, das sei sehr vertrauenswürdig, man dürfe keinerlei Informationen weitergeben - - konnte die BaFin auch diese Informationen öffentlich nicht weitertragen. Und dann hatte die BaFin sich eben am Ende entschieden, ein Leerverkaufsverbot zu erteilen. Und die Grundlage dafür war eben dieses Fax von der Staatsanwältin, wo sie diese Geschichte zusammenfasst und was zu Fehlentwicklungen, sage ich mal, geführt hat. Da frage ich mich halt - weil ich auch selber aus eher einfachen Verhältnissen stamme -, wie das so ist. Kleider machen Leute. Man engagiert, wenn man Geld hat, eine Superkanzlei und schafft alles damit. Wie sehen Sie das?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, das ist natürlich nicht das Ansinnen, das wir politisch haben,

sondern dass eben „Kleider machen Leute“ nicht genau das Leitbild ist. Jetzt muss man nur - - Ich kann Ihnen den Sachverhalt nicht beurteilen. Ich meine, die Anwaltskanzlei hat was vorgebracht. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft versucht, sich darüber ein Urteil zu bilden. Und wenn es auch um schutzwürdige Interessen geht, stelle ich mir vor, dass auch die Staatsanwälte es nicht ganz einfach hatten, zu beurteilen, ob nun jemand bedroht ist oder nicht bedroht ist. Und wenn es genau nachher in die andere Richtung gekommen wäre, hätte man gesagt: Na ja, aber da hättet ihr doch mal wirklich drauf hinweisen können. - Also, ich kann nur immer wieder sagen, dass die Dinge, so wie sie gelaufen sind, nicht gut gelaufen sind und dass man alles Menschenmögliche machen muss. Aber gerade auch diese Dinge, die Sie jetzt erzählen, wenn dann so viel kriminelle Energie dahinter ist, dann ist das natürlich auch - - muss man erst mal das Gesetz machen, das das immer ausschließt. Das ist schon schwierig, ja. Und es sind hier offensichtlich Strukturen zum Wirken kommen, die ungut zusammengewirkt haben.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja. - Ich erwähne das deshalb, damit Sie auch ein ganzes Bild haben, aber auch deshalb, weil oftmals die Verantwortung hin und her geschoben wird. Das haben wir bei der Geldwäschereiaufsicht. Bayern hat sich in letzter Sekunde für nicht zuständig erklärt, obwohl sie zuständig sind. Die BaFin steht hier immer Fokus. Natürlich müssen wir da nachschärfen, und die Finanzaufsicht muss auch mehr Biss kriegen, stärker und schneller durchgreifen können, gar keine Frage. Aber so kam eben eins zum anderen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber wenn ich das nur kurz sagen darf: Man sollte jetzt auch nicht die Staatsanwaltschaft München unter Generalverdacht stellen. Das fände ich jetzt auch nicht - -

Cansel Kiziltepe (SPD): Das war auch nicht meine Absicht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Okay.

Cansel Kiziltepe (SPD): Nur dieser Zeuge, der dort konstruiert wurde durch Wirecard, der war



Nur zur dienstlichen Verwendung

halt ein Drogenhändler namens D. J. Harris in Großbritannien. Ist es wirklich zum Lachen oder auch vielleicht zum Heulen, ja?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist mehr zum Verzweifeln, ja.

Cansel Kiziltepe (SPD): Ja. - Und auf die Frage - Frau Bäumlner-Hösl, die Oberstaatsanwältin, war ja hier auch -, ob jemals eine unterschriebene Zeugenaussage, eine eidesstattliche Erklärung abgegeben wurde, antwortete die Oberstaatsanwältin mit Nein. Das war es, Frau Bundeskanzlerin. - Vielen Dank.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Dr. Zimmermann noch?

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wir haben keine weiteren Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke, Herr Dr. Zimmermann. - Dann machen wir weiter mit Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ich möchte noch mal nachfragen im Hinblick auf Ihre Kenntnis von den unternehmerischen Aktivitäten von der Ehefrau von Lars-Hendrik Röller. Wir haben ein Unternehmen hier in Berlin gefunden: BHS, Berlin Health Service. Das residiert in einem Wohnbezirk in Pankow am Stadtrand, wo die Ehefrau von Herrn Röller als IFA Networker in öffentlich zugänglichen Quellen bezeichnet wird. Am selben Sitz in Pankow, am Stadtrand von Berlin, ist eine weitere Firma ansässig, nämlich RHT Europe GmbH. Das ist offenbar die Tochter des weltweit tätigen Unternehmens RHT Industries Limited. Beide dieser Unternehmen, die da am Stadtrand von Berlin in einem Wohngebiet angemeldet sind, sind tätig gewesen im Bereich Maskenbeschaffung, Luftfilter, medizinisches Equipment, auch Desinfektionsmittel. Haben Sie über diese gesellschaftsrechtliche Verbindung irgendeine Kenntnis oder mal mit Herrn Röller drüber gesprochen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein. - Dann können Sie aller Wahrscheinlichkeit nach auch nicht sagen, ob das einen Bezug auch zu dem Thema MinTech und Wirecard haben kann?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. - Herr Röller hat ja kurz vor Insolvenz der Wirecard AG auch noch mal mit Markus Braun telefoniert, im Mai 2020, wo Herr Braun, wie uns das viele berichtet haben, massiv abgestritten hat, dass an den Vorwürfen etwas dran sei, das lasse sich alles aufklären. Hat Herr Röller Ihnen über dieses Gespräch mal berichtet?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, das hat er nicht nach meiner Erinnerung. Aber ich habe das jetzt in den Akten gefunden, dass das stattgefunden hat und dass Herr Röller das zur Kenntnis genommen hat.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar. - Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich bin mit meinen Fragen auch fertig.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann geht es weiter mit Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Vielen Dank. - Ich will die Kollegen nur drauf hinweisen, auch wenn wir dann die Befragung abgeschlossen haben der Bundeskanzlerin, dass ich noch mal eine Beratungssitzung bräuchte, weil erneut Dokumente aufgetaucht sind vom Auswärtigen Amt, die nach meiner bisherigen Recherche nicht veraktet waren, wo es unter anderem um die Kommunikation des deutschen Botschafters in China mit Herrn Burkhard Ley über die erfolgreiche Indossierung der Anliegen Wirecards nach dem Besuch des Finanzministers geht. Da will ich einfach nur drauf hinweisen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das mache ich mir auch zu eigen. Das heißt, ich werde nach der Vernehmung der Frau Bundeskanzlerin noch eine Beratungssitzung einberufen, und nach Kenntnisnahme des Sachverhalts - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also, es sei denn, mir ist ein Fehler unterlaufen, was durchaus im Bereich des Möglichen liegt. Aber - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Besprechen wir, nehme ich sehr ernst. Und insoweit - ich habe es auch dem Sekretariat schon mitgeteilt - für die Kolleginnen und Kollegen: Wir werden hiernach noch eine Beratungssitzung haben. - Und dann fängt Fabio De Masi noch mal an. Nehmen wir die Zeit noch mal zurück.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Alles gut, das kriegen wir schon hin. - Frau Bundeskanzlerin, Sie haben ja vorhin dargestellt, dass Sie jetzt keinen engeren Interessenkonflikt erkennen konnten im Bundeskanzleramt, als der frühere deutsche Geheimdienstkoordinator sich für einen Finanzdienstleister im weitesten Sinne verdingt hat, auch wenn die BaFin ja bestreitet, dass es ein Finanzdienstleister im engeren Sinne war. Aber es ist doch schon so - - Wir hatten ja die Debatte um Google, um NSA, um Facebook; das ist ja ein Thema, was auch Sie im Laufe Ihrer Amtszeit beschäftigt hat, also Big Data und auch die Verbindung zu Sicherheitsbehörden und vielleicht auch die Risiken, die damit einhergehen. War das nicht auf dem Schirm bei der Bundesregierung, dass so, ich sage mal, Zahlungsdienstleister natürlich auch kritische Infrastruktur sind? Man weiß ja, wir hinterlassen ja Datenspuren im Netz sozusagen, wenn wir bezahlen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die Beurteilung war offensichtlich so, dass die Verbindungen so dicht nicht gesehen wurden, dass es sich ausschließt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber Sie würden - - Ich habe Sie richtig verstanden: Jetzt heute, in dem Lichte der Erkenntnisse, die wir haben, hätte Herr Fritsche diese Tätigkeit nicht mehr genehmigt bekommen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das habe ich jetzt nicht gesagt. Allein aus der Tatsache, dass man große Mengen Daten bearbeitet und dass die mit digitalen Methoden gesichtet und strukturiert werden, nun gleich auf Verquickungen mit einer Geheimdiensttätigkeit zu schließen - - Kann ich

nicht beurteilen, habe ich auch nicht abschließend drüber nachgedacht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und Sie halten die Regeln in diesem Bereich für hinreichend, die es jetzt gibt, beamtenrechtlich, sage ich mal, in Ihrem Haus?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich dachte, ja. Ich kann - - und habe auch jetzt, wenn man sagt, dass die Tätigkeit für einen Finanzdienstleister nicht in einem Widerspruch zu der früheren Tätigkeit steht - - Das habe ich auch nicht infrage gestellt, als ich jetzt diese Akten gelesen habe. Wenn man jetzt die ganzen Verquickungen kennt - - Aber das ist ja auch eher ein Sonderfall.

Und wir haben an - - Ich zögere jetzt eigentlich nur mit der Beantwortung mit Ja, weil wir ja über den anderen Fall dieser Selbsteinschätzung gesprochen haben. Und da wollte ich mir das ja noch mal anschauen, inwieweit man doch vonseiten des Arbeitgebers, des früheren Arbeitgebers, deutlich macht, dass die Selbsteinschätzung nicht zu viele Spielräume hat, sondern dass bitte schön alles gemeldet werden soll.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also, ich will auch ausdrücklich dazusagen: Ich schließe auch den Bundestag gar nicht aus. Ich werde ja dem nächsten nicht mehr angehören; aber ich finde, auch wir müssten hier über strenge Regeln für Finanzgeschäfte und Ähnliches nachdenken, weil auch wir ja an insiderrrelevante Informationen kommen.

Sie haben vorhin gesagt, als ich Sie zu den Interessenkonflikten von Herrn Fritsche befragt habe, ja, Sie glauben nicht, dass sich da jetzt, ich sage mal, Herr Altmaier hinter die Fichte führen lässt. Aber wenn jetzt Herr Fritsche erfahren hat, dass offenbar es Anstrengungen gibt, sage ich mal, die Eigentümerstruktur eines Mannes zu verschleiern, der eben auch stark bei Wirecard investiert war, der bei Heckler & Koch einsteigen wollte, ist das nicht etwas, was er von seiner grundsätzlichen Loyalitätspflicht her hätte der Bundesregierung offenbaren müssen aus Ihrer Sicht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also jetzt geht es wieder um Herrn Fritsche?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Jetzt geht es um Herrn Fritsche, genau.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Herr Fritsche hätte offenbar - - Also Heckler & Koch hat er ja gesagt.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau. Er hat dargestellt, er hätte da keine Rolle in dem Genehmigungsverfahren gespielt; so war seine Darstellung hier im Ausschuss.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Okay, das kann ich jetzt nicht beurteilen, ja.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, okay. - Weil mir geht es nur darum: Ihm wurde von Herrn Ley, Burkhard Ley von Wirecard - - Also, Herr Fritsche wurde von Burkhard Ley offenbart, dass man Konstruktionen sucht, um eventuell - - also Vorbehalte des Bundeswirtschaftsministeriums zu zerstreuen gegen einen Einstieg dieses Investors. Und ich finde, wenn man Geheimdienstkoordinator war und dann geht es um kritische Infrastruktur - also Heckler & Koch, da geht es ja um die Daten: über welche Waffensysteme verfügen Bundeswehr, Polizei und Ähnliches? -, dann müsste man das doch eigentlich aus einer Loyalitätspflicht heraus der Bundesregierung offenbaren: Die haben hier vielleicht - - führen hier irgendwas im Schilde, um euch zu täuschen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Kann ich jetzt nicht beurteilen, schließe ich aber nicht aus, dass man das könnte.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber ich stecke da viel zu wenig drin, dass ich jetzt - - Sie erzählen mir hier - - „Erzählen“ im Sinne: Sie berichten mir über Ihre Erkenntnisse, die ich so nicht abschließend beurteilen kann.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Gut, nehme ich so zur Kenntnis. - Dann will ich Sie eigentlich nur noch mal fragen: Sie haben ja vorhin dargestellt, Sie können nichts zu der Frage sagen, für wie

viele Unternehmen Sie sich dort engagiert haben. Nur damit ich mir das vorstellen kann: Also, da sitzt man mit einer sehr wichtigen Person, und dann hat man die ganzen Leute, die man da hat, und die ganzen Papiere, und das ist ja weitgehend für einen vorbereitet. Und dann wurde Wirecard also, ich sage mal, so im Vorbeigehen erwähnt, aber es gab jetzt keinen größeren Austausch zu Wirecard mit Ihren Gesprächspartnern?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Habe ich das richtig verstanden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das haben Sie richtig verstanden. Also, Sie müssen sich das so vorstellen, um das etwas plastischer zu machen: Es gibt die Gespräche in so einem Besuchsformat mit dem Ministerpräsidenten und dann dem Präsidenten Chinas, und dann gibt es meistens bei meinen Besuchen noch ein Wirtschaftsforum, wo deutsche und chinesische Unternehmer sitzen - also das sind dann aber die, die zu der Wirtschaftsdelegation gehören -, und die bringen meistens ihre Anliegen alleine vor; da brauche ich jetzt nicht das zu machen, sondern da hat man noch mal eine Extrastunde. Und dann gibt es eben Anliegen, die bringe ich auch vor. Aber das sind weder 50, noch sind es aber auch nur zwei.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also irgendwas zwischen zwei und 50; jetzt haben Sie doch eine Eingrenzung gemacht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ist doch toll, ja?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Also schon mal weiter.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, genau.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, bin ich schon mal weiter, bin ich stolz drauf.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Kann ich mir denken.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber, Frau Bundeskanzlerin, nur noch abschließend: Ich habe ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

vorhin auch angesprochen, dass es Sicherheitsabfragen gibt. Das ist ja auch klar, weil Sie sind ja eine wichtige Person und treffen sich mit wichtigen Leuten, und da will man wissen - - Geht ja auch um die Interessen der Bundesrepublik. Das hat man also nicht gemacht im Falle von Wirecard vor Ihrer China-Reise?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, Sie haben - - Es wurde erst von Sicherheitsabfragen geredet im Zusammenhang mit dem World Economic Forum. Und da ging es um Unternehmen, die nicht deutsch sind, also da ging es um internationale Unternehmen. Und da geht man natürlich noch mal anders ran als an deutsche Unternehmen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das heißt, das macht man grundsätzlich bei deutschen Unternehmen nicht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das kann ich so nicht sagen, aber den BND braucht man über deutsche Unternehmen eigentlich nicht zu fragen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, aber es gibt ja noch andere Sicherheitsbehörden, also nicht nur den BND, die das können.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, also, jedenfalls geht man davon aus, was wir ja jetzt wissen, dass die deutsche Aufsicht deutsche Unternehmen gut überwacht, während man das - - bei internationalen haben wir ja keine Erkenntnisse darüber. Das ist der Unterschied.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. - Also eine zentrale Erkenntnis meiner Zeit im Untersuchungsausschuss ist, dass wir auch deutschen Unternehmen nicht vorbehaltlos trauen sollten, auch wenn es sicherlich viele Unternehmen gibt, die versuchen, sich an die Regeln zu halten.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das denke ich auch, Gott sei Dank die überwiegende Mehrheit.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Mein abschließender Hinweis, nur weil Herr Kollege Toncar das angesprochen hatte: Also diese Firma, die er da benannt hat, von der Ehefrau von Herrn Röller, die

haben nämlich auch zum Beispiel auf dem Höhepunkt der Coronapandemie Desinfektionscreme - so haben die das genannt - importiert. Ich denke, da sollte das Kanzleramt noch mal nachschauen, ob es da vielleicht etwaige Interessenkonflikte auch im eigenen Haus gibt.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Fabio De Masi. - Und jetzt geht es weiter mit Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Meine Fragen sind vollumfänglich beantwortet von der Zeugin. Frau Paus hat sicherlich noch die eine oder andere. Nur ein Hinweis in Richtung Sekretariat: Ich habe den Eindruck, dass die Bundeskanzlerin nicht nur gestaunt hat, sondern auch großes Interesse an unserer Arbeit hier entgegengebracht hat. Wenn wir da mal den Bericht vorlegen sollten, sollten wir auch gerne in einer schriftlichen Anfertigung den Bericht dann Ihnen zukommen lassen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das würde mich sehr ehren.

(Vereinzelte Heiterkeit)

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich mir gedacht; das hat man Ihnen angesehen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich könnte ihn mir auch sonst irgendwie besorgen, aber ihn von Ihnen direkt zu bekommen, -

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Signiert.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - ist natürlich noch schöner.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wir nehmen den Wunsch zur Kenntnis. - Und dann bitte schön Lisa Paus für Bündnis 90.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, ich meine, es ist ja einer der Fälle, wo ich sagen würde, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

ein Untersuchungsausschuss vollumfänglich notwendig war.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hallo und guten Tag auch von meiner Seite! - Ich wollte noch mal einmal nachfragen zu Herrn Rölller und Ihrem Termin mit Herrn zu Guttenberg und Herrn Rölller. Wir haben ja festgestellt, dass es alles ordentlich veraktet war. Trotzdem noch mal einmal die Nachfrage: Sie hätten ja auch das Ansinnen von Herrn zu Guttenberg jetzt nicht an Herrn Rölller weiterleiten können. Könnten Sie noch mal erläutern, warum Sie das für so relevant gehalten haben, dass Sie doch gesagt haben: „Okay, das sehe ich ein, auch wenn das jetzt eigentlich nicht sozusagen vorangekündigt war, Teil unseres Termins. In diesem Fall finde ich, das ist so relevant, das leite ich mal weiter“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, wenn mir jemand sagt, ich soll auf irgendeiner Reise irgendwas ansprechen, dann werde ich nie sagen: Danke für den Hinweis. Ich kenne dich so gut, das mache ich natürlich sofort. - Also, es ist doch ganz evident. Wenn also sowohl das uns hier nicht interessierende Thema mit diesem KI-Unternehmen als auch das Thema, wo ich mich an den Sachverhalt gar nicht mehr richtig erinnere, nur weiß, dass ich Herrn Rölller gesagt habe: Da ist was wegen der China-Reise - - Das ist evident, dass ich das machen muss. - Also, was glauben Sie, könnte da - - Nee, ich habe Ihnen keine Fragen zu stellen. Aber - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten ja mehrfach geschildert, Sie werden ja häufiger mit Ansinnen konfrontiert, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, unentwegt. Unentwegt muss ich - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - denen Sie nicht allen nachgeben müssen oder tun. Und deswegen wollte ich auch noch mal wissen, was - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, aber ich versuche - - Also, ich sage mal: Es muss bestimmte Grundprinzipien der Arbeit geben. Und ein solches Grundprinzip ist, dass man möglichst selber

keine Termine vereinbart und wenn man es schon tut, sofort und umgehend das Sekretariat anruft, damit es nicht - - So.* Das Zweite ist, dass man, wenn man auf irgendwas angesprochen wird, sich das möglichst merkt und sofort die damit befassten Beamten informiert. Also, ich sage mal, Briefing und Debriefing ist das A und O einer funktionierenden Verwaltung, sonst kommt man im wahrsten Sinne des Wortes in Teufels Küche. Und - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte ja nur wissen, was die Relevanz - - Weil es ein DAX-Unternehmen war? Oder war es einfach, weil es terminlich passte?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Jedes Unternehmen, jede Reise, jeder Hinweis auf ein Unternehmen, jeder Hinweis auf einen Verband, der Gespräche mit mir will, jeder Hinweis auf einen Termin, auf eine angebliche Zusage, auf - - Da kann man sich nur absichern, indem man möglichst schnell das selber innerhalb der eigenen Verwaltung berichtet, weil auch manchmal ich gar nicht hinterherkomme. Also, sagen wir mal: Wenn ich jetzt noch eine Viertelstunde beschäftigt war, haben meistens die Personen, die mich um einen Termin gebeten haben oder für jemanden Drittes um einen Termin, schon in meinem Sekretariat angerufen und gesagt, dass sie von mir schon die Zusage haben, dass ich den Termin mache. Und das ist also eine - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, im Grundsatz: Wenn es sich jetzt um ein anderes mittelständisches Unternehmen gehandelt hätte, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genauso.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - zum Beispiel auch nicht aus Bayern, sondern aus Rheinland-Pfalz zum Beispiel, dann hätten Sie das genauso gemacht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genauso, ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann wollte ich noch wissen - Sie hatten jetzt ja deutlich gemacht, Ihnen war nicht klar, dass Herr



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu Guttenberg da auch sozusagen finanziell einen Vorteil draus gezogen hat -:

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

Ist das denn jetzt - - Welche Konsequenz ziehen Sie denn jetzt daraus? Also, es ist ja das Lobbyregister verabschiedet worden; Entschuldigung, das Lobbyregistergesetz ist ja jetzt verabschiedet worden. Darin gibt es aber jetzt ja nur eine Liste, dass es eben Lobbyisten sind, aber konkret zu Sachverhalten wird da nichts hinterlegt. Deswegen wollte ich einfach noch mal wissen: Wird das jetzt zukünftig bei Ihnen im - - Oder ist das schon so im Bundeskanzleramt, dass die wirtschaftlichen Interessen, wenn Sie Gesprächspartner haben, von Ihrem Bundeskanzleramt sozusagen durchleuchtet werden, abgefragt werden, dass Sie darüber Informationen bekommen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, wie die neue Praxis nach diesem Lobbyregister ist - - habe ich mich jetzt noch nicht damit befasst. Aber im Nachhinein, muss ich sagen, würde ich schon vielleicht auch meinen Gesprächspartner, egal ob es jetzt Herr zu Guttenberg oder irgendjemand anders ist, fragen, welche Verquickungen er mit dem Sachverhalt direkt hat.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fänden Sie es nicht hilfreich, wenn das standardisiert eingeführt würde im Bundeskanzleramt, aber auch sonst in der Bundesregierung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, also, ich - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben ja hier - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Was soll jetzt genau standardisiert - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war ja nicht nur Herr zu Guttenberg, sondern auch Herr von Beust, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, gut, aber das wird ja demnächst so sein.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und verschiedenste sozusagen ehemalige Politiker waren unterwegs.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das wird doch demnächst so sein.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und deswegen ist ja trotzdem dann eben doch, damit wir vernünftig damit umgehen können, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Da weiß man gleich - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - relevant, zu wissen, inwieweit es jeweils finanzielle Interessen gibt, und dass die eben gegenüber den zuständigen Stellen in den Ministerien, wenn sie eben mit denen in Kontakt kommen, auch offengelegt werden. Von daher wäre es doch gut, wenn es dann - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Da habe ich nichts dagegen. Aber ich will auch nur sagen, auch ohne das jetzt - - Also, das kann man machen, und durch das Lobbyregister müssen sich ja auch die Menschen jetzt sozusagen da bekennen. Aber auf der anderen Seite ist es doch auch unsere Pflicht, wann immer wir - - Selbst wenn jemand jetzt nur indirekter Lobbyist ist, also der hat von einem gehört, der vielleicht jetzt selber finanzielle Interessen hat - - Es ist unsere Aufgabe oder meine Aufgabe - so verstehe ich mein Amt -, dass ich dann trotzdem versuche, Transparenz herzustellen, selbst wenn er jetzt noch nicht als Lobbyist geführt ist.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber ich hatte eben auch in der Befragung mit Herrn Röller den Eindruck, dass das bisher noch gar kein Thema war, dem überhaupt nachzugehen. Und deswegen wollte ich noch mal fragen: Also Sie würden das unterstützen, dass man hier noch mal dazu kommt, eine Initiative zu machen. Dafür braucht es ja kein Gesetz; -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nee, nee.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - das kann ja die Bundesregierung von sich aus machen, neue Standards.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie wollen mich jetzt auf einen Pfad lenken, -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - wo Sie offensichtlich mit den bisherigen Ergebnissen des Lobbyregisters nicht zufrieden sind, und sagen, man müsste dann weitergehen. Und ich will Ihnen jetzt hier nicht inkognito irgendwas zusagen, wovon ich nicht weiß, was ich Ihnen zusage. Dann lese ich morgen in der Zeitung: Merkel hat das und das zugesagt. - Das möchte ich nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut, aber umgekehrt ist ja - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wir sind ja jetzt erst mal einen Schritt weitergegangen. Und jetzt will ich es aber auch noch mal andersherum sagen: Wenn Sie Wirtschaftsberater oder für die Wirtschaftspolitik im Bundeskanzleramt verantwortlich sind, dann besteht Ihre gesamte oder ein Großteil Ihrer Aufgabe darin, natürlich auch Kontakte zur Wirtschaft zu halten. Und wir müssen jetzt auch aufpassen, dass nicht jeder Kontakt zur Wirtschaft schon per se ein Kontakt* ist - - Meine Umweltabteilungsleiterin muss Kontakt zu den Umweltverbänden halten und den Energieverbänden. Also, wir leben ja von den Gesprächen in die Gesellschaft hinein.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und jeder Ärzteverband und jeder Handelsverband und jeder - - Jeder bringt doch seine Interessen an uns heran. Und ich finde, es ist auch schon eine Frage: Wo beginnt Lobbyismus, und wo ist es edle Interessensvertretung und nicht Abgehobenheit der Politik, dass sie nicht mehr weiß, was Menschen denken? - Und hier immer die Grenzen zu ziehen, das ist nicht einfach, und deshalb muss man jeden Fall transparent aufnehmen. Und eben: Man darf keine Hinterzimmerabsprachen treffen; das ist mir sehr wichtig.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, auch das muss man nicht völlig - - Aber es ging mir um das finanzielle Interesse. Mir ging es darum - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, „Hinterzimmerabsprachen“ in dem Sinne, dass ich jetzt mit meinen - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber in der CDU/CSU hat es ja jetzt nicht ganz so gut geklappt mit den ganzen Hinterzimmerabsprachen. - Aber ich wollte jetzt eigentlich auf den anderen Punkt, dass es eben wichtig ist, in dem Zusammenhang zu wissen, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genau, aber bei den Grünen ist es perfekt gelungen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wie das eigene finanzielle Interesse dahintersteht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich würde jetzt - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das ist ja auch das, weswegen wir auch die Regeln im Bundestag geändert haben: Es geht nicht darum, ein Interesse zu formulieren, sondern offenzulegen, inwieweit es eben finanzielle zusätzliche -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Okay.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Goodies, Beteiligungen gibt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist richtig.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das ist eben bisher nicht transparent. - Ich glaube, ich brauche noch eine Runde, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Ich frage jetzt trotzdem noch mal der guten Ordnung halber bei den Kollegen der Union.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein. Dann schaue ich zu den Kollegen der SPD. - Nein. Dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

schaue ich mich selbst an. - Nein. Dann schaue ich Dr. Toncar an.

Dr. Florian Toncar (FDP): Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr De Masi? Noch Fragen?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Ich habe keine weiteren Fragen. Danke.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Dann Frau Paus. Bitte schön.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte Ihnen gar nichts in den Mund legen; selbstverständlich schätze ich Ihre Fähigkeit sozusagen, sich selber zu artikulieren.

Ich wollte aber einfach noch mal andersrum sagen: Aber es ist - - Also, der Fall Wirecard hat ja schon noch mal offengelegt, dass es eben schon gewisse Lücken und sozusagen schwarze Flecken gibt bei diesem Thema: Gibt es Regularien, Standards in der Bundesregierung bei dem Umgang mit wirtschaftlichen Interessen? - Selbstverständlich setzt sich die deutsche Bundesregierung ein für die wirtschaftlichen Interessen von deutschen Unternehmen; aber natürlich will sich die Bundesregierung auch nicht benutzen lassen zum Nachteil sozusagen der Bundesrepublik Deutschland durch deutsche Unternehmen. Das ist ja selbstverständlich.

(Die Zeugin nickt)

Deswegen dachte ich - wir haben ja auch sonst schon darüber gesprochen; Lessons Learned -, dass es hier vielleicht auch sinnvoll wäre, wenn eben zukünftig die Bundesregierung auch einen besseren Überblick darüber bekommt, welche wirtschaftlichen Interessen die Gesprächspartner, mit denen Sie sprechen, auch tatsächlich haben.

Bei den Unternehmen selber ist das ja ziemlich evident; da tragen Sie ja dann auch die Interessen vor der Unternehmen, haben Sie ja gesagt: Zwei bis 50 konkrete Anliegen von deutschen Unternehmen hatten Sie, als Sie in China waren, und

haben das dann auch vorgetragen. - Aber im Bereich der Berater - und solche Gespräche finden ja auch statt, auch mit Ihnen oder eben auch mit Herrn Röller und anderen -, da ist es ja nicht so offensichtlich. Und da ist dann auch nicht so offensichtlich sozusagen, welchen Vorteil diese Berater aus entsprechenden Terminen mit Mitarbeiterinnen des Bundeskanzleramtes oder eben auch anderer Ministerien - - spielen. Und ich will jetzt nicht das Lobbyregister oder das Gesetz nachschärfen. Ich habe ja davon gesprochen, dass die Exekutive sich ja selber auch einfach neue Standards setzen kann im Sinne von Kriterien, was man vielleicht abfragt oder abprüft bei entsprechenden Terminen von Beratern in Bezug auf deren persönliche Interessen für entsprechende Termine. - Das war meine Frage.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und deswegen wollte ich noch mal wissen, ob Sie da doch vielleicht Änderungsbedarf sehen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, also, ich glaube, dass das weitestgehend auch erfüllt ist; denn wenn jetzt zum Beispiel - - Oder andersherum: Hier handelt es sich um ein als persönlich klassifiziertes Gespräch, in dem nicht zu erwarten war, dass ein bestimmtes Interesse geäußert wird. Und nur weil in diesem Gespräch dieses Interesse geäußert wurde, ist es dazu gekommen, dass ich dann sozusagen die Maschinerie des Kanzleramtes angeschaltet habe oder einbezogen habe.

Bei allen anderen Gesprächen, die jetzt nicht als persönliche Gespräche klassifiziert sind - - Also wenn irgendjemand zu mir kommen will, den ich weder persönlich kenne - - Und der Kreis derer, wo ich sagen würde, wir machen ein persönliches Gespräch, der ist ja relativ klein; es handelt sich hier um einen ehemaligen Minister meines Kabinetts. Bei allen anderen wird natürlich eine fachliche Vorbereitung gemacht, und dann wird das alles schon im Vorhinein sozusagen ja eruiert, sodass ich dann ja eine ganz andere Informationsgrundlage habe.

Wenn Herr Karl-Theodor zu Guttenberg mir gesagt hätte: „Ich komme heute; ich möchte gerne



Nur zur dienstlichen Verwendung

einen Termin haben in meiner Tätigkeit als Berater von A, B, C, D und F“, dann hätte ich mit großer Wahrscheinlichkeit gesagt: Schick A, B, C, D und F zu mir, da brauche ich nicht mit einem Berater zu sprechen.“ - So. Und hier gab es eine Vermischung von diesen zwei - - Also, ich spreche nicht mit Beratern von Unternehmen, die irgendwelche Interessen für irgendein Unternehmen vorbringen, sondern ich gehe dann immer auf das Original, jedenfalls in der über- - Und insofern ist das jetzt entstanden aus einer Vermischung, einer persönlichen Erwartung, die sich dann vermischt hat mit seiner heutigen Tätigkeit. Ansonsten würde das gar nicht vorkommen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das finde ich sehr nachvollziehbar. Trotzdem ist es ja so, dass eben Mitarbeiter Ihres Bundeskanzleramtes ja auch mit anderen gesprochen haben und dass eben - - Ich nehme das jetzt positiv zur Kenntnis, dass Sie das anders für sich handhaben, mit der entsprechenden Vorbereitung. Deswegen ist es ja aber nicht so, dass das Bundeskanzleramt ansonsten ein lobbyfreier Raum wäre, auch durch persönliche Berater, sondern wir haben ja im Zuge von Wirecard doch wahrgenommen, dass eben da sehr viele doch unterwegs waren, nicht bei Ihnen persönlich, aber eben sozusagen bei Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Und auch da wäre es doch gut, wenn es entsprechende andere Standards gäbe, oder nicht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Herr Röller wusste nicht, warum Herr Fritsche ihn anruft und warum er tätig war, und gewundert hat er sich auch nicht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich habe - - Wenn Herr Fritsche anruft und über Wirecard spricht, dann wird ja zum Beispiel Herr Röller wissen, dass Herr Fritsche als Berater von Wirecard anruft. Also, ich glaube nicht, dass es da so viel Unbekanntes gibt. Oder - - Aber vielleicht - - Ich bin mir nicht sicher, ob wir uns intellektuell - - also ob wir über das Gleiche sprechen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja nu, also, ich fände es dann schon relevant, auch zu wissen, wie groß der Vorteil von Herrn Fritsche ist, sozusagen wie stark er da engagiert ist. Das, glaube ich, ist für die Entscheidungsfindung schon auch relevant.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut, also, Sie meinen, man muss fragen: Was kriegen Sie dafür, dass Sie jetzt zu mir kommen?

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum Beispiel.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich plädiere so-wieso - - Ich meine, es gibt so viele Berater und Leute, die sich um so viele Sachen kümmern. Ich plädiere immer dafür - für mich jedenfalls, und das würde ich meinen Mitarbeitern empfehlen -, sich dann gleich mit dem Original zu beschäftigen. Ich meine, wir sind das Bundeskanzleramt, und wir brauchen - - Es werden manchmal Beratergespräche geführt; aber im Grunde kann auch das Unternehmen selbst, was ein Anliegen hat, sich bei uns melden.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Braun war ja nicht so erfolgreich mit seinem direkten Termin, aber - - Eine Frage habe ich noch.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Er wollte auch keinen bei Herrn Röller; das will ich nur noch mal festhalten.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, stimmt. - Eine Frage habe ich noch. Natürlich ist der Umgang mit deutschen Unternehmen ein völlig anderer als mit ausländischen Unternehmen. Aber wir wissen ja sehr wohl, dass es inzwischen eben auch - unterstützt und auch gewünscht - viele deutsche Unternehmen gibt, die eben sehr erfolgreich in China sind. Es gibt auch viele deutsche Unternehmen, die in China sozusagen nicht nur Niederlassungen haben, sondern auch entsprechend Unternehmen und Töchter. Und es gibt ja ansonsten auch in Deutschland - - Es gibt inzwischen auch Engagement von China in Deutschland, bei deutschen Unternehmen, die dann eben deutsch-chinesische Unternehmen



Nur zur dienstlichen Verwendung

sind oder werden. Und deswegen wollte ich einfach noch mal wissen: Gibt es da entsprechende Anpassungen oder Änderungen an Sicherheitsstandards? Gibt es da irgendwelche Überlegungen, dass die Nachrichtendienste da doch eine Aufgabe bekommen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich habe ja erst schon über die Sicherheitsüberprüfungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes gesprochen. Und dort wird sehr wohl darauf hingewiesen, dass man bei seinen Kontakten extrem transparent sein muss und auf gar keinen Fall Persönliches und solche Kontakte miteinander vermischen darf. Und darauf muss man aufpassen; das ist ja vollkommen klar.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, mir geht es ja darum: Wenn Sie jetzt auch weiterhin Wirtschaftsdelegationen zusammenstellen, dann sind das deutsche Unternehmen. Und inwieweit dann aber eine Rolle spielt - - ob da noch mal genauer reingeschaut wird sozusagen, wie die gesamte Unternehmensstruktur ist und inwieweit dann eben solche sozusagen anderen Anteile eine Rolle spielen sozusagen bei der Betreuung und dem Einsatz der Bundesregierung, inwieweit es da eine Sicherheitsüberprüfung gibt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wenn es jetzt ein chinesisches Unternehmen ist, was jetzt seinen Sitz in Deutschland hat, wird man sich das sicherlich angucken; das ist ja klar. Aber das kommt dann -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es gibt ja auch gemischte Unternehmen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - meistens nicht in die deutsche Wirtschaftsdelegation.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meistens nicht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ich wollte einfach wissen: Gibt es solche Kriterien? - Und es gibt ja auch gemischte Unternehmen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nehmen wir mal KUKA, wo China die Mehrheit hat: Die würden ja nicht auf der deutschen Seite des Tisches sitzen bei einem solchen deutsch-chinesischen Wirtschaftsgespräch, sondern auf der chinesischen Seite.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wie gesagt, es gibt ja auch sozusagen - - mit Anteilen. Und wenn wir mal anschauen sozusagen, wem die deutschen Unternehmen gehören, jetzt nach Aktienanteilen, dann ist ja doch relevanter ausländischer Einfluss auch bei DAX-Unternehmen da. Deswegen wollte ich einfach wissen: Gibt es grundsätzlich da eine Strategie zur Sicherheitsüberprüfung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Es wird versucht, alles Wissen über das Unternehmen, was relevant sein könnte, zusammenzustellen, und das tun die Mitarbeiter. Aber jetzt im Einzelnen kann ich Ihnen nicht sagen, wer genau da immer zu jedem Unternehmen befragt wird.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und ich muss jetzt auch sagen: Ich meine, wenn Sie jetzt die Aktienstruktur von jedem Unternehmen sich anschauen und dann - - Irgendwann wird das auch sehr kompliziert. Aber wir sind wachsam, und nach Wirecard sind wir sicherlich noch wachsamer, als wir früher waren.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Dann frage ich noch der guten Ordnung halber: Gibt es den Wunsch, besteht das Bedürfnis, noch in eingestufter Sitzung der Frau Bundeskanzlerin Fragen zu stellen? - Auch das kann ich nicht erkennen.

Ich stelle fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss Ihrer Vernehmung.

(Die Zeugin nickt)

Ich darf mich jetzt an dieser Stelle recht herzlich bei Ihnen bedanken, Frau Bundeskanzlerin. Ich wünsche Ihnen ein gutes und schönes Wochenende und, wie ich es allen Zeuginnen und Zeugen in dieser schwierigen Zeit wünsche: Bleiben Sie gesund, und kommen Sie gut durch die Zeit!

Zeugin Dr. Angela Merkel: Danke schön. Das mit der Gesundheit wünsche ich Ihnen auch. Und schließen Sie Ihre Beratungen gut ab! Sie haben ja echt viel gearbeitet; -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Danke. Wir tun unser Bestes, Frau Bundeskanzlerin.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - das ist eine Ehre für das Parlament, dem ich ja auch angehöre.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich habe ja schon gehört: handsigniert von allen Mitgliedern hier. - Gut.

Dann würde ich diese Sitzung schließen. Ich mache jetzt Presse und alle Kolleginnen und Kollegen darauf aufmerksam: Wir haben eben uns abgesprochen, zunächst vor die Presse zu treten, unsere Statements abzugeben.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Okay. Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Frau Bundeskanzlerin, ich wünsche was! - Und danach beraume ich dann noch mal eine Beratungssitzung an. - Vielen Dank.

Diese Sitzung ist nunmehr geschlossen.

(Schluss: 14.58 Uhr)

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der
Zeugin Dr. Angela Merkel



Nur zur dienstlichen Verwendung

wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben das Wort.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, danke schön. - Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich möchte darauf verzichten, die Ihnen vorliegende Chronologie des Bundeskanzleramts zum Fall Wirecard in diesen einleitenden Anmerkungen im Einzelnen vorzutragen, weil ich ja davon ausgehe, dass sie Ihnen allen hinlänglich bekannt ist. Vielmehr möchte ich mich auf der Grundlage dieser Chronologie in meinen einleitenden Anmerkungen auf die Berührungspunkte konzentrieren, die ich persönlich mit der Wirecard AG hatte. Die Unterlagen, auf die ich mich beziehen werde, liegen diesem Untersuchungsausschuss vor. Dies sei nur der Ordnung halber vorausgeschickt.

Nun zum Inhaltlichen. Mit Vorlage der Referate 433 und 412 des Bundeskanzleramtes vom 30. Juni 2020 wurde ich davon unterrichtet, dass - und ich zitiere jetzt aus der Vorlage -

der Zahlungsdienstleister Wirecard ... am 25. Juni 2020 Insolvenzantrag wegen drohender Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung gestellt

hat.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt; gegen VV Markus Braun und ein weiteres Vorstandsmitglied wurde Haftbefehl erlassen. Hr. Braun hat sein Vorstandsmandat mittlerweile niedergelegt.

...

Seit 2016

- und ich zitiere weiter aus der Vorlage vom 30. Juni 2020 -

gab es an den Finanzmärkten immer wieder Spekulationen über Betrug, Korruption und Geldwäsche bei Wirecard. Anfang 2019 hat die Financial Times Wirecard

öffentlich Bilanzfälschung ^{Betrug} [sic] vorgeworfen. Daraufhin hat Wirecard im Oktober 2019 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG mit einer Sonderprüfung beauftragt. Der Bericht wurde am 28. April 2020 veröffentlicht, konnte den Vorwurf jedoch nicht ausräumen. Am 18. Juni 2020 räumte Wirecard ein, dass nach Informationen des ... Abschlussprüfers des Unternehmens, Ernst & Young ..., ein Betrag von 1,9 Mrd. Euro (rd. ein Viertel der Konzern-Bilanzsumme) im Asiengeschäft entweder verschwunden ist oder nie existiert hat. Mittlerweile weitet sich der Betrugsverdacht auf weitere Konzernbereiche aus, so dass erhebliche Bedenken in Bezug auf das Ertragspotential des Konzerns bestehen.

Die Sachverhaltsaufklärung läuft noch.

Ich zitiere weiter aus der Vorlage vom 30. Juni 2020 an mich.

Bereits jetzt ist davon auszugehen, dass auch Versäumnisse der Wirtschaftsprüfer von Wirecard ..., der BaFin sowie der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung ... vorliegen. EY

- oder Ernst & Young -

erteilte den Jahresabschlüssen der Wirecard AG jahrelang ein uneingeschränktes Testat. Die BaFin hat zwar im Februar 2019 Anlass gesehen, den schwerwiegenden Vorwürfen bei Wirecard nachzugehen und die DPR um eine Bilanzprüfung gebeten, ist den Vorwürfen aber nicht weiter nachgegangen; Ergebnisse der DPR-Prüfung liegen noch nicht vor (für Juli angekündigt). DPR und BaFin wird daher u.a. „Verschleppung“ vorgeworfen; insgesamt habe die Bilanzkontrolle versagt.

Bilanzprüfung



Nur zur dienstlichen Verwendung

Am 3. September 2019 schickte Herr zu Guttenberg mir im Nachgang zu unserem persönlichen Gespräch über mein Büro eine E-Mail, mit der er mir - ich zitiere daraus - „die Adresse der beiden jungen A.I. Herren der Firma Augustus Inc.“ - Zitat Ende - übermittelte. Ich habe diese E-Mail an die im Bundeskanzleramt unter anderem für den Bereich AI - also auf Deutsch: künstliche Intelligenz - zuständige Leiterin der Abteilung 6 „Politische Planung, Innovation und Digitalisierung, Strategische IT-Steuerung“, Frau Christiansen, mit der Bitte um Stellungnahme weiterleiten lassen.

Auch hier gehen meine Erinnerungen und die Schilderung von Herrn zu Guttenberg ein wenig auseinander. Gut erinnere ich mich daran, dass Herr zu Guttenberg mir von einem KI-Start-up erzählte, das sich mit Gesichtserkennung befasse. Nach meiner Erinnerung erzählte er mir auch, dass es Deutsche seien, die in den Vereinigten Staaten von Amerika diese Entwicklung betrieben. Ich erinnere mich jedoch nicht daran, dass Herr zu Guttenberg in dem Gespräch die Namen der Firma oder von Personen nannte. Aber auch in diesem Fall ist das Ergebnis unerheblich; denn mit seiner E-Mail übermittelte er diese Informationen, die ich dann fachlich prüfen ließ.

Augustus Intelligence - das erwähne ich der Vollständigkeit halber - war kein Thema bei meinen politischen Gesprächen in China und gehörte auch nicht meiner Wirtschaftsdelegation an. Es nahm auch nicht auf deutscher Seite an der Unterzeichnungszereemonie von Verträgen teil. Auch erfolgte über die von Herrn zu Guttenberg über mein Büro an mich gesandte E-Mail vom 3. September 2019 hinaus keine Kommunikation zum Thema Augustus Intelligence. - So viel hierzu.

Gestatten Sie mir eine abschließende Bemerkung zu dem uns eigentlich beschäftigenden Thema Wirecard. Das Bundeskanzleramt konnte zu Wirecard nicht informierter sein als das Bundesfinanzministerium und die weiteren Fachressorts. Den Kenntnisstand des Bundesfinanzministers haben Sie gestern ja ausführlich erörtert. Das Bundeskanzleramt hatte keinen Grund, bösgläubig etwa gegenüber Hintergrundinforma-

tionen des Bundesfinanzministeriums zur Situation bei Wirecard zu sein, die die Fachabteilung des Bundeskanzleramts im Vorfeld meiner China-Reise erbeten hatte. Ein solch vertrauensvoller Austausch zwischen dem Bundeskanzleramt und den Fachressorts ist geübte Staatspraxis.

Fazit: Was seit Sommer 2020 Sachlage ist und was seitdem über den Bilanzskandal und die Insolvenz der Wirecard AG bekannt ist, das war 2019 nicht der damalige Erkenntnisstand. Es gab damals allen Presseberichten zum Trotz keinen Anlass, von schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten bei Wirecard auszugehen.

Einen hundertprozentigen Schutz gegen kriminelle Energie und kriminelles Verhalten, wie es im Fall Wirecard offenbar wurde, gibt es nicht. Gleichwohl musste und muss alles getan werden, um die Wiederholung eines solchen Falls zu verhindern. Dazu notwendige Maßnahmen hat die Bundesregierung unmittelbar nach der Insolvenz von Wirecard eingeleitet.

Deshalb wurde am 7. Oktober 2020 der „Aktionsplan Wirecard“ vorgestellt. Darauf aufbauend wurde am 16. Dezember 2020 das Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität auf den Weg gebracht, mit dem Schwachstellen bei der Bilanzkontrolle beseitigt, die Unabhängigkeit der Abschlussprüfer gestärkt, ihre Haftung bei Fehlverhalten erhöht und Schutzmechanismen gegen Manipulation der Bilanzen sowie insbesondere der internen Kontrollen in den Unternehmen verbessert werden sollen.

Daneben hat die Bundesregierung am 24. Februar dieses Jahres zur Verbesserung der Arbeit der BaFin eine Formulierungshilfe zu dem Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität verabschiedet. Sie sieht vor, die Rolle des Präsidenten der BaFin zu stärken und die Amtszeit der Mitglieder des Direktoriums zu verkürzen. Das Gesetz befindet sich derzeit in der parlamentarischen Beratung. Es wird noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.



Nur zur dienstlichen Verwendung

gehen, die sicherlich manchmal auch Insiderwissen in sich tragen, innerhalb der Versicherungswirtschaft und im Management - - Wie halten Sie das da im Kanzleramt? Weil das hat mich schon erschüttert, wie in einigen Behörden, man muss schon fast sagen: lax, auch was die Überprüfung eben angeht - - Es ist ja gut, wenn man vertraut, aber Sie kennen auch den Spruch sicherlich aus Ihrer Vergangenheit: „Vertrauen ist gut ...“ Und gerade wenn ich das Kanzleramt nehme und Sie sich auf die Informationen verlassen müssen: Wie läuft das da mit Compliance und auch einem Checken dieser Compliance innerhalb Ihres Hauses?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich vertraue meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern; das ist ganz selbstverständlich. Ich kann mich auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlassen, gehe auch davon aus, dass alle, die hier im Untersuchungsausschuss waren, das, was sie wussten, Ihnen gesagt haben, und habe für Misstrauen keinerlei Anhaltspunkte. Das ist schon fast zu negativ gesagt. Also: Ich vertraue denen voll. Und ansonsten gelten die Compliance-Regeln, die wir in der Bundesregierung haben, und an die halten sich auch alle.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Können Sie vielleicht einige dieser Compliance-Richtlinien mal nennen? Und wie würde es Ihr Vertrauen in eine Sie beratende Person tangieren, wenn Sie eben wüssten, dass die bessere Hälfte, also die Ehepartnerin in dem Fall, in einem Themenkomplex unterwegs ist, der beispielsweise Ihre China-Reise tangieren könnte?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich sage es noch mal: Dazu gehört nicht, dass ich mich für die Berufstätigkeiten und Tätigkeiten aller Ehepartner und Familienangehörigen ersten Grades interessiere. Das gehört, glaube ich, auch nicht dazu. Sie kennen ja auch die Restriktionen und Trennungen, die wir machen, in Personalgesprächen und Ähnlichem. Und insofern habe ich nicht den geringsten Anlass, mein Vertrauen in Herrn Röller und alle anderen Mitarbeiter infrage zu stellen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay. Das heißt im Umkehrschluss, da gibt es keine Compliance.

Weil ich kenne viele Unternehmen, die das auch mit einer Selbstverständlichkeit ihren Mitarbeitern mitteilen, dass, wenn beispielsweise der Ehepartner oder die Ehepartnerin in derselben Firma, in derselben Abteilung oder sogar in derselben Company - es kommt dann auf den Grad des Managements an - - entweder versetzt werden oder, sofern dies nicht möglich ist, dies sogar zu einer Freisetzung führen kann. Und im Kanzleramt, das so überragend wichtig ist, wo es zu solchen Interessenskonflikten, was ich ja per se nicht schlimm finde - - Ich bin da Ihrer Meinung: Da soll jeder der Berufsfreiheit folgen. Aber Compliance und Erfolg ist ja in einer gewissen Hinsicht auch freiwillig. Und ich bin jetzt im Kanzleramt, und meine Frau wäre im Im- und Export mit asiatischen Artikeln oder bestimmten anderen Dingen, Finanzinstrumenten tätig - wie gesagt, dem gehen wir noch nach -: Dann sehe ich schon eine gewisse Implikation, und ich sehe da auch Handlungsbedarf, um da das Wort Ihres Vorgängers mal zu zitieren. Denn Sie sind ja Kanzlerin; Sie sind Kanzleramt; Sie sind nicht irgendwas. Es ist schon etwas, da müssen die Leute drauf, finde ich, vertrauen können; da schauen Menschen auch hoch, nach wie vor. Und da erwarte ich - das ist meine persönliche Haltung -, wenn wir aus Wirecard Lehren ziehen, dass Compliance sich ganz strikt und stringent durch alle Ministerien inklusive Kanzleramt zieht. Und das hat auch was - nehmen Sie es mir nicht übel - mit Familienangehörigen zu tun, weil das kann sehr wohl zu Interessenskonflikten und insbesondere zu Insiderweitergabe führen - Fälle, die ich selbst schon in tragischer Art und Weise in meiner Berufslaufbahn erlebt habe, selbst unbeabsichtigt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich finde - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Denn eine Chinese Wall, die kann ich nicht - - Ich sage es mal etwas plakativ - einige werden lachen -: Eine Chinese Wall gibt es für gewöhnlich nicht im Ehebett.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie insinuiieren hier Dinge, die mit dem Sachverhalt aus meiner Sicht - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nee. Nein, Frau Bundeskanzlerin, ich habe Sie jetzt konkret auf Professor Jan-Hendrik Röller angesprochen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das habe ich schon verstanden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Und wir haben hier divergierende Aussagen gehabt. Und er musste seine Aussage sogar aufgrund der sehr guten Vorträge - - Ich weiß nicht, wer es von den Kollegen war - das ist keine Böswilligkeit -, die das aufgedeckt haben. Und er musste seine Aussage - das ist ja auch völlig legitim; wenn man seine Aussage macht, hat man ja bis zu zwei Wochen Zeit und bis wir abgeschlossen haben - korrigieren. Alles andere - - Hier wird ja auch entsprechend aufgeklärt, dass man die Wahrheit zu sagen hat. Und deswegen frage ich da schon. Das ist nicht insinuiert. Das ist leider Gottes eine bittere Tatsache, die wir hier erleben mussten.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut. Das ist jetzt Ihre Bewertung, -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Natürlich.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - und Sie haben ja auch Herrn Röller befragt; er hat seine Aussagen gemacht. Ich sage nur, dass der Sachverhalt, dass das Thema Wirecard - darum geht es doch -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - in China zur Sprache kam, aus sich heraus seine Logik hatte. Wir haben einen Finanzdialog mit China geführt. Wir haben uns um mehr Marktzugang bemüht. Wir haben darüber gesprochen, dass deutsche Firmen auf den chinesischen Markt kommen sollen, dass auch chinesische Akteure vielleicht auf den deutschen Markt kommen. Das alles ist über Monate und Jahre besprochen worden. Und in dem Zusammenhang hatte es seine Richtigkeit, dass ich das Thema „Wirecard und Marktzugang“ unter anderem, neben anderen Anliegen der deutschen Wirtschaft, in China bei meinen Gesprächen zur Sprache gebracht habe. Das ist das, was für mich - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: D'accord. Das unterstütze ich sogar.

Zeugin Dr. Angela Merkel: So. Und darüber hinaus ist mir nichts bekannt. Also, aus sich heraus habe ich ~~Wirecard~~ das gemacht. Und deshalb ist mir nichts bekannt. Und ich habe keine Gründe, an der Loyalität, an der Integrität und an der Präzision der Arbeit von Herrn Röller zu zweifeln.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Ich will das, was ich bisher immer nicht getan habe, weil ich da immer versuche, mit gutem Beispiel voranzugehen - - Aber nehmen wir mal das Beispiel an, ich wäre Vorstandsvorsitzender einer großen Versicherung und führe Fusionsgespräche und meine Ehefrau sitzt in Frankfurt und managt einen großen Fonds. Dann gibt es ein Problem, entweder für mich oder für meine Frau. Jedenfalls gäbe es sogar ein Problem, wenn meine Frau dann die Aktien des Unternehmens - die steigen ja meistens -, das übernommen wird, sofern es ein Friendly Take-over ist, manchmal auch bei einem feindlichen, aber ist ja auch egal - - Da gibt es ein Problem. Und nun lege ich diesen erhöhten Sorgfaltsmaßstab an, und Sie sagen mir: Nee, ich sehe das eigentlich nicht so; ich habe vollstes Vertrauen.

Dieses Problem des vollsten Vertrauens - - Ich weiß nicht, was Herr Hufeld da vielleicht jetzt im Nachgang über seine Abteilung und über Frau Roegele denkt; das muss er mit sich ausmachen. Aber in jedem Falle sind Sie das Bundeskanzleramt. Und das ist für mich mit erhöhten Sorgfaltspflichten verbunden, dort zu arbeiten, wie Sie sicherlich auch jeden sicherheitsüberprüfen, was wir durchmachen müssen, was völlig legitim ist, wenn wir in die Geheimschutzstelle gehen. Und jetzt sagen Sie mir: Ach, ich vertraue da eigentlich. - Und das heißt, wenn ich die Medaille umdrehe, es ist Ihnen völlig egal, was die Ehepartner machen und ob die das, was erfahren werden kann - - Das muss noch nicht mal planmäßig sein; das kann aus Versehen passieren. Sie kommen von einem Tag nach Hause und sagen: Mein Gott, wir hatten Fusionsgespräche mit Firma Y. - Dann haben Sie ein Problem, beide. Und ich finde, wenn das so - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

setzt, dass entsprechend den internationalen Gepflogenheiten China möglichst vielen internationalen Abkommen beitrifft, im Rahmen der WTO zum Beispiel, und auch Vergabeabkommen unterzeichnet, ILO-Normen einhält und vieles andere mehr.

Und wir setzen uns für eine Reziprozität des Zugangs zu den Märkten ein und haben uns natürlich in dem Zusammenhang auch über viele Jahre dafür eingesetzt, dass neben den Minderheitsbeteiligungen, „Joint Venture“ Stichwort, auch umfangreichere und Mehrheitsbeteiligungen oder ausschließliche Beteiligungen möglich sind.

verhandelt Sie wissen, dass wir seit vielen Jahren ja auch an diesem Investitionsabkommen auf der europäischen Ebene ^{ver} handeln. Wir haben dort während unserer deutschen Ratspräsidentschaft Fortschritte gemacht, sowohl was die geografischen Herkunftsbezeichnungen für viele Produkte anbelangt als auch was Marktzugangsmöglichkeiten anbelangt. Das wurde ja dann zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft noch abgeschlossen.

Und in diesem Bereich ^{LD} wird auch sektormäßig verhandelt. Wir haben ja sehr viel Engagement in der Automobilindustrie, wir haben es in der Chemieindustrie, und wir haben es eben dann auch mit der Öffnung Chinas in Richtung der internationalen Finanzmärkte durch diesen hochrangigen Finanzdialog seitens des BMF über viele Jahre besprochen. Und unser Interesse ist also reziproker Zugang zum chinesischen Markt und eine faire Behandlung auch bei öffentlichen Ausschreibungen zum Beispiel, wenn es um Investitionen in China geht.

Das ist die grundlegende Strategie. Die ist aber - - unterscheidet sich jetzt nicht von der mit anderen Ländern, die nicht die Offenheit der Märkte haben, wie wir das von uns jetzt innerhalb der europäischen Union kennen. Also, das gilt für Vietnam, das gilt für Indonesien, das gilt für andere Länder auch.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Zu dem Thema Wirtschaftsdelegation hatte ich noch einige Fragen; die haben Sie schon abgeräumt.

Deshalb würde ich noch mal grundsätzlich das Bild, was Wirecard in der Bundesregierung hatte zum Zeitpunkt Ihrer China-Reise gerne beleuchten. Also, welche Sicht hatte die Bundesregierung zu dem Zeitpunkt auf Wirecard? Denn wir haben jetzt so aus den Vernehmungen anderer Personen hier vernommen, dass da eher so der Eindruck entstand, dass Wirecard eher wenig Kontakt überhaupt zur Bundesregierung hat. Deshalb gab es ja seitens des Unternehmens da auch einige Bemühungen, da den Kontakt zu verstärken oder überhaupt herzustellen. Also, welchen Blick hatten Sie persönlich oder hatte die Bundesregierung auf Wirecard zu dem Zeitpunkt der Reise?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, den Blick der Bundesregierung kann ich jetzt hier nicht umfassend darstellen. Dazu hatten Sie ja auch viele Akteure der Bundesregierung.

Für mich war Wirecard - - Ich wusste, dass es in den DAX aufgestiegen ist. Ansonsten war für mich Wirecard keine Größe. Wie gesagt, ich hatte Herrn Braun nicht persönlich getroffen. Ich habe mich nicht weiter interessiert. Mir leuchtete nur ein im Zusammenhang dann mit der China-Reise und dem Finanzdialog, den wir geführt hatten, dass Wirecard ein Akteur sein könnte, der natürlich, wie andere deutsche Unternehmen auch, Interesse am chinesischen Markt haben kann.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Fühlten Sie sich oder fühlen Sie sich heute mit Blick auf damals im Vorfeld auf die China-Reise angemessen von Ihrem Haus vorbereitet?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, dass das Kanzleramt das Notwendige getan hat. Man hatte noch beim BMF nachgefragt, welche Informationen da sind. Da wurden ja auch einige Informationen übersandt, die aber alle öffentlich auch zugänglich waren. Und man hat dann in der Fachabteilung die Dinge bewertet und den Schluss daraus gezogen, dass ich das Thema Wirecard ansprechen konnte bei meinen Gesprächen. Und das ist das, was mich erreicht hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und dann würde ich sagen: Damals war das gerechtfertigt. Heute würde man es natürlich mit dem Wissen anders machen; das ist richtig.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist sicherlich so. - Dennoch die Frage: Gab es irgendwelche Warnungen im Vorfeld der Reise, die dann zu irgendwelchen schwerwiegenden Bedenken da geführt haben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, an mich gab es keine Warnung, weil ja nach den Einholungen der Informationen vom BMF in dem vertrauensvollen Austausch mit dem BMF die Beamten des Kanzleramts entschieden haben, dass ich das Thema ansprechen kann. Und insofern war es eines unter vielen.

Sie müssen sich das auch bei den Reisen nicht so vorstellen, dass das eine Reise war, bei der das einzige Thema, das ich anzusprechen hatte, Wirecard war, sondern es gibt dann eine Vielzahl von Unternehmenswünschen. Die werden in einem Block, der sich mit Wirtschaft befasst, besprochen. Aber daneben gibt es bilaterale Fragen, internationale Fragen, Menschenrechtsfragen, Justizfragen.

Und dann müssen Sie sich vorstellen, das sind Gespräche, die finden, wenn sie sehr effizient sind, mit Simultandolmetschung statt. Manchmal finden sie sogar konsekutiv statt. Dann hat man eine Stunde Zeit und hat ungefähr 30 oder 40 Sachen, die man ansprechen muss. Und da spielt also, sagen wir mal - - Da wird ein Stichwort genannt, ~~aber nicht jetzt -~~

Im Nachhinein sieht es so aus, als wäre die China-Reise vielleicht eine Wirecard-Reise gewesen. Das ist weit entfernt, sondern es war unter vielen Unternehmensanliegen und mindestens 20 - - oder 10 bis 20 Gesprächsbereichen war es ein Wirtschaftsanliegen unter mehreren, was in die allgemeine Philosophie passte, weil wir uns eben auch mit den Finanzmärkten beschäftigt haben.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir hatten das intensiv zu diesem Thema auch des deutsch-chinesischen Finanzdialogs erörtert, weil es da ja auch

Listen gab mit Anliegen, die dann eine Rolle gespielt haben. Es war für uns etwas unbefriedigend, weil das immer alles geschwärzt war bis auf das eine Thema Wirecard; aber ist natürlich auch nachvollziehbar. Aber da geht es eben auch darum, da viele Interessen unterzubringen.

Wie ist denn diese Vorbereitung gelaufen? Oder wie läuft das normalerweise? Sie haben jetzt gerade das Finanzministerium, dass da eine Mail erfolgt ist mit Informationen, die öffentlich zugänglich waren - - Ist das der normale Weg, dass Sie dann - - Oder warum ist die Anfrage dann ans Bundesfinanzministerium gegangen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, es werden verschiedenste Anfragen gemacht, also, wenn man - - Die Fachbeamten des Bundeskanzleramts versuchen, die Bundeskanzlerin so gut wie möglich vorzubereiten. Jetzt kommen Firmen ~~da~~, dann fragt man das Wirtschaftsministerium zu bestimmten Firmen, dann fragt man das Finanzministerium, dann fragt man vielleicht manchmal auch den BND, ob Erkenntnisse vorliegen, wenn es um ausländische Firmen geht.

Und so wird versucht, alles abzuklopfen, damit dann eine möglichst gesicherte Grundlage für eine Empfehlung an mich da ist. Und wenn man sich das anschaut, was da eine solche Reise an Vorbereitungen mit sich bringt, dann ist das schon beträchtlich.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ich würde - -

(RD Robert Fritz (BMF):
Herr Vorsitzender? Entschuldigung!)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Herr Fritz.

RD Robert Fritz (BMF): Ich muss mal kurz um das Wort bitten. Entschuldigen Sie, Frau Bundeskanzlerin.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Können wir die Zeit stoppen?

Vorsitzender Kay Gottschalk: Zeit stoppen, bitte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ist das so ein normaler Weg, dass, wenn jetzt an Sie oder auch an andere Mitglieder der Bundesregierung oder an hohe Beamte von außen Vorgänge herangetragen werden oder Begehren auch herangetragen werden, das sozusagen zur Veraktung dann irgendwo hingeleitet wird und man sagt: „Ist aber nur jetzt zur Kontaktherstellung“? Oder wie wäre da der saubere Weg oder der richtige Weg?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Der richtige Weg - ~~das geht mir ja jeden~~ - ich kann das von mir berichten -: Ich sage mal: Wenn ich jetzt den Deutschen Bundestag betrete, kann ich davon ausgehen, dass an mich sicherlich drei bis zehn Anliegen herangetragen werden in einer überschaubaren Zeit. Und dann versuche ich, die im Kopf zu behalten und zu sagen: „Videogrußwort für den Verband“ und dann den Leuten das weiterzuleiten, die damit befasst sind. Das ist unser tägliches Geschäft.

Sie haben sicherlich auch schon mal einen - also, meine ich jetzt nicht böse, aber - - Minister angesprochen

(Heiterkeit)

und über was geredet. So. Und dann müssen wir natürlich versuchen, zuverlässig zu sein; aber wir dürfen auch keine falschen Zusagen machen. Also, ich habe zum Beispiel ein ganz festes Prinzip, wenn mich jemand anspricht, irgendwo auf dem Weg, dass ich das nie zusage, sondern sage: „Ich kümmere mich drum“ oder „Schreib meinem Büro“ oder „Schreiben Sie meinem Büro“, aber bloß keine Zusagen, die man nicht übersieht, aber andererseits auch keine Ignoranz, sondern sagen: Ich werde mich darum kümmern.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Es ist ja auch nachvollziehbar, dass Sie jetzt nicht Ihre Terminplanung selbst durchführen bzw. auch -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die führe ich schon durch:

Matthias Hauer (CDU/CSU): - alles spontan bewerten.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genau.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Das ist ja auch unsere Erwartungshaltung alle an die Bundeskanzlerin selbstverständlich. - Ich möchte noch mal zu diesem - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber jetzt noch mal zu dem Ernst Ihrer Frage, weil es ging ja auch nicht nur um mich, sondern - - Also, es ist doch ganz normal, wenn man - - weil bekannt ist, dass wir irgendwo arbeiten oder machen, werden Anliegen an uns herangetragen. Dann ist die Aufgabe, diese Anliegen weiterzuleiten. Aber da gibt es eine Neutralitätsverpflichtung, sie nicht gleich mal mit dem persönlichen Bekanntheitsgrad zu verbinden. So. Das finde ich schon wichtig.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Jetzt habe ich noch 45 Sekunden. Die will ich natürlich auch nutzen. Deshalb - - Aber Sie dürfen so lange antworten, wie Sie möchten. Insofern muss ich es jetzt nur schaffen, meine Frage in diese 45 Sekunden zu pressen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na dann mal ran!

(Heiterkeit)

Matthias Hauer (CDU/CSU): Es sieht gut aus, ich werde es schaffen. - Ich möchte noch mal zu den Berichten in der „Financial Times“ kommen. Sie hatten ja auch angesprochen, dass es eine negative Berichterstattung über Wirecard gab, die sich jetzt auch als - - Wir wissen, dass das meiste davon auch stimmte, was berichtet war. Es gab aber auch viel positive Berichterstattung über Wirecard über die Jahre, auch von renommierten Zeitungen, auch in Deutschland.

Mich würde interessieren, inwieweit Ihnen jetzt, unabhängig davon, dass es ja durch die übermittelten Informationen - die waren ja öffentlich zugänglich - auch eben Hinweise auf diese kritische Berichterstattung gab - - Aber was wussten Sie zum Zeitpunkt der Reise, weil das ist ja der für uns hier maßgebliche Zeitpunkt? Was war Ihnen bewusst über diese „Financial Times“-Berichte?



Nur zur dienstlichen Verwendung

das schreibt, was er mir gesagt hat. Das steht nicht gegeneinander.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, er sagte auch noch aus in seiner Aussage hier im letzten Dezember:

... Frau Bundeskanzlerin wusste natürlich von dem DAX-Unternehmen Wirecard; ob sie sich aber bereits im Detail damit befasst hatte, war für mich nicht erkennbar. Sie sagte allgemein so etwas wie ...

Also, daraus entnehme ich, dass er jedenfalls ausgesagt hat, dass der Name Wirecard gefallen sei. Natürlich, das ist ja auch naheliegend.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das schließe ich nicht aus. Da habe ich keinen Grund, an der Aussage von Herrn zu Guttenberg zu zweifeln.

Dr. Florian Toncar (FDP): Herr zu Guttenberg hat auch geschrieben an eine Mitarbeiterin aus dem Bundeskanzleramt am selben Abend:

Liebe Frau ...

- ich nenne den Namen jetzt nicht -

Herr zu Guttenberg hatte eine Nachricht auf die Mobil-Nr. von Frau Bundeskanzlerin geschickt - leider mußte er feststellen, daß wohl insbesondere die Anrede nicht richtig rübergekommen war.

Haben Sie Erinnerung, dass Sie von Herrn zu Guttenberg noch mal eine Nachricht auf Ihr Mobiltelefon bekomme haben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, da war ich sehr erstaunt, als ich die E-Mail sah, weil die wurde mir - - habe ich mir natürlich angeguckt. Und da kann ich mich - - Er hat es ja dann in der E-Mail geschrieben, aber ich habe jedenfalls keine Erinnerung an eine Mobilnachricht.

Dr. Florian Toncar (FDP): Wurde da noch mal nachgeschaut, ob da vielleicht eine eingegangen ist?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wenn ich eine gehabt hätte, hätte ich ja die sofort an Frau Christiansen weitergegeben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Also, aber das heißt, es wurde jetzt rund um den Untersuchungsausschuss -

Zeugin Dr. Angela Merkel: In meiner Er -

Dr. Florian Toncar (FDP): - auch nicht noch mal gesondert nachgeschaut.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wie bitte?

Dr. Florian Toncar (FDP): Das heißt aber, jetzt im Kontext dieses Untersuchungsausschusses, wo ja Material auch vorgelegt werden musste, wurde nicht noch mal gesondert - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, die ist natürlich nicht da, weil ich diese Dinge, weil ich alles zeitnah lösche. Aber die - -

Dr. Florian Toncar (FDP): Okay. Also es gab den Prüfprozess, aber die E-Mail ist nicht mehr auffindbar gewesen? - Fragezeichen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich habe auch daran keine ~~klare~~ Erinnerung. Ich kann mir nur nicht vorstellen, wenn ich das alles doppelt gehabt hätte, dass ich ~~es nicht doppelt~~ ^{also} dann gesagt hätte: Es ist aber unnötig, dass er die E-Mail schreibt, sondern wir haben mit der E-Mail gearbeitet, ~~und ja~~ ^{JKS.}

Dr. Florian Toncar (FDP): Es wäre interessant, zu sehen, ob die Textnachricht der E-Mail entspricht. Da drückt man sich ja normalerweise anders aus. Also, deswegen bedaure ich, dass wir die nicht haben.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, deshalb sage ich auch, dass ich nach meiner Erinnerung diese Textnachricht nicht jedenfalls in Erinnerung habe.

Dr. Florian Toncar (FDP): Gut.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Gut, aber - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dazu kann ich jetzt nicht Stellung nehmen. Ich kann nur sagen, dass es, auch unbeschadet der Information, die er noch hatte zu Wirecard, viele Unternehmen gibt, die keinen Gesprächstermin bei mir bekommen, sondern nur einen bei Herrn Rölller, auch DAX-Unternehmen, weil meine Zeit nicht ausreicht, -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Klar.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - um mit allen Unternehmen zu sprechen. Also auch wenn keinerlei negative Information vorliegt, dann - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ganz klar. Und sozusagen warum - - Eigentlich ist es eine Petition. Warum wir, glaube ich, oder mehrere von uns so ein bisschen auf diesem Punkt rumreiten, ist einfach die Frage, weil es sozusagen einerseits die Lesart gibt: Das Kanzleramt wusste nichts. Ich sage mal, die politisch ein bisschen zugespitzte Variante ist: Das Finanzministerium hätte das Kanzleramt warnen müssen. Und gleichzeitig sage ich dann einfach jetzt hier: Na gut, das Kanzleramt hätte möglicherweise seine eigenen Vermerke stärker zur Kenntnis nehmen müssen.

Weshalb ich da jetzt noch mal zu Herrn Guttenberg komme - ist nämlich die Frage, die ich mir stelle -: Also, wir haben hier einen sehr, sehr guten Fachbeamten, der die Lage exakt so schildert, wie es ist. Und dann haben wir aber eben - - der zumindest - da können wir uns drauf einigen - es erwähnt, dass es momentan aufgrund der Berichterstattung, unabhängig von Termingründen, auch nicht unbedingt ratsam wäre.

Und dann haben wir eben Ende des Jahres die China-Reise, und dann hätte man ja sagen können: Na ja, wenn das so den Dienstweg aus den Referaten nach oben gegangen wäre, hätte man vielleicht auch gesagt: Na ja, wir sollten uns jetzt nicht so explizit für Wirecard einsetzen. - Aber das ist nicht passiert, weil ja - - Das hat einen ganz anderen Weg genommen. Also, Herr zu Guttenberg ist zu Ihnen gekommen. Sie haben ihm das ihm gesagt: Bitte E-Mail an Herrn Rölller mit dem Thema. Und das heißt, das Wirecard-

Thema musste gar nicht die Hierarchie nach oben; das war sofort beim Chef-Wirtschaftsberater - - und hat es deswegen dann auch sozusagen in die Vorbereitung der China-Reise gepackt. Und das ist ja augenscheinlich in diesen zwei Vorgängen, dass es über unterschiedliche Wege zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen geführt hat.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, das glaube ich nicht, denn der Papageorgiou-Vermerk kannte nicht, welche Dinge schon im Finanzministerium ja auch mit Wirecard zusammen - - oder wo Wirecard schon bei diesem Finanzdialog eine Rolle spielte. Und natürlich ist das ja auch nicht bei Herrn Rölller gewesen, sondern muss ja mindestens bis zu dem Referat gegangen sein, wo man sich auch mit den Teilnehmern an der - - oder mit den Gesprächsvorbereitungen befasst hat. Die macht ja nicht Herr Rölller alleine. Und man hat sich dann noch mal wieder ans Finanzministerium gewandt. Und das, was Herr Papageorgiou nach meiner Erinnerung dort vorbringt, sind ja Dinge, die waren auch presseöffentlich, dass da ein staatsanwaltschaftliches Verfahren in München war. Jetzt kann ich nicht sagen, ob das im September schon eingestellt war oder nicht. Es war jedenfalls im Laufe der Sache eingestellt. Es gab ja ganz unterschiedliche Diskussionen über Wirecard. Und insofern kann man aus dem unterschiedlichen Weg, glaube ich, nicht sagen, dass jetzt eine ~~klare~~ Pflichtverletzung vorlag, dass man nicht wieder in den letzten Vermerk von Januar geguckt hat, als man im September sich mit der Frage befasst hat.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Also, ehrlicherweise: Pflichtverletzung sehe ich auch keine. Aber natürlich zeigt sich an diesem Fall, wie mächtig sozusagen auch der Zugang von Herrn zu Guttenberg war. Und ich glaube, hier einige im Raum - - Also, ich sage ganz ehrlich: Ich war sehr beeindruckt von dem Auftritt von Herrn zu Guttenberg hier. Ich habe da gemerkt: Warum ist er so gehandelt worden, wie er gehandelt wurde? Das war vor meiner Zeit hier im Haus.

Aber ich war ziemlich erbost, als quasi alle Behauptungen, die Herr zu Guttenberg hier in diesem Ausschuss aufgestellt hat, am Ende sich als glatte Lügen herausgestellt haben. Ich habe Herrn



Nur zur dienstlichen Verwendung.

haben ja in der Aufklärung unseres Ausschusses inzwischen 80 Zeugen vernommen, und wir konnten uns kaum vorstellen, dass so etwas in Deutschland möglich ist. Vielleicht mal Ihre Einschätzung.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Natürlich ist das ein Schlag ins Gesicht von Hunderttausenden, wenn nicht Millionen rechtschaffender Unternehmerinnen und Unternehmern und hat mit allem, was man so unter „ehrbarer Kaufmann“ versteht, natürlich nicht das Geringste zu tun. Es zeigt, dass gerade bei diesen neuen Technologien wir sehr aufpassen müssen, wo wir die Unternehmen einordnen. Ich denke, eine Problematik war, dass Wirecard als Ganzes ja wohl als Technologieunternehmen galt und nur die Wirecard Bank dann als Finanzunternehmen. Und da ist jetzt ja auch eine gesamtheitliche Betrachtungsweise angesetzt worden. Das halte ich für absolut notwendig. Und ansonsten ist mit einer kaum vorstellbaren kriminellen Energie alles getan worden, um Transparenz zu vermeiden.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Vielen Dank für diese Bewertung. Es ist sicher richtig, dass es unter uns Kaufleuten auch Scharlatane gibt, die so etwas dann in krimineller Energie voranbringen. Aber wir müssen natürlich gewisse Brandmauern einziehen. Und deswegen meine Frage über die Vorbereitung Ihrer China-Reise im Bundeskanzleramt noch mal, also über die Bemühungen, für einen deutschen Zahlungsdienstleister Wirecard in China letzten Endes sich einzusetzen. Das hat Ihnen ja mehr oder minder hier diesen Auftritt im Untersuchungsausschuss eingebracht.

Da muss ich natürlich schon zunächst einmal fachlich vorstellen, dass aus meiner Fachsicht es sehr verwunderlich ist, dass man Sie dafür überhaupt quasi so fachlich falsch informiert hat, dass China - - Die China-Geschäftsidee von Wirecard war fachlich nach meiner Ansicht völlig unrealistisch. Ich denke, Wirecard wollte eher die 59. Gesellschaft gründen, um mehr Kreditmittel von den Banken abzugreifen, wie sie es bei den anderen 58 Gesellschaften durchgeführt hat. Fachlich musste man eigentlich erkennen im

Kanzleramt, dass Zahlungsdienste in China wegen der Überwachung der Bevölkerung eng mit dem Staat verknüpft sind. Hätte man das Protokoll des Finanzausschuss des Deutschen Bundestages von einer China-Reise gelesen - da gibt es einige Kollegen, die da dabei waren -, dann hätte man erkennen können, dass uns bei einem Besuch von Alipay ganz klar vor Augen geführt wird: Es gibt so gut wie keine Bargeldmittel mehr, sondern es wird alles über Zahlungsdienstleister, die vom Staat aus kontrolliert sind bzw. dem Staat eigen sind - - um die Bevölkerung in ihrer ganzen wirtschaftlichen Tätigkeit zu überwachen. Und deswegen kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, dass im Kanzleramt, im Bundesfinanzministerium, in der deutschen Botschaft das nicht erkannt wurde, was der Finanzausschuss in seiner Expertise ganz deutlich erkannt hat bei einer Reise quer durch China.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Also, wir haben jetzt noch zu unterscheiden zwischen dem Interesse deutscher Wirtschaftsunternehmen, in bestimmte Sektoren der chinesischen Wirtschaft zu arbeiten. Und wir haben ja das Engagement vieler ausländischer Unternehmen auch im Digitalbereich und so ähnlich, trotz der völlig anderen politischen, gesellschaftlichen Struktur in China. Trotzdem sind diese Unternehmen alle dort tätig. Das stand ja auch nicht zur Bewertung, sondern es stand zur Bewertung, ob China angesichts der von Ihnen ja auch geschilderten recht staatsnahen Vorgänge bei Zahlungsüberweisungen, Internettätigkeiten und Ähnlichem, ausländische Unternehmen zulässt und ihnen einen Marktzugang gewährt - und wir sind der Meinung, dass es immer noch besser ist, dass China sich an diesen Stellen öffnet und damit natürlich auch Einsichten zur Kenntnis gibt; dann ist es die freie unternehmerische Entscheidung, ob ich das nutzen will oder nicht nutzen will; das habe ich jetzt nicht zu bewerten - oder ob China sagt: Das geben wir überhaupt keinem Ausländer, sondern das wird einzig und allein durch chinesische Unternehmen gemacht. Das ist ja der Punkt, an dem Sie jetzt angesetzt haben. Aber das kann für mich noch nicht der Punkt sein, weil wir eben wollen, dass China im Sinne der Reziprozität Marktzugänge auch ausländischen Unternehmen gewährt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Dass Sie sich für deutsche Unternehmen einsetzen, das ist absolut notwendig und in Ordnung; Nur muss es, wenn Sie sich bei dem Staatspräsidenten einsetzen, natürlich fachlich unterfüttert sein. Und das hat natürlich nichts zu tun mit vielen anderen Wirtschaftsbranchen, die erfolgreich auch in China arbeiten und für die Sie sich natürlich zu Recht auch einsetzen. Aber in diesem Fall hätte man doch erkennen müssen, dass es ja nur zwei staatlich gebundene Zahlungsdienstleistungsunternehmen in China gibt, die jeweils 50 bis 100 Millionen Karten ausgegeben haben. Das heißt also, dass da eine Nische für einen deutschen Zahlungsdienstleister entsteht, das war eigentlich fachlich - seien Sie mir nicht böse - von Ihren Mitarbeitern eine völlige Fehleinschätzung. Das möchte ich noch mal betonen, weil das einfach so nicht in Ordnung war, dass man Sie da losgeschickt hat mit einer solchen Unkenntnis der Sachlage.

Ich muss sagen: Der weitere Punkt, der mich natürlich bewegt - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber wenn ich nur ganz kurz sagen darf: -

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - Es war ja das Bundeskanzleramt nicht das einzige, das diesen Marktzugang für wünschenswert hielt. Und wenn die Perspektive gewesen wäre, dass wir über Wirecard keinerlei Beschwerden hätten und nicht das Wissen von heute, dann würde man vielleicht daran auch gar keinen Anstoß genommen haben.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, das gestehe ich zu. Ich meine, Sie haben ja auch gesagt, dass Sie vom Schreiben von Finanzstaatssekretär Schmidt aus dem BMF in Sachen Wirecard keine Kenntnis hatten. Ich nehme an, das gilt auch für die Gespräche der deutschen Botschaft in Sachen Wirecard oder die Teilnahme von Wirecard an einer Wirtschaftsdelegation von Außenminister Maas im Dezember 2018. Hätten Sie sich gewünscht, darüber zumindest

informiert zu sein, was da rausgekommen ist, bei diesen Bemühungen des Staatssekretärs Schmidt im BMF oder von Außenminister Maas? Wie findet das in der Bundesregierung statt? Hier gibt es mehrere Ministerien, die eigentlich gleichzeitig zu Ihnen unterwegs sind. Also, ist ein bisschen eigentümlich, oder wie schätzen Sie das ein?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nö, das schätze ich nicht so ein. Also, dass relevante Sachen - und dieser Finanzdialog war ja relevant -, dass das dann von mehreren Ministerien gleichermaßen bearbeitet wird, das schätze ich jetzt nicht als Problem ein.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Aber man hätte Sie informieren müssen. Ich meine, wenn man weiß, es findet eine China-Reise der Bundeskanzlerin statt, und gleichzeitig finden große Bemühungen im BMF, im Auswärtigen Amt statt: Wäre ja gut, wenn Sie davon informiert worden wären.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ^{Wak} aber es ~~es~~ auch nicht zwingend schlech^{weise}, wenn gegenläufige Bewegungen in anderen Ministerien stattgefunden hätten und man hätte mir es nicht gesagt. Aber bei gleichlaufenden Bemühungen finde ich es jetzt nicht so relevant. [Lesen Sie das
genauer]

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Gut, dann sehe ich das mal so. - Ich wollte eigentlich um das Thema KT sehr gerne einen großen Bogen machen,

(Heiterkeit)

weil es mich - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Meinen Sie Karl-Theodor zu Guttenberg, oder wen?

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Ja, meinen Wahlkreisnachbarn.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Kay Gottschalk: Früherer.



Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn man das so sagen darf, dass so etwas möglich war über einen so langen Zeitraum und in einer solchen Ausprägung, bei einer Aufsicht, die ja auch geschaffen wurde in der Erwartung, dass da Übersicht herrscht. Und ich meine, wir haben ja spätestens seit der internationalen Finanzkrise in den Jahren 2007, 2008 doch sehr, sehr viel getan, um auch Banken und Finanzinstitutionen zu regulieren, zu überwachen usw. usf. Damals sind europäische Behörden geschaffen worden und Hunderte von Richtlinien usw. Und dann gibt es wieder offensichtlich eine Nische, einen Raum, in dem in der Schnittkante „Technologieunternehmen und Bank“ durch die geringere Überwachung des Technologieunternehmens und quasi die Brandmauer „Bank“ man zwar die Finanzinstitution geregelt hat, aber im Windschatten, wenn ich das so sagen darf, Dinge passieren, die man nicht für möglich hält. So.

Und insofern drückt diese Formulierung irgendwo aus, dass offensichtlich die menschliche Fantasie kriminelle Kräfte entfalten kann, die man auch bei bester Voraussicht vielleicht nicht immer 100 Prozent schon im Vorhinein erkennt. Aber ein gesundes Maß an Misstrauen gegen Umgehungstatbestände sollte jeder schon haben, wenn man jetzt diese Geschichte sieht. Also, ich kann nur sagen - ~~Es wird ja oft auch ge-~~ - Wenn ich jetzt mal Herrn Michelbach angucke, weil wir ja auch oft wirtschaftspolitische Diskussionen führen: Wie viel muss Regulierung sein, und überreguliert man nicht, und schafft man nicht Bürokratie usw.? Wenn man solche Fälle hat, kann man nur sagen, dass offensichtlich die Regulierung immer noch nicht ausgereicht hat, und das ist eine Erkenntnis.

Und ich glaube, dass wir in der heutigen Zeit, in der ja auch technologisch sich so vieles entwickelt durch die digitalen Möglichkeiten, dass wir in einer solchen Zeit gar nicht misstrauisch genug sein können, weil wir ja faktisch immer Technologieentwicklungen haben, die noch nicht reguliert sind. Und in der Zeit, in der diese Technologieentwicklungen noch nicht reguliert sind, ist immer die Gefahr, dass sie eben auch für schlechte Zwecke genutzt werden. Das haben wir bei diesen - wie hieß das? - Derivaten gehabt in dem Zusammenhang mit den Banken, und dann

hat man das erkannt beim ganzen Investment-Banking. Und hier sieht man jetzt wieder, dass mit so intransparenten Strukturen und Third Partys - und was weiß ich nicht alles - plötzlich Dinge möglich sind, die mit Transparenz nichts zu tun haben. Aber es darf keine und soll keine Entschuldigung sein: Sie müssen gleich mal wissen für den nächsten Fall: „Gegen kriminelle Energie fällt uns nichts ein.“ Das darf es nicht sein. *Tom Sime von*

Vorsitzender Kay Gottschalk: Okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Es muss das Menschenmögliche getan werden.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Finde ich gut, die klaren Worte. - Ich bin noch mal bei Herrn Hoppenstedt: Der hatte hier ausgeführt - es geht noch mal um die China-Reise -, dass das BMF dem Kanzleramt im Sommer 2019, im Vorfeld Ihrer China-Reise, lediglich öffentlich verfügbare Informationen zur Verfügung gestellt habe, die nicht gegen eine politische Flankierung eben des Markteintritts von Wirecard gesprochen hätten. Das ist zu finden auf MAT A BT-Präs-1.01, Blatt 86.

Daraufhin kam eine verwunderte Frage des Kollegen Toncar, ob man denn die Wirecard-kritischen „FT“-Berichte vom April 2019 nicht gelesen habe und warum es über die öffentlich zugänglichen Informationen zu Wirecard nicht doch auch zusätzliche Informationen aus dem BMF gegeben habe. Und das erwidert der Herr Hoppenstedt mit der Aussage:

Unser Ansinnen ist doch angesichts des Zieles einer möglichst großen Transparenz, dass auch das, was öffentlich zugänglich ist, Substanz und Gehalt hat. Deswegen finde ich es überhaupt nicht tragisch und schlimm, dass uns das BMF sozusagen öffentlich zugängliche Informationen geschickt hat, weil die alle relevanten Punkte, die damals der BaFin auch vorgelegen haben ...



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich auch nachvollziehen -, die sagt: Hände weg von Wirecard!

Dr. Florian Toncar (FDP): Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann geht es weiter mit Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Frau Bundeskanzlerin, ich nehme dem Kollegen Michelbach natürlich ab, dass seine Freundschaft mit Herrn zu Guttenberg gelitten hat. Aber dafür hat er neue Freunde in der Opposition gewonnen. Das ist ja auch was wert.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):
Wenn Sie nicht so schwierige Fragen gestellt hätten! - Heiterkeit)

- Ja. - Aber, Frau Bundeskanzlerin, ich kann mir nicht vorstellen - und der Kollege Toncar hat das ja herausgearbeitet -, dass Sie sich jetzt beim mächtigsten Mann Chinas für Wirecard einsetzen, weil, ich sage mal, der Karl-Theodor zu Guttenberg bei Ihnen vorbeispielt. Also, wenn ich jetzt bei Ihnen vorbeikäme und, sagen wir, würde drum werben, dass Sie sich in China beim mächtigsten Mann, ich sage mal, für den FC Sankt Pauli einsetzen, immerhin ein Bundesligaverband, dann hätten Sie doch irgendeinen Bürodrachen, der das verhindert und sagt: „Das ist jetzt vielleicht kein gutes Ansinnen“, oder?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe das versucht, auch in meinem Eingangsstatement darzustellen, dass die Wahrscheinlichkeit, sich für etwas einzusetzen, dann steigt, wenn es mit Gesamtanliegen der Politik der Bundesregierung zusammenpasst. Das heißt: Wenn wir uns schon monatelang mit hochrangigen Finanzdialogen -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Klar.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - und Marktzugang beschäftigen und jetzt kommt ein Beispiel, was in dieses Gesamtbemühen, unbeschadet welches

Unternehmen davon profitieren könnte, hineinpasst, dann ist die Chance, dass ich das anspreche, natürlich größer, als wenn es irgendein Anliegen ist, mit dem ich mich überhaupt - - mit dem wir uns politisch überhaupt nicht beschäftigen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das verstehe ich absolut. Nur, es geht ja aus den Unterlagen hervor, dass das auch bei der Botschaft als ein sehr großer Erfolg bewertet wurde: erstes ausländisches Unternehmen mit einer grenzüberschreitenden Zahlungslizenz im großen chinesischen Finanzmarkt. Herr Scholz hat das so ein bisschen - - hat gesagt: Keine Ahnung, warum die Kanzlerin und so dann das auf einmal - - warum das für Sie so wichtig war.

Aber ich sage mal, es hatte ja einen Vorlauf, und deswegen frage ich mich schon: Wie ist es dann dazu gekommen, dass man ausgerechnet Wirecard priorisiert hat? Also, ich glaube nicht, dass es eben nur an Herrn Guttenberg lag, weil wir haben ja klare Evidenz in den Unterlagen: Es wurde vorher nachgefragt: Gibt es etwas Unterschriftsreifes für die Kanzlerin? Und deswegen würde mich einfach interessieren: Wer trifft denn dann letztlich die Entscheidung: „Das sind jetzt die, ich sage mal, vier, fünf wichtigsten Anliegen im Unternehmensbereich“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich will vielleicht noch mal einen anderen Aspekt nennen: Also, wir leben ja nicht im luftleeren Raum, sondern wenn China seine Finanzmärkte öffnet, dann gibt es vielleicht amerikanische Interessenten, japanische Interessenten, französische, englische. Kann ich jetzt für diesen Fall überhaupt nicht sagen. ~~Ich sage nur, dass das so etwas ja ist. Und es gibt ja natürlich einen~~ Wir vertreten ja auch deutsche Interessen. Das heißt, es gibt ein Interesse daran, auch deutsche Firmen zu denen zu machen, die dann einen Marktzugang bekommen.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Das verstehe ich auch, und ich kritisiere auch nicht, dass Sie das grundsätzlich tun - das ist nicht meine Absicht -, sondern der Punkt ist vielmehr: Also, Herr Röllner führt ja zum Beispiel aus, er habe die „Financial Times“-Berichte nicht zur Kenntnis genommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber jeder kleine Beamte, mit dem wir gesprochen haben, hatte die zur Kenntnis genommen. Es wurden parlamentarische Anfragen geliefert, unter anderem von den Oppositionsfraktionen, wo diese kritische Berichterstattung sozusagen aufbereitet war usw. usf. Und deswegen ist ja die Frage - - Also, wir haben zum Beispiel eine Abfrage hier gesehen. Ich darf nicht über den Inhalt sprechen, aber so viel kann man sagen: Sie sind mal zu irgendeiner hochrangigen Wirtschaftsdelegation gefahren im Umfeld des Weltwirtschaftsforums. Da haben die Sicherheitsbehörden abgefragt, ob irgendetwas gegen diese Unternehmer dort vorliegt. Wenn Sie jetzt nach China fahren und Wirecard ansprechen, dann wird doch jemand den Hintergrund überprüfen. Das mache selbst ich in meinem Abgeordnetenbüro, bevor ich mich mit jemandem treffe.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, deshalb können Sie mir ja auch die Ausarbeitung von Herrn Papa-georgiou vorlesen, und deshalb haben wir ja auch diese Anfragen zur Kenntnis bekommen, die gestellt worden waren. Und dann kommt es doch zu einem bestimmten Punkt: Ist das jetzt so gravierend, dass man sagt: „Lieber nicht ansprechen“, oder ist da mit einem bestimmten Prozentsatz Information da, die aber in der Gesamtbewertung doch dazu führt: „Kann man ansprechen“?

Fabio De Masi (DIE LINKE): Aber warum dementiert Herr Rölller denn dann, dass er überhaupt davon Kenntnis hatte?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich kann jetzt - - Wie Sie verstehen, kann ich nur - - Ich spreche jetzt für mich, und ich hatte keine Kenntnis von diesen Dingen. Und ich weiß nicht, ob Herr Rölller davon Kenntnis hatte. Das kann ich nicht sagen. Ich hatte keine Kenntnis, aber ich verteidige das Herangehen von Beamten, die sich überlegen: Die und die Information liegt vor. Kann man da noch was empfehlen, so rum oder so rum? So, weiter nichts, und - -

Fabio De Masi (DIE LINKE): Hat Herr Rölller Sie denn darüber in - - Also, ich frage, ob er Sie in Kenntnis gesetzt hat - ich kann auch nicht nach-

weisen, dass es so ist -, dass er vielleicht berufliche Pläne nach seiner Tätigkeit für Sie in China hat oder im Zusammenhang mit chinesischen Unternehmen? Haben Sie Kenntnis davon?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, selbstverständlich nicht.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Hat er nicht. Okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Der Herr Hoppenstedt, der hat hier ausgeführt, dass es eben dieses Commitment, diese Liste, diese Erklärung, die Herr Scholz verabschiedet hat mit Liu He, mit 34 Punkten oder so gäbe.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Diese gemeinsame Erklärung von Deutschland und China.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Genau. Und Punkt 30: Da hätte Wirecard, ich sage mal so, zufällig draufgepasst. Wenn wir jetzt aber uns die Kommunikation angucken, die vorher zwischen der deutschen Botschaft in China, dem Finanzattaché, und Wirecard stattgefunden hat, war es viel eher so, dass dieser Punkt 30 dort für Wirecard reinkam; denn es gibt überhaupt kein anderes Unternehmen weltweit offenbar, das eine solche grenzüberschreitende Zahlungslizenz bekommen hat dann im Ergebnis für China. Und deswegen verstehe ich nicht, wie Herr Hoppenstedt zu dieser Aussage kommt, dass Wirecard sozusagen so ein Zufallsprodukt gewesen wäre, wenn doch offenbar die Bundesregierung sehr lange für Wirecard darauf hingearbeitet hat.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dazu kann ich nicht Stellung nehmen. Ich kann nur sagen, dass es in diesen Finanzmarktdialog hineingepasst hat - das ist ja unstrittig - und dass ich mich deshalb entschieden habe - - oder nicht deshalb - - also dass mir deshalb empfohlen wurde, dass ich mich für das Anliegen von Wirecard einsetzen kann.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Und noch mal eine abschließende Frage: Sie haben vorhin gesagt, Sie wissen nicht, welche Firma die Sicherheitstechnologie für die Bundesregierung - - Also, es gibt



Nur zur dienstlichen Verwendung

diese Secure Pin. Das steht öfters unter Minister-E-Mails. Es heißt auch, das Kanzlerinnenhandy sei nach den früheren Vorfällen mit der NSA von einer - - da würde eine Sicherheitslösung von der Firma Virtual Solution angeboten.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kenne - - Mir ist jetzt diese Virtual Solution nicht bekannt gewesen. Natürlich habe ich ein solches Handy, was da freigegeben ist durch das BSI.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Okay. Ich möchte nur drauf hinweisen, dass ein österreichischer hochrangiger ehemaliger BVT-Beamter ausgesagt hat, dass der Hauptgesellschafter dieser Firma sich mit Herrn Marsalek getroffen habe und mit ihm geschäftliche Beziehungen unterhalten - - Und ich glaube, wir alle wollen nicht, dass Herr Marsalek Ihre E-Mails mitliest.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Aber da ist mein Vertrauen in das BSI da, dass das verhindert wird.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank. - Und dann geht es weiter mit Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Bundeskanzlerin, was wissen Sie über das Leerverkaufsverbot?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Im Allgemeinen oder von der Wirecard?

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dem von Wirecard. War übrigens das erste, was es - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe darüber, ehrlich gesagt, im Nachhinein jetzt gelesen, dass das eine große Sache war.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum aus Ihrer Sicht ist es von besonderer Tragweite? Und wir reden uns den Mund fusselig jede Woche über dieses Leerverkaufsverbot. Was glauben Sie?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Weiß ich nicht. Also, ich sage nur mal: Früher hat man ja oft in der Finanzkrise - das hört sich jetzt etwas unbedarft an, weil ich da wirklich keine Expertin bin - - Aber ich habe immer gehört, dass Leerverkaufsverbote manchmal sogar gewünscht waren. Also schrillen bei mir nicht alle Glocken in dem Moment, wo man vom Leerverkaufsverbot spricht. Und von diesem speziellen für Wirecard habe ich erst im Nachhinein gelesen, dass es eine gewisse Rolle gespielt hat in der Geschichte der Überlebensversuche.

Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte gar nicht Ihr Wissen testen, und das war jetzt erst mal eine plausible Antwort. Ich glaube, wenn wir Stresssituationen im Finanzmarkt haben, wenn Spekulanten gegen Griechenland oder wen auch immer wetten, ist das eine andere Situation, als wenn wir über ein einzelnes Unternehmen sprechen. Dafür ist die Hürde aus ökonomischen und rechtlichen Gründen sehr hoch für ein Leerverkaufsverbot. Ich verlange auch gar nicht, dass das über Ihren Schreibtisch hätte gehen sollen. Das ist wirklich nicht Ihre Zuständigkeit.

Es war aber der Moment - und deswegen beschäftigt es uns so sehr -, wo die Behörden sich auf die Seite von Wirecard gestellt haben. Die BaFin, Finanzministerium sagen immer: Nein, das war nicht so; das war eine neutrale Entscheidung, um die Integrität des Marktes zu stützen. - Aber jeder der Zeugen, die nah am Markt sind, die auf dem Stuhl auch saßen, wo Sie jetzt sitzen, Herr Zielke, Aufsichtsräte usw., hat gesagt: Nein, in dem Moment hat man sich - - Das war ein Gütesiegel für Wirecard. Und alle, die kritische Fragen gestellt haben, zum Beispiel der Journalist Dan McCrum wurde damit ja auch am Ende des Tages kriminalisiert. Deutsche Behörden haben ja gegen ihn auch ermittelt. Und das war der Zeitpunkt im Februar 2019, wo dieser Skandal eben auch durch deutsche Behörden quasi verlängert wurde. Deswegen beschäftigt es uns an der Stelle so sehr.

Und ich finde, wenn man sich diesen Fall so sehr anschaut: Die Kommunikation, die wir sehr ge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich befinden, dann findet man zu jedem gewisse Vorwürfe. Die Frage ist eben nur: Wie stichhaltig ist das, und wie schwerwiegend ist das? Und deshalb würde mich interessieren, dahin gehend die Frage: Was ist denn für Sie eine schwerwiegende Unregelmäßigkeit? Muss es dann eine Verurteilung geben oder? Also, was ist da schwerwiegend, und was ist nicht schwerwiegend?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, das ist jetzt mit so einer pauschalen Aussage sicherlich sehr schwer zu beschreiben. Wir gehen, wenn es sich um Industrieunternehmen handelt, natürlich irgendwelchen Hinweisen nach, wenn zum Beispiel Lieferketten in irgendwelchen Drittländern nicht ordentlich bearbeitet wurden. Schwerwiegend ist sicherlich eine ~~staatlich-wirtschaftliche~~ ^{geschäftliche} Verurteilung. Wenn staatsanwaltliche Verfahren wieder eingestellt sind, dann würde man es nicht als schwerwiegend bezeichnen. Es gilt ja auch immer die Unschuldsvermutung in all solchen Fällen bei Gerichtsverfahren. Aber das kann ich pauschal hier nicht als Definition abgeben, wann „nicht so schwerwiegend“ in „schwerwiegend“ übergeht. Das ist letztlich: Wenn die Summe aller Vorkommnisse einen bestimmten qualitativen Wert übersteigt, dann wird man sagen: Lieber Distanz halten. - So, und schwerwiegend sind die Vorwürfe, die wir heute kennen von - - Die sind mit „schwerwiegend“ noch schwach beschrieben, hochkriminell sind die Dinge, die wir heute von Wirecard kennen, einfach, ehrlich gesagt, die eigene Fantasie auch übersteigend, wenn man es jetzt nicht als Realität sehen würde.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Sie hatten vorhin zu den Gesamtbemühungen in China und gegenüber China, die außenwirtschaftliche Strategie einiges gesagt. Was waren aus Ihrer Sicht zum damaligen Zeitpunkt der China-Reise denn die Anliegen, die Wirecard hatte? Also, was wollten die in China machen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Damit habe ich mich gar nicht näher befasst. Sie brauchten eine Erlaubnis, glaube ich, der People's Bank of China für die Fusion mit diesem AllScore-Unternehmen. Und das war der Sachverhalt, den ich ange-

sprochen habe. Ich habe mich jetzt mit ihrem chinesischen Geschäftsmodell nicht weiter befasst. Das war ein Teil aus den Finanzmarktaktivitäten, die man sich denken kann.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Wir haben in diesem Untersuchungsausschuss fraktionsübergreifend sehr viel zutage gefördert, auch wesentliche Aspekte zur Aufklärung beigetragen, wie ich finde. Und wie wir uns hier, glaube ich, auch fraktionsübergreifend einig sind: Das waren viele Themen, die die BaFin betreffen: Bilanzkontrolle, Aufsichtsthemen, Mitarbeitergeschäfte, auch Staatsanwaltschaft spielte eine Rolle. Wir haben Ermittlungsbeauftragte, sogar ein Team von Ermittlungsbeauftragten, eingesetzt zum Thema Nachrichtendienste und Abschlussprüfer. Also, wir haben hier sehr komprimiert und dennoch ausführlich diese Thematik aufgearbeitet

Insofern bin ich Ihnen da auch sehr dankbar, dass Sie noch mal deutlich gemacht haben, wie Ihre Position dazu ist, und auch die klaren Worte, dass Deutschland da an einigen Stellen nicht so aufgestellt war. Das haben Sie ja gerade gesagt und auch beschrieben, dass es dann auch diese personellen Wechsel gab und auch mit dem Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz darauf reagiert werden soll. Und das FISG ist die Grundlage jetzt auch für unsere Arbeit im parlamentarischen Verfahren.

Wir haben auch einige Verschärfungen noch vor, die auch Ausfluss der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses sind. Auch wir als Unionsfraktion haben da weitreichende Vorschläge unterbreitet, zum Beispiel diese Bilanzkontrolle; das ist gerade schon angesprochen worden. Da wollen wir noch einen Schritt weiter gehen als das Gesetz. Wir wollen klarere Kompetenzen bei einer gestärkten BaFin; wir wollen im Bereich Geldwäsche dafür Sorge tragen, dass so ein Unternehmen wie Wirecard überhaupt einer Geldwäschaufsicht unterliegt - das war nämlich für den Gesamtkonzern nicht der Fall -; wir wollen eine stärkere Rotation; wir wollen auch eine Verschärfung der Haftungsregelungen, Sanktionsregelungen und Transparenzregelungen beim Thema Wirtschafts- und Abschlussprüfung und



Nur zur dienstlichen Verwendung

vieles mehr. Ich will jetzt gar nicht alles ansprechen. Aber das ist das, was wir hier so erarbeitet haben. Und wir sind da in intensiven Beratungen auch mit unserem Kooperations- - „Kooperation“ sage ich schon - - mit unserem Koalitionspartner. Aber manchmal kooperieren wir auch.

Mich würde interessieren - und jetzt komme ich zur Frage - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Davon war ich ausgegangen,

(Heiterkeit)

dass das keiner besonderen Erwähnung bedarf.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, ich auch.

(Dr. Florian Toncar (FDP):
Sie waren gestern nicht dabei! - Heiterkeit)

Mich würde interessieren, was denn für Sie persönlich die politischen Lehren sind, die Sie aus diesem Wirecard-Skandal ziehen würden, was aus Ihrer Sicht das Wichtigste ist, was geändert werden muss oder was sich ändern muss in Deutschland?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich habe das ja auf einer relativ abstrakten Ebene schon versucht zu sagen: Wenn es Geschäftsmodelle gibt, die in die klassische Rollenverteilung nicht passen - also hier Finanzkontrolle, dort Bilanzkontrolle, dort Wirtschaftsprüfung -, also wenn plötzlich durch die Digitalisierung und die neuen technischen Möglichkeiten sich Vermengungen dieser früheren Säulen ergeben, dann muss man gucken, ob die herkömmlichen Überprüfungs- oder Überwachungsinstitutionen noch in diese neuen Geschäftsmodelle reinpassen. Das ist für mich eine - - Die haben davon gelebt offensichtlich, so wie ich es jetzt wahrnehme, dass sie einen Bankteil hatten, und dann hatten sie ansonsten ein Technologieunternehmen. Und die Interaktion der verschiedenen Aufsichtsbehörden war nicht ausreichend dafür.

Zweitens - aber das ist jetzt nur, was ich so mir überlege - ist natürlich auch die Frage, ob so was wie DPR oder APAS, was ja über Jahrzehnte gewachsen ist ~~und, sagen wir mal, zum Teil ja nicht beliebige Institutionen sind, sondern wie nennt man das? - Selbstkontrollorganisationen auch der Wirtschaft~~, dass die modernisiert werden müssen und auch mit der Zeit mitwachsen müssen. Und heute hat man es mit ganz anderen technischen Möglichkeiten zu tun, als man das vor 20 Jahren hatte, und das hat miteinander nichts mehr zu tun. Da müssen die Leute qualifiziert sein usw. Da könnte ich jetzt lange Geschichten erzählen über die Frage, ob unsere ganze deutsche Wirtschaft schon überhaupt vorbereitet ist auf die Frage: Welche Bedeutung haben Daten? Wie geht man den Daten um? Was mache ich als einzelner Unternehmer, der etwas herstellt, mit meinen Daten? Wie kann ich die vermarkten und nicht sozusagen dann in irgendwelche Geschäftsmodelle hineinlaufen, die von anderen viel effizienter genutzt werden? Aber das sprengt jetzt, glaube ich, hier den Rahmen. Aber es ist immer wieder so: Ich meine, wir leben in einer absoluten technologischen Revolution und die herkömmlichen Strukturen müssen für diese Revolution fit gemacht werden. Und das Ganze ist für mich nur möglich gewesen, weil das noch nicht ausreichend der Fall war.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, nach dieser etwas globaleren Frage von mir ...

Zeugin Dr. Angela Merkel: ... haben Sie ja auch so eine globale Antwort gekriegt.

Matthias Hauer (CDU/CSU): Ja, das hängt ja zusammen. Meistens kriegen wir in diesem Untersuchungsausschuss ja auch Antworten, die zu unseren Fragen passen. Und das war ja hier auch der Fall.

Der Gesprächswunsch, der an Sie herangetragen wurde, der würde mich noch mal interessieren. Der wurde ja abgelehnt durch das Bundeskanzleramt. Und dann wurde alternativ ein Gespräch mit Herrn Professor Rölller angeboten, und der wurde dann wiederum seitens Wirecard abgelehnt. Ist das so ein übliches Vorgehen? Oder ist das eher ungewöhnlich, dass, wenn man sagt:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Hat er nicht, aber musste er auch wirklich nicht. Das halte ich nicht für ein Versäumnis.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Das weiß ich eben wieder nicht.

(Lachen bei der CDU/GSU)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, gut, ich sage ja - -

Vorsitzender Kay Gottschalk: Ich weiß auch nicht, warum die Kollegen der Union da lachen. Denn letztlich noch mal: Sie sind die Kanzlerin, Sie legen die Richtlinien fest.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Da haben Sie recht.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Wenn Sie jetzt der Meinung wären: „Wir müssen uns der Technologie öffnen“, dann könnte ich vielleicht sogar sagen: Ein jüngerer Finanzminister oder ein jüngerer Wirtschaftsminister, der hätte Zugang zu diesen Technologien, der kann das umsetzen. Dann wäre es an Ihnen, ein Ressort umzubersetzen. Aber ein Ressort kann man natürlich nur umbesetzen, wenn Sie über die Vorgänge dort informiert sind. Deswegen ist das für mich durchaus schon so: Sie sind Kanzlerin, Sie schweben in einer gewissen Weise wie ein Komponist drüber; aber Sie haben natürlich dann auch für Misstöne irgendwo eine Verantwortung. Deswegen frage ich: Haben Sie mit Herrn Schäuble vielleicht mal über die Problematik gesprochen? Denn der war ja bis 2018, zumindest bis 2017 Finanzminister und hat ja auch eine ganze Weile dieses zweistufige Verfahren begleitet.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe auch mit Herrn Schäuble über dieses Thema nicht gesprochen.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Auch nicht gesprochen, und mit Herrn Schäuble eben auch nicht. Gut. - Dann würde ich gerne noch mal an der Stelle wissen: Im Verlauf des 19. Juni - Sie haben es ausgeführt - irgendwann musste man eingestehen, dass die 1,9 Milliarden irgendwie verlorengegangen seien. Und dann gab es Diskussionen innerhalb des BMF, und die gehen noch mal auf

das zurück. Da würde ich gern Ihren Standpunkt zu hören. Da wurde nämlich diskutiert im BMF. Am späten Abend wollte nämlich Herr Staatssekretär Kukies dann von einem Unterabteilungsleiter wissen - in diesem Zusammenhang fragte er wörtlich; ich zitiere -:

Warum können wir nicht auf den einfachen Fakt hinweisen, dass BaFin am 5.6.

- hier hat er sich geirrt, es war in Wirklichkeit der 02.06.2020 -

Strafanzeige gegen alle Vorstandsmitglieder wegen Verdachts der Marktmanipulation gestellt hat?

Auch das ist auf MAT A BMF-25.28, Blatt 88 zu finden. Seine Abteilungsleiterin Dr. Wimmer pflichtete dem Staatssekretär bei:

Das sehe ich auch so ...

Die BaFin hat gehandelt: Sie hat Strafanzeige gegen die Vorstände gestellt, wg Marktmanipulation und Bilanzfälschung.

Und jetzt ist die Frage zu Ihrer Kommunikation innerhalb der Regierung: Wie ist es dann möglich - nochmals: wir sprechen vom 19. Juni entsprechend und auch den Vorgängen, dass am 05.06. bzw. 02.06. schon Strafanzeige gestellt wurde gegen alle Vorstandsmitglieder, auch Herrn Braun -, dass Wirecard-Chef Markus Braun dann noch an einer offiziellen Videokonferenz der Bundesregierung zur Vorstellung der Corona-Warn-App am 10.06. teilnehmen konnte? Warum wollten Sie ihn noch dabei haben? Glaubten Sie zu diesem Zeitpunkt noch an die Substanz des Unternehmens? Oder ist wieder mal unzureichend innerhalb der Regierung kommuniziert worden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe Ihnen ja gesagt, dass meine Information vom 30.06. stammt, die Bewertung. Und damals wurden alle DAX-Unternehmen eingeladen. Insofern war Wirecard auch mit dabei.

17. Juni 10. Juni



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar.

Zeugin Dr. Angela Merkel: War ja ein sehr kurzer Zeitabstand dazwischen. Das Gespräch war ja an dem Tag. Und jetzt kann ich das nicht mehr sagen. Mein grundsätzliches Verhalten ist so: Jemand spricht mich auf etwas an, ich sage: „Wenden Sie sich an Herrn Rölller“ und bemühe mich, schnellstmöglich zu sagen: „Und wundern Sie sich nicht, wenn der und der sich bei Ihnen meldet. Das habe ich dem empfohlen“; damit wir da einen lückenlosen - - Denn es gibt ja viele Leute, die sagen: „Die Bundeskanzlerin hat gesagt, ich soll mich mal an Sie wenden“, und das stimmt auch -

Dr. Florian Toncar (FDP): ... meistens nicht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - nur in einem geringen Prozentsatz der Fälle.

Dr. Florian Toncar (FDP): Ja, das ist immer die eigenwillige Interpretation mancher. - Da will ich aber gern noch mal daran anschließend fragen: Gab es denn im direkten Vorlauf auf die China-Reise, zum Beispiel im Flugzeug oder kurz vor Abfahrt zum Flughafen, noch mal ein Briefing, wo Herr Rölller Sie speziell auf die Wirtschaftsgespräche dort vorbereitet hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich habe jetzt keine Einzelerinnerung. Aber normalerweise geht man im Flugzeug zum Beispiel - das ist ja ein relativ langer Prozess - schon noch mal durch die Vorbereitungsunterlagen durch in allen Aspekten. Und dann kommen auch die Wirtschaftsangelegenheiten dort zur Sprache. Ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber die Person, die das mit Ihnen machen würde, wäre gewöhnlicherweise Herr Rölller?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Herr Rölller, ja.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber haben Sie Erinnerungen an den konkreten - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Oder der begleitende Staatssekretär.

Dr. Florian Toncar (FDP): Herr Rölller war dabei, aktive - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Oder der begleitende Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium, wenn ich mit einer Wirtschaftsdelegation fliege. Wirecard war ja gar nicht Teil der Wirtschaftsdelegation. Man muss ja jetzt noch mal Wirtschaftsangelegenheiten unterscheiden von Leuten, die in der Delegation sind oder an der Unterzeichnungszeremonie teilnehmen, oder solchen, die einem sonst was aufgegeben haben.

Dr. Florian Toncar (FDP): Aber haben Sie Erinnerungen jetzt an die spezifische Vorbereitung auf die Wirtschaftsgespräche auf dieser Reise, oder ist das nur der allgemeine Ablauf?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist der allgemeine Ablauf. Ich habe ~~an~~ dieser/Reise keine spezifischen Erinnerungen.

Dr. Florian Toncar (FDP): Alles klar. - Danke schön.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann geht es weiter mit Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Frau Bundeskanzlerin, das Bundeskriminalamt hat ein Strukturermittlungsverfahren geführt wegen mutmaßlicher Zusammenarbeit mit russischen Diensten gegen Egisto O., einen der Fluchthelfer von Jan Marsalek, der sich auch mit Herrn Schmidbauer über mich ausgetauscht hat. Herr Schmidbauer folgt mir auch auf Twitter, wie ich im Zuge dieses Untersuchungsausschusses gelernt habe - und dem FC Bayern München, glaube ich, auch.

Ich wollte gerne wissen: Sind Sie über diesen Vorgang, über das Strukturermittlungsverfahren irgendwie gestolpert einmal?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich bin damit gar nicht in Berührung gekommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

ein Untersuchungsausschuss vollumfänglich notwendig war.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hallo und guten Tag auch von meiner Seite! - Ich wollte noch mal einmal nachfragen zu Herrn Röller und Ihrem Termin mit Herrn zu Guttenberg und Herrn Röller. Wir haben ja festgestellt, dass es alles ordentlich veraktet war. Trotzdem noch mal einmal die Nachfrage: Sie hätten ja auch das Ansinnen von Herrn zu Guttenberg jetzt nicht an Herrn Röller weiterleiten können. Könnten Sie noch mal erläutern, warum Sie das für so relevant gehalten haben, dass Sie doch gesagt haben: „Okay, das sehe ich ein, auch wenn das jetzt eigentlich nicht sozusagen vorangekündigt war, Teil unseres Termins. In diesem Fall finde ich, das ist so relevant, das leite ich mal weiter“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, wenn mir jemand sagt, ich soll auf irgendeiner Reise irgendwas ansprechen, dann werde ich nie sagen: Danke für den Hinweis. Ich kenne dich so gut, das mache ich natürlich sofort. - Also, es ist doch ganz evident. Wenn also sowohl das uns hier nicht interessierende Thema mit diesem KI-Unternehmen als auch das Thema, wo ich mich an den Sachverhalt gar nicht mehr richtig erinnere, nur weiß, dass ich Herrn Röller gesagt habe: Da ist was wegen der China-Reise - - Das ist evident, dass ich das machen muss. - Also, was glauben Sie, könnte da - - Nee, ich habe Ihnen keine Fragen zu stellen. Aber - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten ja mehrfach geschildert, Sie werden ja häufiger mit Ansinnen konfrontiert, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, unentwegt. Unentwegt muss ich - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - denen Sie nicht allen nachgeben müssen oder tun. Und deswegen wollte ich auch noch mal wissen, was - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, aber ich versuche - - Also, ich sage mal: Es muss bestimmte Grundprinzipien der Arbeit geben. Und ein solches Grundprinzip ist, dass man möglichst selber

keine Termine vereinbart und wenn man es schon tut, sofort und umgehend das Sekretariat anruft, ~~damit es nicht - So!~~ Das Zweite ist, dass man, wenn man auf irgendwas angesprochen wird, sich das möglichst merkt und sofort die damit befassten Beamten informiert. Also, ich sage mal, Briefing und Debriefing ist das A und O einer funktionierenden Verwaltung, sonst kommt man im wahrsten Sinne des Wortes in Teufels Küche. Und - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte ja nur wissen, was die Relevanz - - Weil es ein DAX-Unternehmen war? Oder war es einfach, weil es terminlich passte?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Jedes Unternehmen, jede Reise, jeder Hinweis auf ein Unternehmen, jeder Hinweis auf einen Verband, der Gespräche mit mir will, jeder Hinweis auf einen Termin, auf eine angebliche Zusage, auf - - Da kann man sich nur absichern, indem man möglichst schnell das selber innerhalb der eigenen Verwaltung berichtet, weil auch manchmal ich gar nicht hinterherkomme. Also, sagen wir mal: Wenn ich jetzt noch eine Viertelstunde beschäftigt war, haben meistens die Personen, die mich um einen Termin gebeten haben oder für jemanden Drittes um einen Termin, schon in meinem Sekretariat angerufen und gesagt, dass sie von mir schon die Zusage haben, dass ich den Termin mache. Und das ist also eine - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, im Grundsatz: Wenn es sich jetzt um ein anderes mittelständisches Unternehmen gehandelt hätte, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genauso.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - zum Beispiel auch nicht aus Bayern, sondern aus Rheinland-Pfalz zum Beispiel, dann hätten Sie das genauso gemacht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genauso, ja.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann wollte ich noch wissen - Sie hatten jetzt ja deutlich gemacht, Ihnen war nicht klar, dass Herr



Nur zur dienstlichen Verwendung

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - das kann ja die Bundesregierung von sich aus machen, neue Standards.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie wollen mich jetzt auf einen Pfad lenken, -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - wo Sie offensichtlich mit den bisherigen Ergebnissen des Lobbyregisters nicht zufrieden sind, und sagen, man müsste dann weitergehen. Und ich will Ihnen jetzt hier nicht inkognito irgendwas zusagen, wovon ich nicht weiß, was ich Ihnen zusage. Dann lese ich morgen in der Zeitung: Merkel hat das und das zugesagt. - Das möchte ich nicht.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut, aber umgekehrt ist ja - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wir sind ja jetzt erst mal einen Schritt weitergegangen. Und jetzt will ich es aber auch noch mal andersherum sagen: Wenn Sie Wirtschaftsberater oder für die Wirtschaftspolitik im Bundeskanzleramt verantwortlich sind, dann besteht Ihre gesamte oder ein Großteil Ihrer Aufgabe darin, natürlich auch Kontakte zur Wirtschaft zu halten. Und wir müssen jetzt auch aufpassen, dass nicht jeder Kontakt zur Wirtschaft schon per se ein Kontakt ist - - Meine Umweltabteilungsleiterin muss Kontakt zu den Umweltverbänden halten und den Energieverbänden. Also, wir leben ja von den Gesprächen in die Gesellschaft hinein.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und jeder Ärzteverband und jeder Handelsverband und jeder - - Jeder bringt doch seine Interessen an uns heran. Und ich finde, es ist auch schon eine Frage: Wo beginnt Lobbyismus, und wo ist es edle Interessenvertretung und nicht Abgehobenheit der Politik, dass sie nicht mehr weiß, was Menschen denken? - Und hier immer die Grenzen zu ziehen, das ist nicht einfach, und deshalb muss man jeden Fall transparent aufnehmen. Und eben: Man darf keine Hinterzimmerabsprachen treffen; das ist mir sehr wichtig.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, auch das muss man nicht völlig - - Aber es ging mir um das finanzielle Interesse. Mir ging es darum - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, „Hinterzimmerabsprachen“ in dem Sinne, dass ich jetzt mit meinen - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber in der CDU/CSU hat es ja jetzt nicht ganz so gut geklappt mit den ganzen Hinterzimmerabsprachen. - Aber ich wollte jetzt eigentlich auf den anderen Punkt, dass es eben wichtig ist, in dem Zusammenhang zu wissen, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genau, aber bei den Grünen ist es perfekt gelungen.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wie das eigene finanzielle Interesse dahintersteht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich würde jetzt - -

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das ist ja auch das, weswegen wir auch die Regeln im Bundestag geändert haben: Es geht nicht darum, ein Interesse zu formulieren, sondern offenzulegen, inwieweit es eben finanzielle zusätzliche -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Okay.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Goo- dies, Beteiligungen gibt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist richtig.

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das ist eben bisher nicht transparent. - Ich glaube, ich brauche noch eine Runde, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Gut. - Ich frage jetzt trotzdem noch mal der guten Ordnung halber bei den Kollegen der Union.

Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Nein.

Vorsitzender Kay Gottschalk: Nein. Dann schaue ich zu den Kollegen der SPD. - Nein. Dann